

# 27. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Oktober 1999, 14.30 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	1656	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Kellner, Dr. Dürr, Gote u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geburtstagswünsche für die Abg. <b>Starzmann,</b> <b>Hufe, Möstl</b> und <b>Zeitler</b> . . . . .	1656	<b>Zeit für eine Bilanz</b> (Drs. 14/1797)
Zur Geschäftsordnung		
Dr. Hahnzog (SPD) . . . . .	1656	Ministerpräsident Dr. Stoiber . . . . . 1657, 1690
<b>Regierungserklärung</b> des Ministerpräsidenten zum Thema <b>High-Tech-Offensive</b>		Frau Renate Schmidt (SPD) . . . . . 1668
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Ach, Meyer u.a. u. Frakt. (CSU)		Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 1672
<b>High-Tech-Offensive</b> (Drs. 14/1794)		Glück (CSU) . . . . . 1675
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Renate Schmidt, Dr. Scholz, Lochner-Fischer u.a. u. Frakt. (SPD)		Dr. Scholz (SPD) . . . . . 1678
<b>Behandlung der Projektvorschläge „Regionale</b> <b>Konzepte High-Tech-Offensive“</b> (Drs. 14/1795)		Frau Kellner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . . 1681
		Ach (CSU) . . . . . 1684
		Straßer (SPD) . . . . . 1686
		Dinglreiter (CSU) . . . . . 1688
		Beschluß . . . . . 1692, 1693
		Schluß der Sitzung . . . . . 1693

(Beginn: 14.34 Uhr)

**Präsident Böhm:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt. Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die anschließende Aussprache werden von Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks live übertragen.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, für einige unter uns mache ich darauf aufmerksam, daß die Sitzung bereits begonnen hat. – Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich einige nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Vier Kollegen konnten einen „halbrunden“ Geburtstag feiern: Herr Kollege Gustav Starzmann am 19.09., Herr Kollege Peter Hufe am 28.09., Herr Kollege Fritz Möstl am 29.09. und Herr Kollege Otto Zeitler am 10.10. Ich gratuliere den Genannten im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in der Diplomatenloge hat der Präsident der Nationalversammlung von Québec, Herr Jean-Pierre Charbonneau, in Begleitung einer hochrangigen Delegation Platz genommen.

(Beifall)

Zwischen Québec und Bayern entstand auf der Basis bereits vorher existierender vielfältiger Beziehungen eine Partnerschaft, deren zehnjähriges Bestehen wir in diesem Jahr feiern. Wurden zunächst die Kontakte in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie ausgebaut, so konnte in jüngster Zeit daneben der Kultur- und Medienbereich verstärkt in die Zusammenarbeit einbezogen werden. Ziel dieses Arbeitsbesuches ist es, auch auf parlamentarischer Ebene die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern zu vertiefen. Herr Präsident Jean Pierre Charbonneau und ich haben heute eine gemeinsame Vereinbarung unterzeichnet. Sie steckt den Rahmen für die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten und interparlamentarischer Projekte ab und soll dazu beitragen, den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten in Bayern und Québec zu optimieren. Im Namen des Hohen Hauses heiße ich unsere Gäste sehr herzlich im Bayerischen Landtag willkommen und wünsche ihnen weiterhin einen erfolgreichen und informativen Aufenthalt.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich in der Diplomatenloge Herrn Staatssekretär Ján Figel vom Außenministerium der Republik Slowakei.

(Beifall)

Herr Figel hält sich zur Vorbereitung des Besuchs des slowakischen Ministerpräsidenten in Bayern auf. – Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Hahnzog zur Geschäftsordnung das Wort.

**Dr. Hahnzog:** (SPD) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion beantragt die Absetzung der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften auf Drucksache 14/1583, aufgeführt unter der Nummer 3 b der Tagesordnung. Der Grund ist folgender: Dieser Gesetzentwurf behandelt eine Materie, bei der Fragen des Datenschutzes eine wichtige Rolle spielen. Dies war bereits vor der Sommerpause absehbar. In der damaligen Sitzung des Datenschutzbeirats, die von Herrn Kollegen Franz Brosch geleitet wurde, wurde vereinbart, daß dieser Gesetzentwurf zuerst im Datenschutzbeirat behandelt wird, bevor er im Parlament eingebracht wird. Damals waren auch Mitglieder aus Ministerien anwesend.

In der nächsten Woche wird der Datenschutzbeirat tagen; dabei wird auch die Behandlung dieses Gesetzentwurfs auf der Tagesordnung stehen.

Wir würden keine wertvolle Zeit verlieren, da mit diesem Gesetzentwurf Konsequenzen aus einem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. Juni 1996 gezogen werden. Wenn die Staatsregierung so lange gebraucht hat, um diesen Gesetzentwurf zu erarbeiten, sollte das Parlament dem Datenschutzbeirat die Gelegenheit geben, diesen Gesetzentwurf zu beraten, zumal das Parlament dem Datenschutz bei der Verfassungsänderung einen höheren Stellenwert beigemessen hat. Viele Leute behaupten, daß bei einer ersten Lesung nichts Entscheidendes passiere. Dies würde jedoch eine Entwertung der ersten Lesungen bedeuten. Ich bitte Sie im Sinne einer Verbesserung der Diskussion, unserem Absetzungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Nach § 101 Absatz 2 der Geschäftsordnung kann die Tagesordnung während der Sitzung geändert werden, sofern nicht eine Fraktion oder 20 Abgeordnete dem widersprechen. Es liegt kein Widerspruch vor. Damit ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich rufe auf:

#### Tagesordnungspunkt 1

#### Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zum Thema „High-Tech-Offensive“

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingebrachte Dringlichkeitsanträge ein:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Ach, Meyer und anderer und Fraktion (CSU)****High-Tech-Offensive (Drucksache 14/1794)****Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Renate Schmidt, Dr. Scholz, Lochner-Fischer und anderer und Fraktion (SPD)****Behandlung der Projektvorschläge „Regionale Konzepte High-Tech-Offensive“ (Drucksache 14/1795)****Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Zeit für eine Bilanz – Erfolgs- und Effizienzkontrolle für die aus den sogenannten Privatisierungserlösen geförderten Projekte, insbesondere im Rahmen der sogenannten „Offensive Zukunft Bayern“ (Drucksache 14/1797)**

Ich erteile nun dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Regierungserklärung vom Oktober des letzten Jahres habe ich angekündigt, mit einer High-Tech-Offensive dem technischen Fortschritt Bayerns einen landesweiten weiteren Schub zu geben. Im Interesse der Menschen und ihrer Lebensperspektiven wollen wir Bayern zu einer der innovativsten Wachstumsregionen der Welt machen. Denn Innovation und technologischer Fortschritt sind wesentliche Voraussetzungen für Arbeitsplätze der Gegenwart und der Zukunft. Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, das ist nach wie vor unsere wichtigste und dringendste Aufgabe. Der Kampf um Arbeitsplätze ist global und hat heute eine andere Qualität als je zuvor. Wenn wir ihn bestehen wollen, dann müssen die Rahmenbedingungen stimmen, und hier ist die Politik gefordert.

Deshalb will die Bayerische Staatsregierung in ganz Bayern die Stärken der Wissenschaft und der Wirtschaft weiter ausbauen, die regionale Technologiekompetenz und Infrastruktur weiter voranbringen, Wissenschaft und Wirtschaft international ausrichten und den Standort Bayern für Investoren und Existenzgründer noch attraktiver machen. Wir wollen mit den Mitteln, die uns in Bayern zur Verfügung stehen, Arbeitsplätze erhalten und schaffen.

Mit dem bundesweit beispiellosen Programm „Offensive Zukunft Bayern“ und der High-Tech-Offensive investieren wir insgesamt 8,25 Milliarden DM in ein modernes, technologisch führendes, sozial innovatives und kulturell vielfältiges Land.

Bayern liegt heute in bezug auf Wachstum und Beschäftigung an der Spitze Deutschlands. Unsere Privatisierungspolitik unter dem Motto „Gestalten statt Besitzen“ hat entscheidend dazu beigetragen. Ich habe mich gefreut, daß gestern beim Treffen im Rahmen des Beschäftigungspaktes sowohl der Präsident der Vereini-

gung der Bayerischen Wirtschaft, Herr Sennebogen, als auch der Vorsitzende des DGB Bayerns, Herr Schösser, dies nachhaltig unterstrichen haben.

Wir gestalten die Zukunft Bayerns, während Rot-Grün für mich die Zukunft Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aufs Spiel setzt. Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin kürzen in den wichtigen Bereichen der Forschung. Sie haben nach den Planungen die niedrigste Investitionsquote seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2003 zu verantworten. Was dort aufgelegt wird, ist kein Zukunftsprogramm, es ist für mich vielmehr ein Programm gegen Wachstum und gegen Beschäftigung.

(Beifall bei der CSU)

Mit der High-Tech-Offensive und einem Standortprogramm setzt die Staatsregierung fort, was sie mit der „Offensive Zukunft Bayern“ begonnen hat, nämlich die Gestaltung der Zukunft Bayerns. Die erfolgreiche Bilanz der „Offensive Zukunft Bayern“ werde ich noch eingehend darstellen. Die Staatsregierung schlägt die Verwendung der Mittel für die High-Tech-Offensive in Abstimmung mit der CSU-Fraktion vor.

(Herbert Müller (SPD): Da schau her! – Lachen bei der SPD)

Für die gute Kooperation danke ich den Mitgliedern der CSU-Fraktion mit Alois Glück an der Spitze. Sie von der Opposition sollten sich daran ein Beispiel nehmen. Wenn ich sehe, wie Bundeskanzler Schröder in Berlin mit der SPD-Bundestagsfraktion umgeht, dann kann ich nur staunen.

(Beifall bei der CSU)

Die detaillierte Festlegung der einzelnen Maßnahmen und der Projekte sowie die genaue Zuteilung des Mittelvolumens werden selbstverständlich Gegenstand der Ausschußberatungen im Bayerischen Landtag sein.

Die High-Tech-Offensive ist eine wesentliche Antwort der Staatsregierung auf weltweite Entwicklungen, auf politische und gesellschaftliche Veränderungen.

Erstens. Der globale internationale Wettbewerb fordert uns heraus. Nicht mehr nur Unternehmen, sondern Standorte konkurrieren um Kapital und Arbeit sowie zunehmend um Wissen. Unternehmen orientieren sich verstärkt dorthin, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfinden. Globalisierung bedeutet daher auch Wertschöpfung ohne Grenzen. Die Geschwindigkeit und die Komplexität des sozioökonomischen Wandels und seine Folgen für die Menschen wie für die nationale Politik, das ist die neue Dimension, mit der wir es zu tun haben.

Täglich laufen Finanzströme von rund 1,5 Billionen Dollar um den Erdball. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse explodieren und sammeln sich dort, wo Technologie und Innovation Magnetwirkungen entfalten. Die fortschreitende Globalisierung beschleunigt den wirtschaftli-

chen, den technischen und den organisatorischen Wandel in hohem Maße. Die Produkt- und Innovationszyklen werden immer kürzer. 80% der Produkte, die die Firma Siemens zur Zeit anbietet, haben von der Erfindung bis zur Produktion einen geringeren Zyklus als fünf Jahre. Technologische Spitzenpositionen müssen immer wieder neu erkämpft werden. Wir dürfen bei der neuen technologischen Revolution nicht ausweichen, wir müssen sie nutzen.

Zweitens. Vor allen Dingen die Informations- und Kommunikationstechnologie beschleunigt den strukturellen Wandel in der Industrie. Die Digitalisierung der Information kommt einer Aufhebung von Raum und Zeit gleich. Produkte, deren Herstellung früher eine besondere Ausbildung und viele Fachkräfte erforderten, können heute mit Hilfe von computergesteuerten Maschinen überall auf der Welt von wenigen Spezialisten in kurzer Zeit hergestellt werden.

Drittens. Der technologische Fortschritt revolutioniert auch die Arbeitswelt. Industriegeprägte Erwerbsarbeit nimmt tendenziell ab. Neue Arbeitsplätze werden vorwiegend im Dienstleistungsbereich geschaffen. Hier werden neue Produkte entwickelt und langfristig neue Märkte erschlossen. Die Erwerbsbiographien der Menschen verändern sich. Lebenslange Beschäftigung bei nur einem Arbeitgeber wird künftig sicherlich nicht mehr die Regel sein.

Deshalb brauchen wir innovative Anstöße; denn nur damit werden Arbeitsplätze quer durch alle Wirtschaftsbereiche und für alle Qualifikationen geschaffen.

Viertens. Globalisierung, Informationstechnologie und Strukturwandel führen zu gesellschaftlichen Umbrüchen, die wir alle spüren. Die anbrechende Internet-Gesellschaft bietet riesige Chancen: weltweite Einkaufsmöglichkeiten und umfassende Informationsangebote. Diese Chancen für Innovation, Kreativität und Produktivität wollen wir nutzen. Natürlich sehen wir aber auch die wachsenden gesellschaftlichen Probleme, die Gefahr von Vereinsamung vor Bildschirmen und das Auseinanderbrechen traditioneller Strukturen. Der bekannte Freizeitforscher Horst Opaschowski hat es überspitzt so formuliert: Die elektronischen Nomaden werden überall in der Welt, aber nirgendwo zu Hause sein.

Dagegen setzen wir unser Konzept für Bayern als Weltregion und als Heimat. Wir sind aufgeschlossen gegenüber den gegenwärtigen technologischen Entwicklungen. Gleichzeitig wollen wir die Traditionen bewahren und Werte vermitteln und damit den Menschen in Bayern auch ein Stück Orientierung und Halt bieten, soweit wir von seiten der Politik dazu überhaupt in der Lage sind.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Globalisierung und die neue Wissensgesellschaft bieten enorme Chancen zur Vermehrung unseres Wohlstands, sie bieten Chancen für weiteres Wachstum, und sie bieten auch Chancen für Arbeitsplätze. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen nie vergessen: Die soziale Herausforderung Nummer 1 in unserem Lande ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 1% Wirtschaftswachstum in Bayern bedeutet über 18000 neue Arbeits-

plätze. Das heißt: Ohne wirtschaftliches Wachstum in Bayern werden wir neue Arbeitsplätze nicht in der erforderlichen Weise schaffen. Deshalb bitte ich, das Thema immer wieder unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Die These, mit der Sie von seiten der Opposition zu tun haben: „Alles kann so bleiben, wie es ist; es ändert sich nichts“, ist sicherlich falsch. Wer dies propagiert, verkennet die Unaufhaltsamkeit des Wandels, verursacht Stillstand und verspielt die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Selbst Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben in der Zwischenzeit einsehen müssen, daß Ihre These: „Es bleibt alles beim alten, aber es wird alles besser“, im Bundestagswahlkampf ein fataler Fehler war. Sie haben zum Teil das Blaue vom Himmel versprochen und haben die Menschen in falscher Sicherheit gewiegt und eingelullt. Nach einem Jahr muß man jetzt feststellen: Sie haben reichlich Versprechen gebrochen und viel Vertrauen verloren. Dies zeigt sich an den letzten fünf Landtagswahlen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

So schön das auch gemacht ist – daran ändert auch die Entschuldigung des Bundeskanzlers im Fernsehen nichts.

Die Staatsregierung wird die durch die Globalisierung und den Strukturwandel gebotenen enormen Chancen nutzen. Zukunft kann aber nur mit den Menschen gestaltet werden. Ihr Können, ihr Wissen und ihr Engagement sind unverzichtbar. Darum wollen wir alle Menschen einbinden. Alle müssen ihre Chance haben. Wir wollen Lebenschancen und Lebensperspektiven für alle Menschen. Sie dürfen darauf vertrauen, daß sie nicht allein gelassen werden, wenn sie Unterstützung und Hilfe benötigen. Nur wenn wir uns im globalen Wettbewerb behaupten können, können wir Wohlstand, unseren sozialen Standard, unsere soziale Sicherheit erhalten und die Arbeitsplätze von morgen sichern.

Mit der High-Tech-Offensive wollen wir Bayern weiterhin an der Spitze des gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritts halten. Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Bio- und die Gentechnologie, die Umwelttechnik, neue Werkstoffe und die Mechatronik sind die Technologien der Zukunft, die möglicherweise morgen oder übermorgen traditionelle Wachstumsträger, wie zum Beispiel die Metall- oder die Automobilindustrie, ablösen werden. Bei diesen Technologien müssen wir eine Spitzenstellung einnehmen, wenn wir den Wettbewerb mit den führenden Wirtschaftsnationen bestehen wollen.

Investitionen in diese neuen Technologien sind kein Selbstzweck. Sie schaffen nicht nur High-Tech-Arbeitsplätze, sondern in ihrem Umfeld auch vielfältige Arbeitsplätze wie im Handwerk und in der Dienstleistung. Wenn wir zum Beispiel in unsere Universitätsstädte und Fachhochschulstädte investieren, dann entsteht dort nicht nur Arbeit am Bau bei den Universitäten. Dies schafft und sichert als Folgewirkung auch dauerhaft Arbeitsplätze in den örtlichen Unternehmen, im Handwerk, in den Geschäften. Im Endeffekt profitieren auch die einzelnen

Menschen, die Bäcker, die Metzger, die Verkäuferinnen und Verkäufer. Wenn mehr Menschen sichere Arbeitsplätze haben, nützt das der gesamten Wirtschaft in einer Region. Die neuen Technologien sind die Impulsgeber, die das wirtschaftliche Wachstum beleben und die Zukunft für alle sichern.

Erklärtes Ziel aller CSU-geführten Staatsregierungen war und ist es, regionale Unterschiede zwischen den industriellen Zentren und dem ländlichen Raum auszugleichen. Das ist auch gelungen, weil wir im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa und in der Welt in den letzten Jahren keinen Bevölkerungszuwachs durch Zuzüge zu den großen Ballungsräumen hatten. Die Ballungsräume München, Nürnberg oder Augsburg sind in den letzten 30, 40 Jahren nicht größer geworden, aber das Land an sich hat sich anders als in Frankreich, anders als in Italien und zum Teil auch anders als in Großbritannien entwickelt. Wir haben Politik für den ländlichen Raum gemacht, und wir waren sehr erfolgreich. Alle Regionen Bayerns liegen heute wirtschaftlich deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der CSU)

Das war vor 30 und 40 Jahren nicht der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen heute mit unserem zukunftsorientierten Konzept auf dem auf, was vor allen Dingen die Ministerpräsidenten Alfons Goppel und Franz Josef Strauß in ihren langen Amtszeiten geschaffen haben.

Wie gehabt hat die Opposition dem wenig bis nichts entgegenzusetzen. Ich erinnere mich noch an die Diskussion vor vier Jahren, als wir die „Offensive Zukunft Bayern“ vorgestellt haben. Damals kam von seiten der Opposition generell ein Nein. Die Haltung der Opposition war unklar. Die einen wollten das Geld für den Schuldenabbau der Kommunen, die anderen für den Schuldenabbau des Staates aufwenden. Bei dem Schuldenstand, den wir in Bayern haben, wäre das mit Sicherheit eine sehr geringe innovative Leistung gewesen. Ich will dies nur deutlich machen. Das einzige, was Ihnen hierzu einfällt, ist, sich über eine angebliche regionale Unausgewogenheit heftigst zu beklagen. Sie versuchen damit, die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Landesteilen gegeneinander auszuspüren. Das wird Ihnen aber nicht gelingen.

Ich sage Ihnen: Dies ist keine vernünftige Politik. Bei jedem, der Verantwortung trägt, gehe ich davon aus, daß er das Gesamtinteresse Bayerns im Auge hat und daß er selbstverständlich versuchen muß, mit Hilfe der Politik die Unterschiede, die in Bayern bestehen, einigermaßen auszugleichen. Dabei sind wir in den letzten 40 Jahren weiß Gott weiter vorangekommen als alle anderen Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Ich könnte Ihnen das für Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen sehr deutlich aufzeigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben sehr genau darauf geachtet, daß die High-Tech-Offensive, wie zuvor schon die „Offensive Zukunft Bayern“, dem ganzen Land zugute kommt. Die Vergabe der Mittel erfolgt sachgerecht und regional ausgewogen. Unter Einbeziehung von externem Sachverstand haben wir über ein Jahr intensiv am Konzept der High-Tech-Offensive gearbeitet. Zusammen mit Experten haben wir Zukunftschancen und Risiken der Projekte abgewogen. Wir sind uns bewußt, daß wir damit Neuland, daß wir damit experimentelles Terrain betreten. Wir sind uns auch bewußt, daß wir damit das eine oder andere größere Risiko eingehen. Aber wer Risiken scheut, der nutzt auch gebotene Chancen nicht. Wenn wir unser Land nach vorne bringen wollen, müssen wir auch den Mut haben, Wagnisse einzugehen. Dieser Mut fehlt Rot-Grün eindeutig. Meine Damen und Herren von der Opposition, wo ist eigentlich Ihre Vision für die Zukunft? Das einzige, was Sie bisher geschafft haben ist, Reformen zurückzunehmen. Hier in Bayern können Sie Gott sei Dank nicht entscheidend mitgestalten. Auf Bundesebene haben Sie als einziges die vernünftigen Reformen zurückgenommen; jetzt haben Sie riesige Probleme und beklagen, daß Sie die Rentenreform doch nicht hätten zurücknehmen sollen. Innovative Ideen zur Gestaltung der Zukunft des Landes muß man bei Ihnen sehr intensiv suchen.

Mit den Projekten der High-Tech-Offensive setzen wir auf Innovation und technologischen Fortschritt und investieren 2,65 Milliarden DM für die Zukunft Bayerns – in seine Wettbewerbsfähigkeit und damit in seine Arbeitsplätze. Das ist eine solide mittel- und langfristig angelegte Investition, deren Erfolge deshalb nicht immer kurzfristig beurteilt werden können. Wir sind zuversichtlich, aber wir können nicht sicher sein, daß jedes Projekt gleich erfolgreich sein wird, weil wir auf wissenschaftlich-technologischem Neuland auch von der Dynamik des Fortschritts abhängen. Wir werden alles tun, um die Risiken dieser Zukunftsinvestitionen in verantwortbaren Grenzen zu halten. Wo es nötig ist, werden wir gegensteuern. Die Ressorts werden mit ihrem Sachverstand die Projekte sorgfältig durchführen und begleiten. Sie werden dem Landtag jährlich über die Umsetzung der einzelnen Projekte berichten.

Meine Damen und Herren, die High-Tech-Offensive wird von vier Säulen getragen:

In der ersten Säule wollen wir bayerische High-Tech-Zentren von Weltrang ausbauen. Bayern mit seiner vielfältigen Hochschullandschaft verfügt über mehrere Zentren von herausragender wissenschaftlich-technologischer Kompetenz. Jeder bayerische Hochschulstandort hat spezifische Stärken in den Schlüsseltechnologien der Zukunft. Wir können den Staatsregierungen der letzten 40 Jahre dankbar sein, daß sie den Hochschulstandort Bayern mit vielen Hochschulen, angefangen mit dem Neubau in Regensburg bis hin zu den Fachhochschulen, ausgebaut hat. Auf diesen Stärken wollen wir aufbauen. Deshalb werden wir High-Tech-Zentren von internationalem Rang in Augsburg, in Bamberg, in Bayreuth, in Erlangen/Nürnberg, in München, in Regensburg, in Passau und in Würzburg ausbauen. Der Schlüssel zum Erfolg ist die intensive Vernetzung von Grundlagenforschung an Universitäten, anwendungsbezogener Forschung in den Unternehmen, technologieorientierten

Unternehmensgründungen und der Bereitstellung von Chancenkaptal.

Insgesamt setzen wir für die Förderung dieser High-Tech-Zentren von Weltrang etwa 1,3 Milliarden DM ein. Der größte Anteil entfällt dabei mit rund 690 Millionen DM auf die Schlüsseltechnologie Life Sciences. Diese Schlüsseltechnologie umfaßt die Bereiche Biopharmazie, Medizintechnik, Biophysik, Bio- und Agrartechnologie sowie Nahrungsmittel- und Pflanzentechnologie. Mit rund 25 % aller Beschäftigten und rund 50 % des investierten Chancenkaptals ist Bayern heute schon der Spitzenstandort für die Biotechnologie in Deutschland. Das hat seine Ursache in der „Offensive Zukunft Bayern“.

Wir wollen Martinsried zum ersten Biotechnologiezentrum Europas im Wettbewerb mit Paris, Oxford und Mailand ausbauen – durch die Erweiterung des Gründerzentrums und die Bündelung weiterer Forschungseinrichtungen am Standort des Bio- und Genzentrums. Mit Biotechnologie in Medizin und Pharmazie können wir beispielsweise künftig Krebs und Erbkrankheiten besser heilen. Ich war vom Vortrag von Prof. Hess anlässlich der 25-Jahr-Feier des Herzzentrums beeindruckt. Er hat auf die Leistungen und Erfolge bei der Bekämpfung des Herzinfarkts bis hin zur Bekämpfung des Krebses hingewiesen. Weihenstephan soll zum Zentrum der Biotechnologie für Agrarprodukte und Lebensmittel werden. In Straubing konzentrieren wir Einrichtungen der Forschung, Verwertung und Vermarktung für nachwachsende Rohstoffe. Durch die Verknüpfung mit der Grundlagenforschung in Weihenstephan entsteht dafür ein international herausragendes Kompetenzzentrum.

Ein zweiter Schwerpunkt des Life-Sciences-Netzwerks liegt in Franken. Mit dem Forschungsnetzwerk Bio-Med-Tec Würzburg/Erlangen/Bayreuth sollen die wissenschaftlichen Potentiale der drei fränkischen Universitäten in Biotechnologie, Medizin und Biochemie gebündelt und verstärkt für Firmengründungen und Firmenansiedlungen genutzt werden. Hierfür stellen wir 254 Millionen DM zur Verfügung.

123 Millionen DM sind für die Bio-Regio Regensburg vorgesehen. Dort fördern wir einen Neubau für Immunologie, medizinische Genetik sowie Präventivmedizin, ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für Biotechnologie, ein Kompetenzzentrum für Fluoreszenz Bioanalytik, Laborflächen für den Bio-Park und Unternehmensgründer.

Meine Damen, meine Herren, wir setzen auf die Informations- und Kommunikationstechnologie. Auch hier hat Bayern eine hervorragende Ausgangsposition. Ich bin froh, daß wir gegen einzelne Widerstände bei den Verhandlungen zur Fusion von VIAG und VEBA sichern konnten, daß die VIAG-Interkom neben Chemie und Energie ein wichtiges weiteres Wirtschaftsfeld bleiben wird und damit die Planungen der VIAG bei der Informations- und Kommunikationstechnik vor allem für München und Nürnberg, aber auch für andere Standorte nicht hinfällig sind. Über 1800 Informations- und Kommunikationsunternehmen mit insgesamt 104000 Beschäftigten machen Bayern in der Zwischenzeit zum

bedeutendsten Informations- und Kommunikations-Standort in Europa. Ihn wollen wir weiter ausbauen. Hierfür setzen wir insgesamt 254 Millionen DM ein.

Mit Wirtschaft und Wissenschaft haben wir eine Software-Offensive gestartet. Jetzt wird die Softwaretechnik zu einem weiteren Schwerpunkt in der High-Tech-Offensive.

Qualifikation, Forschung, Unternehmensgründungen – das sind unsere Zielrichtungen. Qualifikation ist ein Gebot der Stunde. In Deutschland werden 40000 Informatiker und Informationstechniker gesucht. Aber es gibt nur rund 10000 Absolventen in diesen Fächern. Aus diesem Grund wird aus Großbritannien und Frankreich Personal gewonnen. Deshalb werden wir die Lehrkapazitäten der Informatik an den bayerischen Hochschulen ausbauen. Wir bieten Anreize, damit die Hochschulen durch Stellenumwidmung noch stärker als bisher auf die Informationstechnik setzen. Daneben werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive IuK auch die berufliche Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich in Bayern stärken.

Unerlässlich ist die Forschung. Wir werden gezielt Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten fördern. Mit zwei Forschungsnetzwerken zu den Themen Höchstleistungsrechnen und Wirtschaftsinformatik werden bayernweit bzw. an den Hochschulstandorten Bamberg, Bayreuth, Nürnberg, Regensburg und Würzburg zusätzlich fachliche Schwerpunkte gesetzt.

Schließlich wollen wir Bayern auch in der Informationstechnik zur ersten Adresse für dynamische Jungunternehmen machen. Wir stocken deshalb das Programm zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründer auf, richten einen Fonds für Chancenkaptal ein und bieten Beratung an. Von dieser Software-Offensive wird ganz Bayern profitieren.

Daneben werden wir aber auch die Kompetenzzentren stärken, die weltweit konkurrenzfähig sind. Mit dem Neubau der Fakultäten für Informatik und Mathematik der Technischen Universität München auf dem Forschungscampus in Garching werden wir einen Kristallisationspunkt für die Informatikforschung für ganz Bayern schaffen. Ein Softwarecampus wird anwendungsorientierte Forschergruppen, Unternehmensgründer und Schulungsangebote im Softwarebereich unter einem Dach zusammenfassen, und ganz Bayern wird davon profitieren.

Im Rahmen der High-Tech-Offensive haben wir selbstverständlich auch Anleihen genommen. Der Leiter der Staatskanzlei, Erwin Huber, hat im Frühjahr dieses Jahres eine intensive Reise in unser Partnerland Kalifornien gemacht. Ich selbst werde in der nächsten Woche dorthin reisen. Besuchen werde ich auch unsere Partnerregion Quebec, um die Kontakte und den Austausch zu vertiefen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Region Nürnberg ist ein wichtiges Zentrum der Informations- und Kommunikationstechnik, das sich bereits heute im internationalen Vergleich sehen lassen kann. Wir werden die Region Nürnberg/Fürth/Erlangen weiter stärken. An die hervorragenden Kompetenzen der Region auf den genannten Technologiefeldern soll damit angeknüpft werden: die neuen Kompetenzzentren für Netzzugangstechnik und optische Kommunikation am Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen in Erlangen sowie anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für Software und Kommunikationstechnik. Unternehmen aus dem Raum Nürnberg/Fürth/Erlangen sind eng in die Projekte eingebunden. Das stellt die wirtschaftliche Umsetzung der Forschungsergebnisse in Mittelfranken sicher.

An der Georg-Ohm-Fachhochschule Nürnberg richten wir einen Studiengang Multimedia ein. Schließlich werden wir die notwendige Begleitfinanzierung für das Projekt „Media @ Komm“ leisten. Hier entwickelt die Städtegemeinschaft Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und Bayreuth eine Chipkarte, die für viele Zwecke genutzt werden kann, zum Beispiel als Fahrschein für den öffentlichen Nahverkehr, als Theaterkarte oder als Kfz-Zulassung über das Internet. Wir wollen bei gewissen technischen Entwicklungen – denken Sie an die Handys – nicht mehr so weit zurückliegen wie in den siebziger und achtziger Jahren gegenüber Italienern und Franzosen, weil die Zeichen der Zeit zu spät erkannt worden sind. Augsburg, Passau und Würzburg sollen ebenfalls zu Kompetenzzentren für Informatik ausgebaut werden. An der Universität Augsburg ist die Einrichtung eines neuen Studiengangs Angewandte Informatik geplant. In Passau werden wir ein Anwendungszentrum für Informatik einrichten. Mit einem Gründerzentrum wollen wir dort Unternehmensgründungen fördern, und an der Universität Würzburg soll ein neuer Lehrstuhl für Bio-Informatik mit entsprechenden Lehr- und Forschungsangeboten aufgebaut werden.

Neue Materialien spielen in der Wirtschaft eine große Rolle. Die Märkte für neue Materialien wachsen weit überdurchschnittlich, zum Teil um mehr als 100 % jährlich. Deshalb investieren wir in diese Zukunftstechnologie 223 Millionen DM – und damit in Arbeitsplätze der Zukunft. Franken mit seinen drei Regierungsbezirken verfügt an den Universitäten Bayreuth, Erlangen und Würzburg über eine international anerkannte innovative Werkstoffforschung. Wir bündeln diese Kompetenzzentren zu einem arbeitsteiligen Netzwerk Neue Materialien Bayreuth, Erlangen, Fürth und Würzburg. In Bayreuth entstehen dazu ein Technikum, ein Gründerzentrum, ein Innovationsforum mit Marketingagentur und zentralen Einrichtungen. In Fürth ist ein Technikum Neue Materialien mit dem Schwerpunkt Fertigungstechnik vorgesehen. In Würzburg wird ein Technikum mit naturwissenschaftlichem Labor eingerichtet. An der Universität Augsburg wird ein Anwenderzentrum für Material- und Umweltforschung aufgebaut. Damit wird Augsburg zu einem wichtigen Knoten im Netzwerk der Materialforschung. Das Anwenderzentrum ist an der Schnittstelle zwischen Materialspitzenforschung der Industrie und verschiedenen Umweltinstitutionen angesiedelt.

Eine neue Dimension in der Materialforschung – laut McKinsey das bekannteste Projekt in der Welt – wird die Neutronenquelle in Garching eröffnen. Die kritisch eingestellten hätten anlässlich der 25-Jahr-Feier des Herz-Zentrums die Erwartungen überragender Wissenschaftler an diese Neutronenquelle für die medizinische Forschung und für das Herz-Zentrum hören können. Die Neutronenquelle wirkt schon heute wie ein Magnet für Unternehmen, die sich mit neuen Werkstoffen und der Chip-Herstellung beschäftigen.

Die Neutronenquelle wird auch intensiv wirtschaftlich genutzt werden. Dazu werden wir ein industrielles Anwenderzentrum errichten. Trotzdem setzen Sie von der Opposition immer noch nicht auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Der internationale Erfolg der Neutronenquelle wird Ihnen für mich nach wie vor erkennbaren technologiefeindlichen Kampf ebenso absurd erscheinen lassen wie andere Kämpfe, die Sie in den achtziger Jahren glaubten führen zu müssen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch ein wichtiger Grund dafür, warum wir in den letzten Jahren bei jungen Leuten so hohe Akzeptanzraten haben. Das läßt sich nicht nur an den Wahlergebnissen ablesen. Junge Leute haben heute einen anderen Umgang mit der Politik als vor zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren. Er ist zwar nicht unkritischer, aber viel offensiver, optimistischer und risikobereiter. Die jungen Leute setzen bewußt darauf, daß moderne Technologien entwickelt werden, und fühlen sich bei der CSU-Fraktion und bei der Staatsregierung besser aufgehoben als bei Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat es gelernt: die CSU-Fraktion immer vor der Staatsregierung!)

– Die Staatsregierung wird erst gewählt, wenn die CSU gewählt worden ist.

(Dr. Hahnzog (SPD): Was?)

– Man muß immer wieder etwas Nachhilfe geben. – Die Staatsregierung wird den Raum Augsburg/Schwaben zu einem international herausragenden Kompetenzzentrum im Bereich der Umwelttechnik entwickeln. Es soll auch die Umweltkompetenz anderer Standorte wie München, Nürnberg und Bayreuth in ein Netzwerk einbinden. Dafür sind 58 Millionen DM vorgesehen. Geplant ist der Aufbau eines Umweltwissenschaftszentrums und eines internationalen Netzwerks an der Universität Augsburg, das sich mit Umweltmanagementsystemen beschäftigen soll. An der Fachhochschule Augsburg werden umwelttechnologische Labors und eine Koordinierungsstelle Umwelt eingerichtet werden.

Eine weitere Leittechnologie ist die Mechatronik. Das ist die Verknüpfung von Maschinenbau, Elektronik und Informationstechnik. Sie macht Technik sicherer und entlastet Menschen bei der Bedienung von Maschinen und

Apparaten, zum Beispiel das ABS-System in den Autos. Zur Förderung dieser Leittechnologie stehen 81 Millionen DM zur Verfügung. Standorte des arbeitsteiligen Kompetenznetzwerks sind Augsburg, Erlangen, Nürnberg, Garching und Oberpfaffenhofen. An der Fachhochschule Augsburg soll ein Studiengang Mechatronik eingerichtet werden.

Ein Forschungsschwerpunkt Leistungselektronik soll in Erlangen angesiedelt werden.

Mit der Förderung des Projekts „Bayerisches Institut für Intelligentes Energiemanagement“ wollen wir die Kompetenz der Region Nürnberg im Bereich Energietechnik stärken.

Meine Damen, meine Herren, in der zweiten Säule der High-Tech-Offensive wollen wir in allen Regierungsbezirken Projekte zur Stärkung der regionalen Technologiekompetenz unterstützen. Wir schlagen vor, 350 Millionen DM für Regionalkonzepte bereitzustellen, 50 Millionen DM für jeden Regierungsbezirk.

Nicht die Staatsregierung, sondern die Regionen selbst haben Konzepte erarbeitet und über sie entschieden. Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, von Kommunen und Landkreisen haben in Zusammenarbeit mit den Regierungspräsidenten eindrucksvolle Beispiele für die Stärken der Regionen geliefert:

(Hoderlein (SPD): Das haben wir Ihnen vor zehn Jahren schon gesagt!)

Insgesamt 495 Projektskizzen sind bei den Regierungen eingereicht worden. Renommierte Beratungsunternehmen haben sie begutachtet und bewertet. Auf dieser Grundlage haben die regionalen Koordinierungskreise die aussichtsreichsten 165 Projekte zur Förderung vorgeschlagen.

Derzeit arbeiten die Projektträger in Abstimmung mit den Regierungen und den Fachressorts die konkreten Förderanträge aus. Falls sich im Rahmen der Prüfung dieser Anträge Realisierungsprobleme ergeben, sind für jeden Regierungsbezirk Nachrückerprojekte vorgesehen. Die Umsetzung der Projekte soll von externem Sachverstand begleitet werden.

Wesentliche Schwerpunkte haben die Regierungsbezirke gelegt auf Projekte in den Bereichen Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologie, Umwelttechnologie und neue Werkstoffe. Die Zukunftstechnologien finden sich damit auch in regionaler Umsetzung wieder. Allen Beteiligten in den Regierungsbezirken möchte ich an dieser Stelle für ihre engagierte und fundierte Arbeit danken. Ich bin zuversichtlich, daß damit Grundlagen für einen weiteren Entwicklungsschub in allen bayerischen Regionen gelegt sind.

Meine Damen, meine Herren, in der dritten Säule der High-Tech-Offensive schlagen wir ein landesweites Programm für Qualifizierung, Existenzgründung und Technologie-Infrastruktur vor. Wir werden Fachhochschulen, freie Forschungsinstitute, technologieorientierte Grün-

derzentren sowie Berufsbildungs- und Technologiezentren des Handwerks, der Industrie- und Handelskammern verstärkt an Datenhochgeschwindigkeitsnetze anschließen. Mit 530 Millionen DM soll die landesweite Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik verbessert werden.

In Hof wird ein virtueller Campus als erste integrierte Online-Bildungseinrichtung in Bayern entstehen. In einer virtuellen Hochschule werden auch die besten Angebote der bayerischen Hochschulen gebündelt und international zur Verfügung gestellt. Das Programm des Virtuellen Campus Bayern wird über das Internet abrufbar sein. Von zu Hause aus wird man sich in die verschiedensten Kurse zur Aus- und Weiterbildung einwählen können.

Zur landesweiten Förderung innovativer Unternehmen der IuK-Branche wollen wir ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm IuK-Technik auflegen. Eine IuK-Qualifizierungsoffensive soll angesichts immer kürzerer Innovationszyklen das Wissen und die Fähigkeiten zur Anwendung dieser Schlüsseltechnik der Arbeitswelt von morgen verbreitern. Gleiches gilt für den Medienbereich.

Meine Damen, meine Herren, wie ist die aktuelle Situation? Wir haben in den letzten Jahren eine stattliche Anzahl von Nobelpreisträgern aus Deutschland begrüßen können. Aber wir haben auch festgestellt, daß viele dieser Nobelpreisträger ihre großen wissenschaftlichen Leistungen in jungen oder mittleren Jahren nicht in Deutschland erbracht haben, sondern besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser Zustand kann uns nicht befriedigen. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Wissenschaftler auch wieder in Deutschland und in besonderem Maße in Bayern zu solchen Spitzenleistungen befähigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Medienbereich ist im schnellen Wandel begriffen und hat einen großen Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Nachwuchskräften. Aus- und Fortbildung im Medienbereich, wo Bayern in den letzten Jahren auch zu einem Spitzenland geworden ist, sollen über den Mediacampus erfolgen.

Ein wichtiges Anliegen in den Beratungen der CSU-Fraktion war der Einsatz der IuK-Technologie an Schulen. Was in meiner Schulzeit noch Rechenschieber und Schreibmaschinen waren, das sind für die Schülerinnen und Schüler heute Computer und Internet. Bereits im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ haben wir deshalb in die EDV-Ausstattung der Schulen investiert. Mit weiteren 60 Millionen DM wird die Hardware- und Softwareausstattung an Schulen nochmals besonders gefördert.

Meine Damen, meine Herren, im Rahmen der vierten Säule fördern wir die Internationalisierung von Forschung und Technologie. Dafür sehen wir insgesamt rund 128 Millionen DM vor.

Unsere Hochschulen müssen internationaler werden. An der Universität Passau wird ein Zentrum für internationale Beziehungen geschaffen. Neben dem bayerisch-

französischen Hochschulzentrum soll in Erlangen auch ein bayerisch-kalifornisches Hochschulzentrum eingerichtet werden. Dazu wird der Fonds „Hochschule International“ aufgestockt und dabei auch ein Stipendienprogramm für Studienaufenthalte besonders begabter bayerischer Studenten eingerichtet.

Der Standort Bayern soll noch besser international vermarktet werden. Unser Standortmarketing wird intensiviert und auf unsere technologischen Stärken ausgerichtet. Unser Netz an Auslandsbüros wird erweitert und auf Standortwerbung und Investorenbetreuung in Forschungs- und Technologiefeldern konzentriert. Eine Exportoffensive soll die Chancen des bayerischen Mittelstandes europa- und weltweit stärken. Meine Damen, meine Herren, in der Zwischenzeit kommt bereits ein Anteil von 37% an unserer bayerischen Wirtschaftskraft aus dem Export. Wir sind das Land mit dem höchsten Exportanteil. Das wollen wir halten und, wenn es geht, noch stärken, in besonderem Maße auch in der Landwirtschaft.

In Nürnberg wird mit unserer Unterstützung ein Außenwirtschaftszentrum Bayern der Industrie- und Handelskammern eingerichtet.

Meine Damen und Herren, neben diesen vier Säulen der High-Tech-Offensive investieren wir mit einem Standortprogramm rund 328 Millionen DM in die Infrastruktur Bayerns. Bereits im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ haben wir in den Staatsstraßenbau Privatisierungsmittel in Höhe von 140 Millionen DM investiert. Darauf hatten in den Beratungen die Kollegen aus der CSU-Fraktion nachhaltig gedrängt. Jetzt sind aus den Reihen der CSU-Fraktion erneut 190 Millionen DM für die weitere Optimierung des Staatsstraßennetzes vorgesehen.

(Beifall bei der CSU)

Das wird die regionale Verkehrsinfrastruktur weiter verbessern und damit auch die Wirtschaftskraft Bayerns insgesamt stärken.

Meine Damen, meine Herren, darauf muß ich schon hinweisen: Wir sind ein Binnenland, und wir sind ein Land, in dem sehr viel Verkehr stattfindet. Dabei rede ich von Deutschland und in besonderem Maße von Bayern. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Bundesregierung reduziert drastisch die Investitionen zum Beispiel für unverzichtbare Bau- und Ausbaumaßnahmen an den Autobahnen A 94 München – Passau, A 3 Nürnberg – Würzburg oder A 99 Westumfahrung München. Ich frage Sie: Wo bleibt da eigentlich Ihr Aufschrei gegenüber Rot-Grün?

(Beifall bei der CSU)

Sie haben doch im Oktober vorigen Jahres ganz deutlich gesagt, daß Sie jetzt viel mehr Möglichkeiten haben, in Bonn bzw. Berlin bayerische Interessen zu vertreten. Ich habe aber

(Glück (CSU): Merkt man nichts!)

zum Thema Straßenbau – und das ist wirklich gravierend – von Ihrer Seite bisher noch keinerlei Interpellation, keine Aktuelle Stunde und keinerlei Auseinandersetzung im Bundestag feststellen können.

(Beifall bei der CSU)

Kollegen aus Ihrer Fraktion haben mir geschrieben, die Bayerische Staatsregierung solle etwas tun. Aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß der Bundesverkehrswegeplan in Berlin gemacht wird und nicht in München. Er würde anders aussehen, wenn er in München gemacht würde.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen möchte ich Sie bitten, Ihre Aktivitäten hinsichtlich des Bundesstraßenbaus in Berlin und weniger im Bayerischen Landtag zu entwickeln.

Wir stellen dagegen zusätzliche Mittel für den Staatsstraßenbau in Bayern zur Verfügung, denn wir sind uns bewußt, eine dichte und gute Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für moderne und wettbewerbsfähige Standorte. Man kann nur daran erinnern: Was wäre Bayern heute, wenn wir in den siebziger und achtziger Jahren zu Zeiten von Goppel und Strauß und zu Zeiten eines Verkehrsministers Jaumann nicht so massiv darauf gedrängt hätten, die Verkehrsinfrastruktur in Bayern zu verändern und zu verbessern? Unter anderem aufgrund dieses Vorgehens haben wir heute die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland und keine Arbeitslosenquote von über 10%. In anderen Ländern würde man sich die Finger danach ablecken.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist als Exportland auf enge internationale Kontakte angewiesen. Dazu sind leistungsfähige Flughäfen, die schnelle Verbindungen ins In- und Ausland anbieten, in ganz Bayern unabdingbar. Ich erinnere mich an die heftigen Diskussionen über den großen bayerischen Flughafen München bzw. Erding und Freising. Daß wir dort in der Region heute mit 3% die geringste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland haben, war immer auch ein Ziel unserer Bemühungen. Obwohl das damals relativ wenig Eindruck gemacht hat, haben wir uns Gott sei Dank durchsetzen können.

Meine Damen, meine Herren, wir investieren 24 Millionen DM in den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Augsburg. Ich hoffe, daß alle in Augsburg – es gibt das eine oder andere Problem, – sich darüber freuen werden.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Besonders die Anwohner!)

29 Millionen DM sind für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Hof eingeplant, wenn die Untersuchungsergebnisse den Bedarf bestätigen. Wir wollen hier unsere Zusagen einhalten.

Die Messe Nürnberg ist der zweite große Messeplatz in Bayern mit Ausstellern aus aller Welt und positiver Ausstrahlung auf das ganze Land. Wir wollen ihn noch

attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Für die Messe Nürnberg hatten wir mit der „Offensive Zukunft Bayern“ 75 Millionen DM bereitgestellt, um Kapazitätsengpässe zu beseitigen. Jetzt investieren wir erneut 35 Millionen DM in den Ausbau und die Modernisierung der Messe Nürnberg. Wir gehen davon aus, daß sich die Stadt Nürnberg anteilig an der Finanzierung beteiligt. Ich sehe Herrn Kollegen Dr. Beckstein nicht, deshalb muß ich die Bitte insbesondere an Sie, Frau Schweder, richten.

Das Congreß-Centrum in Würzburg, das 1985 eröffnet wurde, hat den Tourismus nach Würzburg beflügelt. Eine Multifunktionshalle soll die Attraktivität dieses Zentrums für Kongresse und sonstige Veranstaltungen weiter erhöhen. Die Staatsregierung will die Stadt Würzburg beim Bau dieser Multifunktionshalle mit 11 Millionen DM unterstützen.

Meine Damen, meine Herren, zur Finanzierung der High-Tech-Offensive und des Standortprogramms hat die Staatsregierung 10% der VIAG-Aktien des Freistaates Bayerns an die VEBA AG verkauft. Der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags hat sehr schnell – fast ein bißchen zu schnell für Herrn Hartmann von der VEBA – am 30. September zugestimmt. Damit ist die Zahlungspflicht eingetreten. Der Barverkauf erfolgte zu einem Kurswert zu 23 Euro pro Aktie. Wenn Sie sich die Aktienkurse ansehen, stellen Sie fest, derzeit pendelt der Kurs zwischen 17 und 18 Euro. Ich glaube, vor diesem Hintergrund sind 23 Euro ein stattlicher Preis.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben zwar einen Verbesserungsschein vereinbart, aber keinen Verschlechterungsschein. Damit erzielt der Freistaat einen Erlös von mehr als 3,1 Milliarden DM, der zur Freude des Finanzministers bereits am 7. Oktober vollständig eingegangen ist.

Der Freistaat Bayern hatte 1994 für die Bayernwerk AG neben einem Barausgleich von 2,3 Milliarden DM einen 25,1prozentigen Anteil an der VIAG AG erhalten. Zum Zeitpunkt des Erwerbs im Jahr 1994 hatte dieses Aktienpaket von 25,1% einen Börsenwert von etwa 3,27 Milliarden DM. Bis heute, also innerhalb von fünf Jahren, hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Wir haben 3,1 Milliarden DM Erlöst und besitzen außerdem einen Anteil von über 5% an der neuen Firma.

Mit der VEBA AG und der VIAG AG haben sich zwei deutsche Partner gefunden, die industriepolitisch hervorragend zueinander passen und die sich mit ihrem Schritt einen entscheidenden Vorteil in der deutschen Energiewirtschaft sichern. Diese Fusion ist angesichts der Liberalisierung des Strommarktes und der aktuellen Entwicklung auf dem Energiemarkt ein Gebot der Stunde. Mit 4% Anteil am europäischen Markt wäre das Bayernwerk allein kein relevanter Spieler in der europäischen Liga. Blicke das Bayernwerk allein, würde es früher oder später zum Übernahmekandidaten – mit unabsehbaren Folgen für das Unternehmen und für die Arbeitsplätze in Bayern. Das haben übereinstimmend auch die Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie und der ÖTV, Hubertus Schmoldt und Herbert Mai, bestätigt. Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß Herr Schmoldt,

der persönlich mit mir über diese Dinge geredet hat, sich eindeutig für dieses Vorgehen ausgesprochen hat.

Wir haben in schwierigen Verhandlungen ein für Bayern außerordentlich gutes Ergebnis erzielt, das Standortinteressen und auch die Interessen der Arbeitnehmer wahrt. Daß wir damit auf dem richtigen Weg sind, hat im Rahmen der gestrigen Gespräche zum Beschäftigungspakt auch der bayerische DGB-Landesvorsitzende Fritz Schösser grundsätzlich bestätigt.

Meine Damen, meine Herren, die High-Tech-Offensive wird Folgekosten von rund 100 Millionen DM pro Jahr verursachen, die ab dem Jahr 2005 in voller Höhe anfallen werden. Aber es bleibt bei unserem Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung.

Zur Entlastung des Haushalts von Folgekosten wird aus Privatisierungsmitteln ein Bayern-Fonds eingerichtet. Mit dem Erlös aus dem Verkauf von VIAG-Aktien wird dieser Bayern-Fonds mit rund 3,1 Milliarden DM ausgestattet. Aus dem Fonds werden die High-Tech-Offensive und das Standortprogramm finanziert werden; aus den Zinserträgen wird ein Teil der Folgekosten der Privatisierungsoffensiven abgedeckt.

Die Bayerische Verfassung gibt vor, daß die Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen wieder dem Grundstockvermögen zufließen. Unser Konzept stellt sicher, daß das Grundstockvermögen im Bestand ungeschmälert bleibt. Dafür haben wir im Nachtragshaushalt 2000 Sorge getragen und werden dies auch in den kommenden Jahren tun.

Meine Damen, meine Herren, High-Tech-Offensive und Standortprogramm sind weitere Meilensteine im Programm „Offensive Zukunft Bayern“. Bisher sind im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ aus Privatisierungserlösen rund 4,4 Milliarden DM in strategische Innovationsfelder und Schlüsselprojekte der Zukunft geflossen, vor allem in Wissenschaft, Technologie und neue Märkte. Wir haben investiert in Beschäftigung und soziale Infrastruktur, in Schutz und Erhaltung unserer Umwelt sowie in die Kultur unseres Landes. Die „Offensive Zukunft Bayern“: die ich im Juli 1994 hier vorgestellt habe, hat schon heute eine beeindruckende Bilanz vorzuweisen.

Erstens können wir mit Fug und Recht sagen: Bayern ist erste Adresse in Forschung, Wissenschaft und Technologie. Bayern ist heute einer der weltweit führenden Standorte der Informations- und Kommunikationstechnik. Unter den zehn führenden High-Tech-Regionen Europas finden sich nach Berechnungen von EUROSTAT drei bayerische Bezirke, nämlich Mittelfranken, Unterfranken und Oberbayern.

Ebenfalls mit Mitteln der „Offensive Zukunft Bayern“ haben wir Martinsried zum führenden Biotechnologiestandort Deutschlands aufgebaut. Der Großraum München hat sich in kurzer Zeit zum größten gentechnischen Forschungs- und Produktionsstandort in Deutschland entwickelt. Mit Investitionen in den Neubau der klinisch-experimentellen Forschung und des nichtoperativen medizinischen Zentrums haben wir die Grundlage für die

Entwicklung Erlangens zum attraktiven „Medical Valley“ geschaffen. Damit haben wir auch die Grundlage dafür geschaffen, daß Siemens sich dort weiterentwickelt. Die medizinische Forschung bleibt also in Deutschland. Sie ist nicht nach England oder in außereuropäische Länder abgewandert. Das war gar nicht so leicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die „Offensive Zukunft Bayern“ hat auch einen vorbildlichen Ausbau unserer Hochschullandschaft ermöglicht. Gebaut wurden zum Beispiel das Institut für Physik der Universität Augsburg, die Fakultät für Maschinenwesen der TU München, die Fakultät für Angewandte Naturwissenschaften der Universität Bayreuth. Errichtet werden acht neue Fachhochschulen mit derzeit bereits rund 5600 Studenten in Deggendorf, Amberg, Weiden, Hof, Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Aschaffenburg, Neu-Ulm und Ingolstadt. Dafür werden zirka 350 Millionen DM investiert. Das sind Investitionen in Bildung und Ausbildung, die ihresgleichen suchen. Ohne die Privatisierungsmittel wären diese Investitionen nicht möglich.

Zweitens. Bayern ist ein äußerst attraktiver Standort mit wettbewerbsfähiger Wirtschaft. Unser Land ist ein begehrter Investitionsstandort. Von den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland fließt ein überdurchschnittlicher Anteil nach Bayern. Dafür gibt es Gründe, und dazu liegen auch verschiedene Berechnungen vor. So hat die Deutsche Bundesbank errechnet, daß von rund 18 Milliarden DM, die im letzten Jahr nach Deutschland geflossen sind, über 9 Milliarden DM in Bayern investiert worden sind. Das ist mehr als die Hälfte. Nach anderen Berechnungen sind 35 Milliarden DM nach Deutschland geflossen, von denen 17 Milliarden DM in Bayern investiert wurden. Bei aller Wertschätzung bedeutet dies aber auch, daß in anderen Ländern zu wenig investiert wird. Es ist für Deutschland kein gutes Zeichen, wenn die Hälfte der Investitionsmittel in ein Land fließt, während in anderen Ländern wesentlich weniger oder überhaupt nichts investiert wird.

Innerhalb eines Jahres ist es uns gelungen, über 100 neue nordamerikanische High-Tech-Unternehmen in Bayern anzusiedeln. Damit sind in Bayern jetzt über 450 nordamerikanische High-Tech-Firmen tätig. Das sind mehr als in jeder anderen Region auf dem europäischen Festland. Diese Erfolgsmeldungen sind auch Früchte der „Offensive Zukunft Bayern“. Sie beruhen darauf, daß wir 140 Millionen DM für die bayerische Regionalförderung bereitgestellt haben, daß wir die Bayerische Gesellschaft für internationale Wirtschaftsbeziehungen – „Bayern International“ – gegründet haben und daß wir mit „Bayern Innovativ“ in Nürnberg den Mittelstand bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte und Verfahren unterstützt haben.

(Dr. Scholz (SPD): Lange nichts davon gehört!)

– Sie informieren sich vielleicht zu wenig. Wenn Sie sich mehr mit solchen Nachrichten auseinandersetzen würden als mit Verdächtigungen, die von anderer Seite gestreut werden, würden Sie für Bayern ein gutes Werk tun.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Bayern hat hochwertige Arbeitsplätze und innovative Existenzgründer. Die Arbeitslosenquote in Bayern ist niedriger als in zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Mit 5,9% – das ist der harmonisierte Jahresdurchschnitt für den EU-Vergleich – lag die Arbeitslosenquote 1998 um 41% unter dem EU-weiten Durchschnitt von 10%, und im September 1999 lag sie mit 5,8% erneut deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 10,1%. Auch diese Zahlen gehören zur hervorragenden Bilanz der „Offensive Zukunft Bayern“ und des Versuchs, mit Landesmitteln dem Hauptproblem Arbeitslosigkeit auf den Pelz zu rücken.

Dafür haben auch Projekte wie der Arbeitsmarktfonds gesorgt. Aus seinen Erträgen von jährlich 20 Millionen DM unterstützen wir die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und finanzieren Maßnahmen der Arbeitsförderung. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern wurden oder werden im Rahmen des Beschäftigungspaktes bereits 155 Projekte gefördert. Dazu hat die Risikokapitalgesellschaft in Landshut ganz wesentlich dazu beigetragen. Sie verschafft gerade jungen und kleinen Technologieunternehmen Kapital für die Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte. Bayern ist deshalb die erste Adresse für Chancenkapital in Deutschland. Mit der High-Tech-Offensive werden die Mittel für Chancenkapital weiter aufgestockt.

Den Arbeitsmarkt entlastet haben auch die 20 kommunalen und neun technologieorientierten Gründerzentren. Hier haben sich insgesamt über 280 junge Unternehmen angesiedelt, die fast 900 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Ich sage das ganz ausdrücklich, weil immer wieder gefragt wird, was die „Offensive Zukunft Bayern“ bewirkt hat. Sie hat zum Beispiel ganz konkret 280 neue Unternehmen und fast 900 neue Arbeitsplätze bewirkt, die sonst nicht entstanden wären.

Viertens. Bayern hat die soziale und kulturelle Infrastruktur vorbildlich ausgebaut. Das Humane und Menschliche in unserer Gesellschaft bewahren – für ein soziales Bayern –, das ist für die Bayerische Staatsregierung Richtschnur ihrer Politik. Deshalb haben wir mit der „Offensive Zukunft Bayern“ in die soziale und kulturelle Infrastruktur investiert.

Mit Hilfe des Sozialfonds fließen über den regulären Haushalt hinaus 8 Millionen DM jährlich unter anderem in Kinderhorte. Kinderreiche Familien in Wohnungsnot und die Enthospitalisierung psychisch Kranker werden unterstützt.

Wir investieren auch in die kulturelle Vielfalt für ganz Bayern: Aus dem Kulturfonds unterstützen wir mit jährlich 21 Millionen DM nichtstaatliche Theater und Museen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Projekte der zeitgenössischen Kunst oder die Musikpflege. Die Pinakothek der Moderne in München oder das Museum des 20. Jahrhunderts in Nürnberg, die bereits im Bau sind, sind kulturelle Wegmarken. Aus der Vielzahl der weiteren Projekte nenne ich nur das Museum für die Sammlung Schäfer in Schweinfurt. Dort findet eine der

wohl qualitativ bedeutsamsten Privatsammlungen deutscher Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine neue Heimat. Das tut der Industriestadt Schweinfurt in ganz besonderem Maße gut.

Fünftens. Wir haben in den ökologischen Wohlstand in Bayern investiert. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt müssen sich mit dem dauerhaften Schutz unserer Lebensgrundlagen verbinden. Dieses Credo haben wir in Bayern umgesetzt. Der Nationalpark Bayerischer Wald, dessen Erweiterung wir durch die „Offensive Zukunft Bayern“ mit 31 Millionen DM ermöglicht haben, ist eine europaweit anerkannte Naturschutzregion. Ich weiß auch, daß dieser Nationalpark nicht überall mit der gleichen Begeisterung gesehen wird und daß es im einzelnen noch sehr viele Probleme gibt. Insgesamt aber ist dieser Nationalpark eine bedeutende und europaweit anerkannte Naturschutzregion, wovon auch die ganze Region profitiert.

Mit dem Programm zur rationellen und umweltverträglichen Erzeugung und Verwendung von Energie fördern wir die Wasserstofftechnologie, den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, ausgewählte regionale Energieprojekte sowie solarthermische Anlagen und Wärmepumpen. Beim Einsatz von Mitteln zur Förderung regenerativer Energien sowie zur Förderung von Energiesparen und rationellem Energieeinsatz liegt Bayern bundesweit mit an der Spitze. Der Beitrag regenerativer Energien zur Deckung unseres Primärenergiebedarfs in Bayern ist mit gut 9% rund dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wir werden zwar immer wieder als Atomfetischisten denunziert.

(Maget (SPD): Wie kommt denn das?)

Sie reden viel über die Förderung regenerativer Energien. Schauen Sie aber einmal in den Haushalt hinein, und Sie werden sehen, was wir tun. Mit dem Bundeshaushalt können wir durchaus mithalten. Ich will auch nicht, daß wir in Bayern französischen Atomstrom aus Cattenom einspeisen müssen. Damit würde das Wachstum nur in Frankreich stattfinden. Wir aber wären allenfalls noch Stromhändler.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an dieser Stelle auch an den Umweltpakt Bayern. Mit ihm haben, und das erstmalig in Deutschland, die Staatsregierung und die bayerische Wirtschaft gezeigt, wie Kooperation und Eigenverantwortung funktionieren und zugunsten eines verstärkten Umweltschutzes verwirklicht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann angesichts der Vielzahl der Projekte, die mit der „Offensive Zukunft Bayern“ angestoßen oder gefördert wurden, nicht alles sofort erfolgreich sein. Wo es um die Zukunft geht, da geht es auch immer um ein Wagnis, das einzu-gehen Mut erfordert. Die Opposition hat vor allem das Projekt „top elf“ problematisiert und das Bild seines Scheiterns an die Wand gemalt. Dazu stelle ich fest: Anfängliche Schwierigkeiten aufgrund organisatorischer Mängel und einer zu optimistischen Einschätzung der

Ausgangssituation sind inzwischen überwunden. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie suchen geradezu verzweifelt nach Maßnahmen, deren Erfolg Sie in Frage stellen können, um damit die gesamte „Offensive Zukunft Bayern“ zu diskreditieren.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das wollen wir doch gar nicht! – Herbert Müller (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Dann äußern Sie sich doch entsprechend. Ich erinnere mich jedenfalls noch sehr gut daran, wie Sie 1994 heftigst dagegen Stellung genommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich glaube nicht, daß ich jetzt die Presseerklärung verlesen muß, die Sie damals herausgegeben haben, als ich in Garching das jetzt in Rede stehende Konzept vorgestellt habe. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie jetzt hören wollen, wie Sie damals alles madig gemacht haben. Mit rückwärtsgewandtem Denken kann man Bayern eben nicht nach vorn bringen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich sage Ihnen noch folgendes: Denjenigen, die zuviel jammern, will man nicht erneut sein Vertrauen schenken. Denn Jammern ist auch – das sage ich ganz offen – ein Zeichen für zuwenig Mut, für zuwenig Mut im Hinblick auf die Zukunft.

Selbstverständlich kann man immer wieder fragen: Sind wir gerecht behandelt worden? Hätte nicht mehr in diese oder jene Disziplin, in diese oder jene Branche oder in diese oder jene Region investiert werden sollen? Sich solche Fragen zu stellen, das ist eine Aufgabe, der wir uns ständig stellen müssen, die nie erfüllt sein wird. Jedenfalls nutzt das reine Gegeneinanderausspielen von regionalen Interessen niemandem etwas.

(Beifall bei der CSU)

Es bringt allenfalls eine Schlagzeile für den einen oder anderen. Doch wer glaubt, aufgrund einer Schlagzeile flösse das Vertrauen der Menschen demjenigen zu, der sie verursacht hat, der erliegt einem Irrtum. Schauen Sie sich einmal die Schlagzeilen an, die Sie bis jetzt produziert haben, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Lied des Parteitags! – Herbert Müller (SPD): Meinen Sie Theo Waigel? – Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Schauen wir erst einmal. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor großen Herausforderungen. Aus Verantwortung für die Menschen – –

(Fortgesetzte Unruhe)

– Machen Sie sich um unsere Watschen weniger Sorgen. Sie teilen sich ja gegenseitig solche – –

(Beifall bei der CSU)

Frau Christiansen sollte Ihnen einen Preis stiften, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN. Mitglieder Ihrer Parteien bestreiten mit innerparteilichen Diskussionen ganze Sendungen, zum Gaudium der Bevölkerung. Da kann ich nur sagen: Weiter so!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sauter!)

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor großen Herausforderungen. Aus Verantwortung für die Menschen müssen wir uns mit den Veränderungen in Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, die durch Globalisierung und Strukturwandel verursacht werden. Wir wollen den Menschen in Bayern auch in Zukunft Arbeits- und Lebensperspektiven geben. Deshalb müssen wir die Modernisierung Bayerns vorantreiben. Die „Offensive Zukunft Bayern“ und die High-Tech-Offensive sind in dem Zusammenhang wesentliche Schrittmacher.

Wenn wir auf Zukunftstechnologien setzen, dann ist dies für uns kein Selbstzweck. Vielmehr wollen wir damit die beispiellose Erfolgsgeschichte Bayerns fortführen, die Entwicklung vom armen Agrarland zu einem modernen High-Tech-Standort mit zukunftsorientierten Arbeitsplätzen. Wir wollen ein Land bleiben, das seine gewachsenen Traditionen und sein unverwechselbares Gesicht behält und in dem sich wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Stabilität verbindet.

Auf diesem Weg hat uns die soziale Marktwirtschaft immer als Kompaß gedient. Nur die soziale Marktwirtschaft verknüpft wirtschaftliche Stabilität und unternehmerischen Freiraum mit sozialer Sicherheit und sozialer Verantwortung. Dieser Satz hat auch im Zeitalter der Globalisierung nichts an Aktualität und Bedeutung verloren. Damit das so bleibt, wollen wir den Ordnungsrahmen soziale Marktwirtschaft entsprechend fortentwickeln. Heute geht es darum, die Kreativität und den Willen zu eigenverantwortlichem Handeln zu fördern, anstatt sie durch staatliche Regulierung zu ersticken und durch hohe Abgabenlasten zu erdrücken. Um das, was wir erreichen wollen, gleichsam zu garnieren, brauchen wir eine echte Steuerreform. Heute geht es darum, Mut zu Neuem, Mut zum Risiko zu belohnen, nicht eine Mentalität des Festhaltens am Althergebrachten.

Die Gesellschaft der Zukunft verlangt von den Menschen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Hand in Hand mit der wachsenden Integration der Weltwirtschaft geht der Ruf nach einem stärkeren politischen Mitspracherecht der Bürger, nach Subsidiarität, nach Selbstbestimmungsrechten und Dezentralisierung. Damit sind wir auf dem Weg zu einer wie auch immer gearteten aktiven Bürgergesellschaft. In dieser aktiven Bürgergesellschaft gilt das Prinzip der Gegenseitigkeit: Wer Hilfe braucht, dem wird geholfen. Aber wer etwas erhalten hat, muß den ihm möglichen Beitrag für die Gesellschaft erbringen. Gerade die kleinen Gemeinschaften, also Familien, Nachbarschaften oder Vereine,

sind in dem Zusammenhang von unschätzbbarer Bedeutung. Ihren Wert zu erkennen und sie zu stärken, das führt uns zu einer menschlicheren, lebendigeren, leistungs- und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Globalisierung und der Weg in die Wissensgesellschaft dürfen nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen gehen. Wir dürfen nicht von der Substanz leben, sondern müssen sie erhalten, ja, mehren und von Generation zu Generation weitergeben.

Das Wichtigste, was wir unseren Kindern mitgeben können, ist – und damit bin ich wieder bei der Wissensgesellschaft – eine gute Schulbildung. Wissen und Können sind Voraussetzungen für die Bewältigung des immer rascher werdenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandels. Eine gute Ausbildung – darüber werden wir hier in den nächsten Wochen und Monaten intensiv streiten – stellt die beste Chance dar für den Start in ein erfolgreiches Berufsleben. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich gehöre diesem Hause bald fünfundzwanzig Jahre an. In dieser Zeit habe ich so manche bildungspolitische Diskussion erlebt und gehört, wie gerade Sie immer wieder auf die Chance gesetzt haben, gleiche Ergebnisse zu erhalten. Heute müssen Sie sehen, daß die Gesamtschule, Ihr besonderes Lieblingskind, gescheitert ist. Das sollten Sie ruhig einmal einräumen, gerade eingedenk der Diskussionen der siebziger Jahre und angesichts dessen, was daraus geworden ist.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Welt ohne Grenzen ist auch die Ursache für die Gefühle von Entwurzelung und von Identitätsverlust, die manche Bürger spüren. Auch im 21. Jahrhundert werden die Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer stabilen Gemeinschaft, eine klare Identität und Heimat suchen. Wir haben es mit zwei Seiten einer Medaille zu tun: Tradition und Fortschritt, menschlich und modern, Laptop und Lederhose – wie auch immer man es bezeichnen will. Die Staatsregierung sieht einen wichtigen Auftrag darin, Bayern als Heimat zu bewahren, Lebenskultur und Traditionen als Markenzeichen Bayerns zu erhalten. Fortschrittlich zu sein, wirtschaftlich stark, aufgeschlossen für neue Entwicklungen und neue Technologien, gleichzeitig menschlich, heimatverbunden, den Traditionen und dem Wohl der hier lebenden Menschen verpflichtet, das ist und bleibt Ziel unserer Politik.

Mit unserem bayerischen Weg – der Verbindung von Tradition und Fortschritt, der Symbiose von Gestalten und Bewahren – haben wir die Weichen für eine gute Zukunft unseres Landes und seiner Menschen im neuen Jahrtausend gestellt.

In diesem Sinne danke ich Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit für dieses große Programm, das eine lange Vorlaufzeit hatte und das jetzt in die entscheidende Debatte in diesem Haus einmündet. Ich hoffe, daß wir hier in eine intensive Diskussion eintreten und daß diese Diskussion nicht nur hier, sondern auch im ganzen Land zum Wohle Bayerns geführt wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Ich eröffne jetzt die Aussprache. Für diese wurde im Ältestenrat eine Redezeit von zweieinhalb Stunden vereinbart. Danach entfallen auf die Fraktion der CSU siebenzig Minuten, auf die Fraktion der SPD fünfzig Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN dreißig Minuten Redezeit. Als erster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Renate Schmidt das Wort.

**Frau Renate Schmidt (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Herr Ministerpräsident! Anlässlich der Debatte zu Ihrer Regierungserklärung am 29.10.1998 habe ich für meine Fraktion deutlich gemacht, daß wir die High-Tech-Offensive grundsätzlich unterstützen. Es ist nicht in Ordnung, daß Sie diese Unterstützung jetzt ein weiteres Mal anzweifeln.

Zum zweiten halten wir eine Unterteilung Bayerns in Regionen, die in der Champions-League spielen, und andere, die in der Regionalliga gut aufgehoben sein sollen, nicht für hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion ist eben Oberbayern nicht wie für Sie, Herr Ministerpräsident, die Steigerung Bayerns, sondern ein gleich wichtiger Regierungsbezirk innerhalb der sieben Bezirke.

(Beifall bei der SPD)

Wir schließen uns deshalb der Kritik der CSU-Landesgruppe im Bundestag an, in der Herr Glos und Herr Waigel am 29. September 1999 ausweislich der "Berliner Zeitung" geäußert haben, daß es nicht länger hinzunehmen sei, daß Oberbayern und die Region München einseitig bevorzugt würden, während Schwaben und Unterfranken längst abgehängt seien.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin gespannt, ob die Kollegen aus Schwaben und Unterfranken nur den Mund gespitzt haben oder ob sie jetzt in den Beratungen auch handeln.

(Zuruf von der SPD: Wo sind die Schwaben?)

Dabei möchte ich nicht mißverstanden werden. Oberbayern ist selbstverständlich die Lokomotive. Diese Lokomotive muß weiter unter Dampf stehen, damit es vorwärts geht. Es geht aber nicht an, daß einige Wagons einfach abgekoppelt werden. Wir brauchen einen kompletten Zug der bayerischen Regionen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Entschuldigung, Frau Kollegin. Könnte vielleicht an der Regierungsbank etwas Ruhe einkehren, damit die Rednerin zu Wort kommt.

**Frau Renate Schmidt (SPD):** – Damit habe ich eigentlich keine Schwierigkeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zum dritten haben wir dem Verkauf weiteren Vermögens der bayerischen Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich zugestimmt. Denn ohne diesen Verkauf sind die notwendigen Investitionen in die Zukunft nicht zu finanzieren. Mit diesen drei Aspekten möchte ich mich befassen.

Wir wollen, daß Bayern modern und zukunftsorientiert bleibt und dort, wo es das noch nicht ist, wird. Wir wissen, daß man sich auf wirtschaftlicher Stabilität und niedrigen Arbeitslosenzahlen nicht ausruhen darf. Das ist auch der Grund für unsere prinzipielle Zustimmung. Übrigens sieht die von Ihnen in Ihrer Rede gerade geschmähte Bundesregierung – im Gegensatz zur vorherigen Bundesregierung – genauso die Notwendigkeit, in Forschung und Hochtechnologie zu investieren. Das zeigen die Zahlen, die man nur einmal lesen muß. Das erste Mal seit Jahren wurde der Bundeshaushalt für Forschung und Technologie um 4,7% aufgestockt, nachdem er vorher jahrelang reduziert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das war ihre Politik, die Sie 16 Jahre lang unterstützt haben. Daß manches nicht zu verwirklichen ist und daß wir uns manchmal wünschen, zusätzliche Investitionen vornehmen zu können, liegt an dem Schuldenberg, den uns die von Ihnen unterstützte Regierung hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Dieser Schuldenberg macht jede Minute 156 000 DM an Zinszahlungen erforderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Dann kann man eben leider eben nicht mehr so viel investieren.

Zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Land gehören aber nicht nur Aufgeschlossenheit und die Förderung neuer Technologien oder Investitionen in Forschung und Bildung. Es muß auch professionell regiert, effizient verwaltet werden. Transparente und demokratische Entscheidungen müssen von glaubwürdigen Politikerinnen und Politikern gefällt werden. Wenn man diese Maßstäbe anlegt, muß man mehr als nur ein Fragezeichen machen, ob dies derzeit für den Freistaat gilt: einerseits High-Tech-Land und andererseits Amigo-Sumpflandschaften. Das paßt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Affäre reiht sich an Affäre, eine unseriöse Aktivität reiht sich an die nächste. Es geht längst nicht mehr um LWS, LfA und Landesbank, sondern es geht auch um die unerwünschte und politisch unerträgliche Koalitionsempfehlung an die ÖVP, die die Bayerische Staatsregierung als Steigbügelhalterin für ausländerfeindliche Rechtspopuli-

sten erscheinen läßt. Das dient dem Freistaat Bayern garantiert nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben darauf hingewiesen: Es geht auch um Steuerkonzepte, die den Freistaat Bayern und seine Kommunen aber vor ernste Finanzierungsprobleme stellen würden. Die Stabilitätskriterien für den Euro, auf die Sie zu Recht so viel Wert gelegt haben, würden verletzt. Über dieses Steuerkonzept hat Theo Waigel trefflich geurteilt: Ein typisches Oppositions-Konzept. Ein solches Steuerkonzept würden wir als Opposition nicht in dieser Form vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles wurde nur gemacht, Herr Ministerpräsident, um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß ein einschlägig bekannter Waffenschieber aus seinem bisher noch sicheren Hort in Kanada die gesamte Staatskanzlei der Alzheimer-Krankheit – also des krankhaften Gedächtnisschwundes – bezichtigen kann, ohne daß es eine einzige Reaktion von Ihnen gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD)

Kein Mitglied Ihres Kabinetts distanziert sich bisher eindeutig und aktenkundig von dieser zwielichtigen Person.

(Zuruf von der CSU: Was hat das mit High-Tech zu tun?)

– Ich komme schon noch darauf zu sprechen. Das hat etwas mit der Standortqualität zu tun, Herr Kollege. Damit wird das Ansehen des Freistaats Bayerns insgesamt diskreditiert, und zwar nicht durch die, die das kritisieren, sondern durch die Verursacher. Woche für Woche und Monat für Monat erscheint unser Freistaat Bayern durch Bewiesenes, Beweisbares und Vermutetes in einem Licht wie eine korrupte Bananenrepublik. Ihnen, Herr Ministerpräsident, als Sproß dieses Systems gelingt es nicht, das Amigosystem des "Eine Hand wäscht die andere" an der Wurzel auszurotten.

Ihr eiserner Besen ist längst zu einem Staubwedel aus Flaumfedern geworden. An einer Stelle wird der Staub aufgewirbelt, damit er sich an anderer Stelle ungeniert niederlassen kann.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diejenigen zu kritisieren, die Aufklärung verlangen, verwechselt Ursache mit Wirkung. Die Zeiten des Unten-Teppich-Kehrens sind vorbei. Ich hoffe, daß Sie in absehbarer Zeit die Kraft finden, um Klarheit und Ordnung zu schaffen und diesen Sumpf trockenlegen.

Wir werden Ihnen, ob Sie es wollen oder nicht, nachdrücklich dabei helfen; denn so, wie es jetzt ist, schadet es dem Ansehen des Freistaats Bayern und damit auch dem Wirtschaftsstandort Bayern.

(Kaul (CSU): Sie tragen selbst dazu bei, daß man Sie nicht mehr ernst nimmt!)

– Die Regierungsfraktion nickt nur noch. Wenn Sie verlangen, daß die Opposition dazu schweigt und alles unter den Teppich kehrt, haben Sie sich getäuscht.

(Kaul (CSU): Es geht darum, wie Sie es darstellen!)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen, heute haben wir Gott sei Dank über ein erfreulicheres Thema zu diskutieren. Weil es für die Staatsregierung erfreulich ist, den Menschen Wohltaten zu verkünden, kurvt Herr Staatsminister Huber seit Monaten durch die bayerischen Lande und teilt mit, welche Projekte wo, wie und in welcher Höhe gefördert werden.

(Kaul (CSU): Herr Kollege Huber, Sie verdienen Lob!)

Daß der Landtag diesen Projekten noch nicht zugestimmt hat, ja, über die Ausgestaltung der High-Tech-Offensive erst heute vollinhaltlich informiert wurde, stört diesen Ministerpräsidenten und sein Kabinett nicht. Für die Staatsregierung ist der Landtag offensichtlich ein Abnickgremium, das zu allen Initiativen, Offensiven und Reformprojekten der Staatsregierung nur ja und amen zu sagen hat. Für unseren Teil des Hauses darf ich Ihnen versichern, daß wir uns nicht dazu degradieren lassen werden. Wir könnten die Diskussion über die High-Tech-Offensive nicht führen, wenn nicht durch den Fleiß der Bürgerinnen und Bürger Bayerns dieses Vermögen erarbeitet worden wäre, wenn uns nicht andere Bundesländer 38 Jahre lang geholfen hätten, mit erheblichen Finanzmitteln Strukturen aufzubauen, die diesen Fleiß Früchte tragen ließen, und wenn nicht die Hoegnersche Verfassung dafür gesorgt hätte, daß das Vermögen der Bayern nicht einfach versilbert werden darf, sondern erhalten bleiben muß.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Stoiber, Sie sind in einer einzigartigen Situation: Was Generationen vor Ihnen aufgebaut und sorgsam verwaltet haben, schichten Sie um, verkaufen und verwenden es. Nach Ihnen wird niemand mehr die Möglichkeit haben, Milliardenbeträge zu investieren und Politik mit dem Scheckbuch zu betreiben. Dieses „Gestalten statt besitzen“, wie Sie es nennen, ist eine große Chance. Wir verkennen das nicht. Es ist aber auch eine große Verantwortung für Sie, für Ihr Kabinett und vor allem für uns im Bayerischen Landtag. Deshalb müssen wir uns dieses Programm sehr genau vornehmen, bevor wir entscheiden.

Damit komme ich zu der Voraussetzung der High-Tech-Offensive, nämlich dem Verkauf des VIAG-Aktienpakets und der Fusion VEBA-VIAG. Der erzielte Verkaufspreis ist ein vernünftiger Preis. Er ist jedoch kein Anlaß, vor dem Ministerpräsidenten Weihrauchfässer zu schwenken. Die VIAG war nach Ansicht der Analysten zum Zeitpunkt des Aktienverkaufs zirka 30 Milliarden DM wert. 10% der Aktien wurden verkauft und 3,1 Milliarden DM Erlös erzielt. Dieser Preis war angemessen und – bezo-

gen auf den Aktienmarkt – gut. Wir müssen uns aber vor allem klarmachen, daß es die VIAG in dieser Form nicht mehr geben wird. Die Verschmelzung der beiden Unternehmen findet auf die VEBA hin statt.

Ich betone noch einmal, daß wir die Fusion für notwendig halten. Ich füge jedoch das Wort „leider“ hinzu. Diese Fusion ist von den möglichen Übeln bei weitem das kleinere. Ein großer deutscher Energiekonzern ist allemal besser als die VIAG als Wurmfortsatz eines ausländischen Konzerns. Dies wäre über kurz oder lang die Alternative gewesen. Der Freistaat Bayern kann jedoch nichts mehr ändern. Er kann auch nur noch wenig Einfluß nehmen. Uns geht es darum, daß bei den konkreten Fusionsverhandlungen Verbindlichkeit geschaffen wird, soweit das überhaupt noch möglich ist. Die Formulierungen in dem sogenannten Grundsatzvertrag sind schwammig. In diesem Vertrag stehen viele Solls: „Die Vertriebsgesellschaft soll ihren Sitz und ihre Verwaltung in München haben.“ In § 7 ist festgelegt: „Die operative Leitung der Chemieaktivitäten soll an den bisherigen Standorten verbleiben.“ Können diese „Solls“ ein Management wirklich binden? Welche Garantien haben wir für die bayerischen Standorte tatsächlich? Darüber haben Sie auch heute nichts gesagt. Diese mehr oder weniger nicht einklagbaren Absichtserklärungen machen uns Sorge.

Die „Degussa“ ist doppelt so groß wie die SKW. Die Entscheidungen werden in der Konzernzentrale getroffen werden, die nicht in Bayern, sondern wahrscheinlich in Frankfurt ihren Sitz haben wird. An den alten Industriestandorten Bayerns haben wir leidvolle Erfahrungen gemacht, was es bedeutet, zwar das operative Geschäft zu haben, aber von Konzernzentralen abhängig zu sein, die ihren Sitz irgendwo haben und in Konfliktfällen zugunsten anderer Standorte des operativen Geschäfts entscheiden. So machen wir uns besondere Sorgen, in bezug auf die Kalk-Stickstoff-Produktion der SKW. In diesem Punkt sind wir uns mit dem DGB in Bayern einig. Ich möchte darauf hinweisen, daß alle diese Bedenken nicht kurzfristiger Natur sind. Wir müssen jedoch auch die mittelfristigen Auswirkungen dieser Fusion bedenken. Wir wollen diese Fusion nicht verhindern; das wäre auch gar nicht mehr möglich. Vielmehr wollen wir das Bestmögliche für die Arbeitsplätze im Freistaat Bayern herausholen.

Wir fordern Sie deshalb auf, hier und heute oder spätestens in den nächsten Ausschusssitzungen des Bayerischen Landtags detailliert mitzuteilen, welche tatsächlichen mittelfristigen Standortzusagen es gibt und welche Sicherheiten Sie tatsächlich erreicht haben, so daß durch die Fusion oder andere Umstände ein eventuell notwendig werdender Arbeitsplatzabbau nicht zu Lasten des Standorts Bayern vorgenommen wird. Das wollen wir wissen. Darauf bestehen wir.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, für uns ist das wichtigste Ziel beim Einsatz öffentlicher Mittel, daß daraus zukunftsträchtige und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Damit verbunden ist unsere weitere Zielsetzung, in allen Regionen Bayerns gleichwertige Lebensverhält-

nisse herzustellen. Die von Ihnen vorgeschlagene High-Tech-Offensive darf nicht zur Folge haben, daß die Starken stärker werden und gleichzeitig die Schwächeren schwach bleiben oder noch schwächer werden. Wir stellen nicht das gesamte Konzept in Frage, wir haben aber einige schwerwiegende Bedenken, die in die Entscheidungen des Landtags einfließen müssen:

Erstens. Der Einsatz von öffentlichen Mitteln muß in einer Weise erfolgen, daß Zukunftstechnologien, die noch nicht aus eigener Kraft ihren Markt finden, gefördert werden. Ob dies in dem vorgesehenen Umfang für sämtliche der geplanten Informations- und Kommunikationsprojekte vor dem Hintergrund der boomenden Kommunikationswirtschaft gilt, darf bezweifelt werden. Eine sorgfältige Überprüfung in den Ausschüssen des Landtags ist deshalb angezeigt.

Zweitens. Es ist gut, daß unsere Hochschulen über den Teil 1 des High-Tech-Projekts gefördert werden. Sie haben gerade darauf hingewiesen, wie wichtig das ist. Dabei haben Sie an dem jüngsten Beispiel eines Nobelpreisträgers, der in Deutschland geboren wurde, hier sein Examen gemacht hat und anschließend sofort nach Amerika gegangen ist, weil er dort die richtigen Arbeitsbedingungen findet, deutlich gemacht, daß hier ein Handikap für ganz Deutschland und für den Freistaat Bayern besteht. Deshalb ist es gut, daß an dieser Stelle investiert wird. Wir bedauern jedoch, daß in dieser Champions League, also dem Teil 1 des High-Tech-Projekts, keine Fachhochschulen auftauchen. Wir werden hierzu Änderungsvorschläge vorlegen.

Drittens. Unser wichtigster Kritikpunkt ist die vergleichsweise magere Ausstattung der Mittel für die Regionen. Binnen eines halben Jahres wurden im Hau-ruck-Verfahren – dies ist auch die Meinung der CSU-Landesgruppe in Berlin – regionale Technologieprojekte durchgezogen. In dieser kurzen Zeit wurden 495 Projekte eingereicht. Daran zeigt sich, daß die Kompetenzen für die Entwicklung unseres Landes nicht an erster Stelle in der Staatskanzlei stecken, sondern in den IHK, den Unternehmen und den Gewerkschaften in den Regionen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere langjährige Forderung nach einer dezentralisierten Regionalpolitik, nach einer Strukturpolitik von unten nach oben, wird durch dieses Potential der Regionen, durch die Kreativität der Franken, Schwaben, Oberpfälzer, Ober- und Niederbayern mehr als nur bestätigt. Wie schön wäre es gewesen, wenn man den Regionen noch ein bißchen mehr Zeit gegeben hätte. Das in vier Monaten auf dem Regionaltisch liegende Investitionsvolumen von 3,6 Milliarden DM wäre sicher noch größer ausgefallen, die Projekte wären qualitativ ausgereifter und realisierbarer geworden. Mein Kollege Dr. Manfred Scholz wird darauf noch eingehen. Nur so viel: Über einige Projekte mußte teilweise ohne ausreichende Antragsunterlagen von den Regierungen entschieden werden.

Darunter sind Forschungsvorhaben von Firmen, die einen einmaligen Zuschuß von immerhin 50% bekommen und wenig oder gar keine Arbeitplatzeffekte haben werden. Die Gutachter haben sich, so gut es ging, auf

den vorgegebenen engen Kriterienkatalog bezogen; Hilfestellung, um Projekte zu realisieren oder unterschiedliche Kompetenzen von Firmen zusammenzubringen, konnte aber nicht gegeben werden. Die Forderung „In jedem Landkreis ein Projekt“ war teilweise wichtiger als die Qualität dieser Projekte. Nach dem Personalwechsel in der Spitze der Ministerialbürokratie der Staatskanzlei hielt plötzlich Bürokratie und das Pochen auf Formalien bei der Betreuung der Regionalkonzepte Einzug, wo vorher Offenheit gegenüber Neuem und gegenüber allen Beteiligten in den Regionen herrschte.

(Glück (CSU): Käse! Es hat keine Bürokratie gegeben!)

– Doch, Herr Glück, wir werden jeden einzelnen Fall belegen.

Vergleichbare Projekte wurden ungleich bewertet, die Bewertung war teilweise nicht transparent. Zu all diesen Kritikpunkten werden wir in den Ausschußberatungen konkrete Beispiele vorlegen und Nachbesserungen verlangen.

Zusagen wurden teilweise nicht eingehalten, und es wurde über die Köpfe der in den Regionen Verantwortlichen hinweg entschieden. Zur Illustration dessen darf ich aus einem Brief des ersten Bevollmächtigten der IG Metall Nürnberg an den Regierungspräsidenten von Mittelfranken einen längeren Abschnitt zitieren:

Am 24. Juli 1999 hat die Koordinierungskonferenz der Region Nürnberg in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung das Energietechnologische Informations-, Gewerbe- und Gründerzentrum ETG zu einem vorrangigen Leitprojekt bestimmt. Die verantwortlichen Akteure haben sich verpflichtet, sich bei der Staatsregierung für eine ergänzende Förderung einzusetzen. Durch die Berechnungen der Stadt Nürnberg wurde nämlich bestätigt, daß das ETG mit der bisher in Aussicht gestellten Förderung in der Höhe von 8 Millionen DM nicht zu realisieren ist. Statt dessen haben wir den Medien entnommen, daß aus den Mitteln der High-Tech-Offensive ein neues Institut für virtuelle Kooperation und Software-Engineering eingerichtet werden soll. Ein derartiges Vorhaben wurde in dieser Region noch nicht einmal erörtert, geschweige denn beschlossen.

(Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Sind Sie dagegen?)

Die Entscheidung über das ETG ist nicht das einzige Beispiel. Sie wissen, daß wir uns gleichfalls für ein Kompetenzzentrum für Leistungselektronik eingesetzt haben.

Namhafte Unternehmen der Region wie Siemens, Semikron, Baumüller, SEL, die IHK und die IG Metall haben sich nachdrücklich für die Aufstockung der Mittel von 15 Millionen DM von ursprünglich vorgesehenen 50 Millionen DM eingesetzt. Dies ist nicht erfolgt. Ergebnis ist, daß Dr. Lorenz, der anerkanntermaßen einen hervorragenden internationalen Ruf in der Wissenschaft und

Wirtschaft genießt, seine Berufung an die Universität Erlangen zurückgezogen hat, und nun besteht das Risiko, daß damit das Projekt ganz gestrichen wird. Wir halten es für unverantwortlich, einseitig auf den Ausbau der Kommunikationstechnologien zu setzen. Wir brauchen nicht nur neue Arbeitsplätze für Ingenieure und Softwareentwickler, sondern auch für Facharbeiter, An- und Ungelernte. Innovationen in der Energietechnik bieten dieses Beschäftigungspotential.

(Beifall bei der SPD)

Es macht für uns keinen Sinn, in einer mühevollen Arbeit brillante Konzepte zu konzipieren und Kompromisse einzugehen, wenn hinter unserem Rücken andere Projekte durchgesetzt werden.

Dieser Brief macht deutlich, wo bei aller Zustimmung unsere Kritik, aber auch unsere Forderungen ansetzen. Diese sind zum ersten: Wir wollen, daß die regionale Kompetenz und die Bedürfnisse der Regionen ernstgenommen werden. Wir fordern daher, die Mittel für Regionalprojekte um zirka 400 Millionen DM aufzustocken und dabei die strukturschwächeren Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders zu berücksichtigen. Dies ist im übrigen, Herr Glück, keine phantasielose Forderung. Die Regionen haben genügend Phantasie, Kreativität und Kompetenz investiert, daß weit mehr als diese zusätzlichen 400 Millionen DM gewinnbringend für den Freistaat Bayern angelegt werden könnten.

Wir fordern deshalb zum zweiten, daß nach Wegen gesucht wird, wie die darüber noch hinausgehenden aussichtsreichen Projekte ebenfalls über andere Förderöpfe realisiert werden können.

Drittens. Wir halten es für dringend notwendig, nicht nur die Regionalprojekte, sondern die gesamte High-Tech-Offensive daraufhin zu überprüfen, ob und in welcher Größenordnung daraus tatsächlich neue zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und wie die Umsetzung aller dieser Projekte realisiert wird. Wir stimmen deshalb mit Ihnen überein, daß eine regelmäßige, jährlich einmal in den Ausschüssen stattfindende detaillierte Berichterstattung notwendig ist.

Dabei ist uns klar, daß es bei solchen Projekten Fehlinvestitionen geben wird, daß Arbeitsplätze vielleicht nicht in dem vorgesehenen Umfang entstehen werden. Deshalb ist eine offene und ungeschminkte Berichterstattung dringend notwendig, nicht um jemanden „vorzuführen“ – das haben Sie mißverstanden, Herr Ministerpräsident –, sondern um rechtzeitig gegenzusteuern. Sie dürfen nicht jede Kritik im Landtag als „Vorführen“ betrachten. Es ist keine Majestätsbeleidigung, wenn man hin und wieder sagt, daß irgend etwas in diesem Land schief läuft. Menschen machen nämlich Fehler. Wenn Sie das endlich einmal erkennen würden, dann ginge es Ihnen auch ein bißchen besser.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich beim vierten Punkt. Aus den ersten beiden Offensiven entstehen laut Herrn Huber Folgekosten in Höhe von zirka 278 Millionen DM, aus der High-Tech-Of-

fensive nach fünf Jahren, wenn alles angelaufen ist, noch einmal zirka 100 Millionen DM. Wir halten es deshalb für wenig sinnvoll, einen Fonds – und das ist das, was ungefähr übrigbleibt – von zirka 500 Millionen bis 600 Millionen DM zu gründen, mit einem Zinslös – das wurde auch im Haushaltsausschuß gesagt – von zirka 24 Millionen bis maximal 30 Millionen DM, um diese Folgekosten abzudecken. Wir sind der Meinung, daß diese 278 Millionen DM und die Folgekosten, die aus der High-Tech-Offensive entstehen, aus dem laufenden Haushalt aufgebracht werden müssen, übrigens genauso wie die dringend notwendige Aufstockung der Mittel für den Staatsstraßenbau. Sie tun doch dort nichts Zusätzliches. Mit dieser Aufstockung der Mittel kompensieren Sie nur das, was Sie in den letzten Jahren versäumt haben. Das holen Sie jetzt über Privatisierungserlöse nach.

(Beifall bei der SPD)

Zuerst läßt man den Staatsstraßenbau zur Marginalie verkümmern, Herrn Beckstein zum Herrn der Schlaglöcher werden, und dann gebärdet man sich mit Mitteln aus Privatisierungserlösen als Wohltäter.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zum Bundesverkehrswegeplan sagen, zu dem eine Bemerkung zu machen Sie sich eben nicht verkneifen konnten. Wer wie die ehemalige Bundesregierung, die Sie 16 Jahre lang inhaltlich voll getragen haben, den Bundesverkehrswegeplan zu 80 Milliarden bis 90 Milliarden DM unterfinanziert, hat das Recht verloren, überhaupt noch irgendwelche Forderungen anzumelden.

(Beifall bei der SPD)

Werfen Sie doch einmal einen Blick auf den Bundesverkehrswegeplan. Sie werden feststellen, daß unsere Bemühungen selbstverständlich auch Erfolg gehabt haben, weil nämlich Bayern nach wie vor überproportional bedacht wird und nicht etwa unterproportional. Sie sollten allmählich mit diesen Märchen aufhören.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Es hat 14 Jahre gedauert, überfällige Reparaturen an der Fachhochschule Nürnberg vorzunehmen. Undichte Dächer und Regenpfützen in Universitätslabors, all das ist im Freistaat Bayern nicht unbedingt eine Seltenheit. Über alle Euphorie und Freude über High Tech, über Champions League und Offensiven darf nie versäumt werden, das, was bereits geschaffen wurde, zu erhalten. Dazu sind aber nicht die Privatisierungserlöse da, sondern der laufende Haushalt, auch um den Preis, die Neuverschuldung von null DM nicht so schnell wie geplant zu erreichen.

Zum Schluß erneuere ich unseren Vorschlag, einen Zukunftsfonds für Kinder aus dem nicht für die High-Tech-Offensive benötigten Betrag zu gründen. Das wäre ein bescheidener Anfang, aber es wäre ein Anfang, um Investitionen in Tagesschulen und Ganztagsbetreuung über das gering vorhandene Maß hinaus anzustoßen. Gemeinsam mit den vorgesehenen Mitteln für die Ausstattung der Schulen mit Computern – wir freuen uns,

daß einer unserer Vorschläge vom Herbst letzten Jahres aufgenommen wurde – wäre das ein wichtiges Signal, ein Signal dafür, daß wir begreifen, daß Investitionen in die Zukunft nicht nur wichtige Investitionen in Technik bedeuten, sondern vor allen Dingen Investitionen in unsere Kinder.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Paulig das Wort.

**Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es ist wieder so weit; freuen wir uns: Mister Wundermann Stoiber hat sie wieder zu verschenken, die Milliarden. Heute war ja fast eine vorgezogene Nikolausbescherung: Wünschen Sie sich etwas in Schwaben, in Unterfranken oder in Mittelfranken? Wer hat noch nicht, wer will noch mal? – Kommt Ihnen das nicht auch etwas eigenartig vor? Da werden Milliarden über das Land gestreut, aber niemand weiß, mit welchem Erfolg. 4,5 Milliarden DM von 5,6 Milliarden DM der ersten Offensive sind bereits ausgegeben. Eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle wurde bis heute nicht durchgeführt. Nicht erst nach der Pleite bei der LWS mit 400 Millionen DM oder der 1,3-Milliarden-DM-Pleite bei der Landesbank halten wir GRÜNEN eine Kontrolle der Investitionen der Privatisierungserlöse für dringend geboten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein entsprechender Antrag mit ausführlichen Fragen von uns liegt dem Hause schon vor.

Bis wir Ihre Kontrolle, der Effizienz endlich einmal dargestellt bekommen, betrachten wir doch einmal die Zahlen. Hat denn diese Summe bis jetzt den Arbeitslosen genutzt? Anhand der Zahlen stellen wir fest, daß sich unter Stoibers Regierungszeit die Zahl der Arbeitslosen nicht verringert hat. Von Stoiber wurde einmal die Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000 groß angekündigt. Sie ist nicht da. Das halte ich für ein gebrochenes Versprechen, Herr Stoiber. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich exakt im Bundestrend weiterentwickelt. Von 1993 bis 1998 hat die Zahl der Arbeitslosen in Bayern um 27 % zugenommen, im Bund West um 28 %. Das ist exakt der Bundestrend. Was wurde mit diesen Milliarden Besseres erreicht?

Die Zahl der abhängig Beschäftigten hat im gleichen Zeitraum um 3,1 % abgenommen. Was die Luftbuchungen betrifft, die auch heute wieder genannt wurden – 1 % Wachstum bedeute 18600 neue Arbeitsplätze für Bayern –, schaue ich mir das Jahr 1998 an. Sie proklamieren 3,5 % Wachstum. Wo sind sie, die 65000 neuen Arbeitsplätze? In den Statistiken kann ich sie nicht finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber fragen wir doch weiter. Wem hat der Geldsegen in Bayern genützt, den Unternehmen beispielsweise? Schauen wir uns dazu die Zahl der Konkurse und der

Insolvenzen in Bayern an. Im Bundesdurchschnitt sind diese Zahlen seit 1992 gestiegen. Auch Bayern bietet kein Ruhmesblatt. Bei der Veränderung von 1996 auf 1997 beispielsweise weisen neun Bundesländer günstigere Zahlen als Bayern auf.

Hat der Geldsegen den alten Menschen in Bayern genützt, die von überlasteten Pflegerinnen und Pflegern in bayerischen Heimen versorgt werden? Hat sich die Pflegesituation, der Pflegeschlüssel verbessert? Dafür fehlt das Geld nach wie vor. Haben sich die Klassen in Bayerns Schulen verkleinert? Wurden ausreichend junge Lehrer eingestellt, größere Klassenzimmer gebaut, die neuen Medien an die Schulen gebracht? Auch hier bestehen nach wie vor Defizite. Wurde der öffentliche Verkehr ausgebaut, wurden gute, neue Züge angeboten, der Taktverkehr ausgebaut, ein dichtes Busnetz im Bayerischen Wald angeboten? Fehlanzeige. Wurden moderne Energietechnologien ausgebaut, beispielsweise die öffentlichen Gebäude energietechnisch modernisiert, isoliert und mit Solaranlagen versehen? Fehlanzeige. Fehlanzeige auch für die damit verbundenen Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand.

Es wäre wirklich spannend, heute zu erfahren – vielleicht kommt es ja noch –: Wo wurden welche Arbeitsplätze geschaffen, wie viele Mittel sind tatsächlich dem Mittelstand und dem Handwerk zugute gekommen, wie wurden mit diesen Mitteln die Regionen gestärkt? Bis heute Fehlanzeige. Oder ist es in der Tat wirklich so, wie unter der Hand aus dem Bayerischen Obersten Rechnungshof zu hören ist, daß mit 50 % Mitnahmeeffekten zu rechnen ist? Die, deren Branchen sowieso boomen, deren Konzerne und Tochterkonzerne gute Gewinne erzielen, nehmen mit, was aus den Privatisierungserlösen zu holen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt wurde mit den Fusionsverhandlungen zwischen VIAG und VEBA wieder Tafelsilber möglichst gewinnbringend verschertelt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

galt es doch, von manchen Affären und Skandalen dieses Sommers abzulenken. Der Verkauf wurde sehr schnell getätigt; die Sperrminorität wurde aus der Hand gegeben – das Faustpfand, um Standortzusagen für Bayern und Arbeitsplatzzusagen für Bayern zu sichern. Alles wurde aus der Hand gegeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging so schnell – man will die Erlöse ja gönnerhaft über das Land verteilen –, daß die nachträgliche Beteiligung des Haushaltsausschusses nur mehr zur Farce verkam.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3,1 Milliarden DM sind ein gutes Geld, Geld der Bürgerinnen und Bürger Bayerns, Geld, das allen gehört. Sollte gerade nach den Erfahrungen mit der ersten Privatisierungsstranche nicht genau überlegt werden, wofür dieses Geld ausgegeben wird? Innehalten und Nachdenken statt blinder High-Tech-Gläubigkeit, und dies,

auch wenn der Laptop in der Lederhose noch so surrt und piepst, die Kuppel der Staatskanzlei fast ins Rotieren gerät, abhebt, kurz über Silikon-Valley kreist und dann ins All abzischt – Materie, die zu Gas und Asche verglüht, Herr Stoiber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage: Nur dem Mainstream des Tages zu folgen, ist zu wenig für echte Zukunftspolitik. Die Jubelpropaganda fortschrittstrunkener Technologen können wir ruhig mit etwas Abstand betrachten. Ich war heute schon erstaunt: Alles, was Sie geboten haben, was Materialismus pur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich: Wo wollen Sie eine Werteentwicklung, eine Diskussion in der Gesellschaft über künftige Werte voranbringen, wenn in dieser Regierungserklärung alles am Geld gemessen wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum führen wir nicht eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir dieses Geld ausgeben werden? Sollten wir uns nicht gemeinsam auf Kriterien verständigen: Was sind unsere Ziele, was sind unsere Aufgaben für die Zukunft, welche Konzepte wollen wir umsetzen?

Für uns GRÜNE gibt es vier Bewertungskriterien, die bei neuen Investitionen herangezogen werden müssen: Nachhaltigkeit, Risikoabschätzung, Arbeitplatzeffekte für den Mittelstand und Regionalentwicklung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So fordern wir erstens, daß alle Investitionen an der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht auf Kosten künftiger Generationen zu leben. Nachhaltigkeit bedeutet, dem System Erde nicht mehr Ressourcen zu entnehmen, als nachwachsen können, das heißt, die ökologischen Notwendigkeiten bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen, bei allen Investitionen, Darlehen und Subventionen zu beachten. Energieeinsparung, Emissionsminderung und Ressourcenschonung sind Ziele, die wir in der Zukunft umsetzen müssen. Dies bedeutet in der Tat eine deutliche Kurskorrektur in der Energie-, Verkehrs- und Technologiepolitik, in der Produktion, in der Kommunikation und in der Mobilität. Das bedeutet Vorrang für technologische Effizienz statt Verschwendung, das bedeutet geschlossene Stoffkreisläufe, das bedeutet biologische Effizienz, das bedeutet Klima- und Artenschutz. Hier ist High-Tech gefordert, höchstes technisches Know-how; hohe Innovation ist hier abgefragt. High-Tech, am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert – dafür engagieren wir GRÜNEN uns. Es wäre schön, wenn dies nach den Erkenntnissen der Rio-Konferenz auch endlich in die Köpfe der CSU-Betonfraktion ginge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachhaltigkeit bedeutet aber auch eine langfristige, solide Haushalts- und Finanzpolitik im Sinne der Gene-

rationengerechtigkeit. Sie bedeutet Gerechtigkeit im Sinne einer Sozialpolitik, die den Interessen von Jugendlichen, Kindern und künftigen Generationen entspricht.

Ein zweites Bewertungskriterium für Investitionen ist neben der Nachhaltigkeit die Technikfolgen- und Risikoabschätzung. In Baden-Württemberg gibt es ein eigenes Institut zur Technikfolgenabschätzung. Wo gibt es Vergleichbares in Bayern? Ein Atomforschungsreaktor in Garching mit hochangereichertem Uran birgt das Risiko von Unfällen und gefährlicher Waffenproduktion. Es wäre gerade technologischer Fortschritt, wenn Sie auch in Garching den Einsatz der hochdichten Uranbrennstäbe nutzen würden, um mit niedrigangereichertem Uran zu arbeiten. Genau dafür wurde der dichte Brennstoff von der Wissenschaft entwickelt. Was Sie jetzt machen, ist wiederum alte Technologie; denn Sie wissen: Hochdichtes und hochangereichertes Uran widerspricht allen friedenspolitischen Bestrebungen dieser Erde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihr Wissen aufhellen: Erst kürzlich lasen wir wieder von Strontium und Uran im Schmuggelgepäck in der Ukraine und in Georgien oder von einem fehlgeleiteten Plutoniumcontainer zwischen Frankreich und England. Tokaimura hat uns wieder vor Augen geführt, wie störanfällig die Atomtechnologie selbst in einem hochindustrialisierten Land wie Japan ist. Der Mensch wird immer Fehler machen; das heißt, alle Technologien müssen den Risikofaktor Mensch berücksichtigen. Gerade darum ist die dezentrale, wiederverwertbare Solartechnologie für uns Menschen so anwenderfreundlich, das ist Technologie für die Zukunft.

In der Gentechnologie, der Mikrobiologie, der Immunologie, ja, selbst in der Lebensmittelproduktion sind die Auswirkungen auf den Menschen, auf die Ausbreitung hochinfektiöser Faktoren, auf die bedenkliche Entwicklung von Menschenzüchtung, Fortpflanzung und Selektion abzuschätzen. Welche Auswirkungen werden die zunehmende Biotechnisierung, der Ausbau der technischen Möglichkeiten in der Medizin auf unser Leben haben? Bei der Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit Informations- und Kommunikationstechnologien sind die Bereiche des Datenschutzes, des Persönlichkeitsschutzes, der persönlichen Sicherheit in die Technikfolgenabschätzung einzubeziehen, ebenso wie die Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung oder der zunehmenden Immobilität. Gerade erst haben Wissenschaftler warnend ihre Stimmen erhoben, daß sich Jugendliche fast nicht mehr bewegen. Sie, Herr Stoiber, haben heute die Vereinsamung vor dem Bildschirm angesprochen. Wir müssen Technikfolgenabschätzung leisten, bevor wir blindlings und technikeuphorisch investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wo bleibt angesichts der High-Tech-Euphorie die kritische Abschätzung der Chancen und der Risiken? Die neuen Möglichkeiten der Biotechnik, der Umwelttechnik, der Bionik und Elektronik sowie die Entwicklung neuer Materialien und Verfahren bieten unzäh-

lige neue Chancen auch im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit. Aber wir müssen uns auch kritisch mit möglichen Fehlentwicklungen und Risiken auseinandersetzen und dann entsprechende Richtungs- und Investitionstentscheidungen treffen. An dieser Stelle möchte ich dem deutsch-amerikanischen Nobelpreisträger Günter Blobel gratulieren, der in vorbildlicher Weise die hochkomplexen Eiweiß- und Mikrostrukturen der Zellen erforscht. Das ist kein simples Ausschneiden von Genfragmenten und artfremdes Verpflanzen in Pflanzen- und Körperzellen, wie dies manche Chemiekonzerne in unverantwortlicher Weise machen. Das ist verantwortliche Forschung. Was in Bayern auf Kosten der Landschaft und der Gesundheit vorangetrieben wird, ist unverantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die High-Tech-Offensive könnte der geeignete Einstieg sein in eine begleitende Risikoabschätzung, die von den Hochschulen und Forschungseinrichtungen fächerübergreifend – von Geistes- und Naturwissenschaftlern – geleistet werden könnte. Dann könnten wir den gesellschaftlichen Diskurs zur Weiterentwicklung der Werte verantwortlich führen.

Ein drittes Bewertungskriterium sind die Arbeitsplatzeffekte für den Mittelstand. Wir wissen, daß die Arbeitsplätze im Mittelstand in besonderem Maß standortgebunden sind – anders als die der großen Konzerne –, daß hier große Personalverantwortung gezeigt wird und unser berufliches Ausbildungssystem ohne die qualifizierten Ausbildungsplätze des Mittelstands, des Handwerks nicht finanzierbar wäre. Der Freistaat Bayern könnte dies nie finanzieren. Dort gibt es hohe Innovationskraft und Flexibilität, was den Service und die Dienstleistungswünsche der Kundschaft betrifft. Darum ist die Privatisierungstranche am Investitionsbedarf des Mittelstandes auszurichten. Dazu höre ich von Ihnen zu wenig.

Das vierte Bewertungskriterium: Das Kriterium einer angepaßten Regionalentwicklung ist eng mit den Arbeitsplatzeffekten für den Mittelstand verbunden. Nicht erst seit den Beschäftigungseinbrüchen in der Stahlindustrie oder den Steinkohleabbaugebieten wissen wir, wohin veraltete Monopolstrukturen führen können. Wir wissen es auch von den Schwierigkeiten der Keramik-, Textil- oder Fahrzeugtechnik in Bayern. Ich gebe zu bedenken, daß wir derzeit in ganz Deutschland kein vernünftiges Wagenmaterial für Züge produzieren und pannenfrei in Betrieb nehmen können. Daran erkennt man, daß die Entwicklung verschlafen wurde: Für die Oberlandbahn beispielsweise haben wir auf österreichische Produktion zurückgegriffen; als das Ganze nach einem Jahr immer noch nicht klappte, fragten wir in Dänemark um Hilfe an und greifen jetzt auf veraltetes Wagenmaterial der Deutschen Bundesbahn zurück. Das ist Systementwicklung und Innovation nach Art Bayerns – von Integraltechnik keine Spur mehr. Oder schauen Sie sich den Mangel an Fachleuten bei den Ingenieurwissenschaften an. Auch daran sieht man, daß Bayern die Entwicklungen verschlafen hat. Wohlüberlegte Standort- und Strukturentscheidungen sind auch im Bildungsbereich in Bayern Mangelware.

Wir GRÜNE sagen klar: Alle Investitionen der High-Tech-Offensive sollten diesen vier Bewertungskriterien unterzogen werden. Es ist an der Zeit, endlich Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, langfristige Konzepte zu entwickeln und die ökologischen Notwendigkeiten als Chancen für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu begreifen. Wir sollten uns wieder kritisches Denken erlauben, an Problemlösungen arbeiten und die mittelständischen Unternehmen in unseren bayerischen Bezirken als kompetente Bündnispartner stärken.

Zu unseren Vorschläge für die Verwendung dieser Privatisierungsmittel gehört daher ein technisch hoch effizientes, ökologisches Modernisierungsprogramm für alle öffentlichen Gebäude. Das reduziert die jährlichen Energiekosten für den Freistaat, das schafft Arbeitsaufträge für den Mittelstand, und das reduziert die Treibhausemissionen – ein dreifacher Vorteil für Bayern.

Schuldentilgung muß ein weiterer Schritt sein. Von derart unseriösen Luftschlössern bei den Steuereinnahmen mit ungedeckten Wechslen von zig Milliarden DM, die Sie, Herr Stoiber, kürzlich vorstellten, halten wir GRÜNE gar nichts. Wir wollen die Schuldenbelastung auch hier in Bayern tatsächlich reduzieren und mit den jährlich eingesparten Mitteln in die Bildung investieren. Das ist Investition in die Zukunft. Kleinere Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, neue Medien schaffen die Voraussetzungen für eigenständiges, selbstverantwortliches Lernen, für Freude am Lernen, für praxisorientiertes Lernen.

Ich begrüße Ihre Vorschläge zur Internationalisierung der Bildung. Allerdings müssen Sie sich dann klar werden, daß Sie nicht zum einen die internationalisierte Bildung einfordern können und den globalisierten Markt und gleichzeitig Schranken und Grenzen rund um Bayern hochziehen. Das geht nicht. Wir können uns auch keine zwei Klassen Ausländer leisten, wie sie Herr Herrmann propagiert hat. Wir brauchen in Bayern ein weltoffenes Klima und verstärkte Integrationsbemühungen für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die jahre- und jahrzehntelang hier leben, und für die, die kommen werden. Kinder, Jugendliche und Studenten sehen ihrer Zukunft mit Mut und Optimismus entgegen. Das ist gut so. Schaffen wir ihrem Taten- und Wissensdrang die geeigneten Voraussetzungen.

Sie kennen den Witz – vielleicht auch nicht: Zwei Planeten treffen sich im Weltall. Wie geht's dir denn? – Ach, nicht so gut, ich habe Homo sapiens. – Ach, denk dir nichts, das hatte ich auch schon mal. Das geht schnell vorbei.

(Zurufe von der CSU)

Sollten wir heute angesichts der Begrüßung des sechsmilliardsten Menschen auf dieser Erde – wir freuen uns darüber – nicht alles daransetzen, wirklich weise zu werden und weise Entscheidungen für die Zukunft zu treffen? Wir GRÜNE beteiligen uns gerne an dieser Diskussion.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Glück das Wort.

**Glück (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat mit der Regierungserklärung eine eindrucksvolle Bilanz der Wirkungen der Offensive Zukunft Bayern vorgelegt, und er hat ein überzeugendes Konzept für die Fortsetzung dieser Politik mit ganz besonderen Schwerpunkten vorgelegt. Dies, meine Damen und Herren, ist nicht Politikrhetorik, sondern dies ist belegt durch die Entwicklung Bayerns, und dies dokumentiert politisches Handeln mit Kompetenz und politischer Tatkraft.

Das ist die Politik, wie sie die Menschen in Bayern spüren und die in krassem Kontrast zu dem steht, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, gerade vorgetragen haben.

(Beifall bei der CSU)

Die Regierungserklärung hat wieder einmal, wie ich es nenne, die besondere Handschrift der Regierungszeit Stoiber gezeigt: Gezielte Modernisierung ohne Vernachlässigung der kulturellen und sozialen Aufgaben. Nicht ein Entweder-Oder ist das Thema, Frau Paulig, sondern das Gemeinsame. Dabei gilt es klar zu sehen, daß zur Zeit der entscheidende Engpaß für die weitere Entwicklung zu überwinden ist. Die Frage ist, ob wir bei denjenigen Entwicklungen in Wissenschaft, Technik und Forschung Spitze sind und bleiben, die letztlich über die Situation in unserem Land, über Arbeitsplätze, über wirtschaftliche Entwicklung und über unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheiden.

Ob es uns gefällt oder nicht: Maßstab unseres Handelns muß sein, was in der Weltspitze geschieht. Bayern ist noch mehr als alle anderen Bundesländer von seiner Exportfähigkeit abhängig. Unser Wohlstand gründet darauf, daß wir hochwertige – nicht billige, das können andere machen –, anspruchsvolle und teure Produkte in der ganzen Bandbreite des wirtschaftlichen Geschehens entwickeln und verkaufen können. Deshalb nützte es nichts, wenn Geld primär in andere, auch interessante Aufgaben investiert würde, zum Beispiel im sozialen Bereich oder wo immer es wünschenswert wäre, sofern dies zur Folge hätte, daß wir bei zukunftsorientierten Entwicklungen den Anschluß verlören.

Zur Handschrift der Regierung Stoiber gehört auch eine Politik, die nicht primär auf die Verteilung des Mangels setzt. Es geht nicht um die Frage, wie mit einer Arbeitszeitverkürzung oder mit einem neuen Arbeitszeitmodell der Mangel besser verteilt werden kann, sondern es geht um die Frage, wie man mit besseren Rahmenbedingungen mehr Arbeitsplätze schaffen kann. Bestandteil dieses Politikstils in Bayern ist der kooperative Politikansatz. Die daraus abgeleitete Politik ist deshalb so erfolgreich, weil sie nicht zwischen den gesellschaftlichen Gruppen polarisiert, sondern Zusammenarbeit pflegt. Es kommt nicht von ungefähr, daß Bayern mittlerweile das einzige Land ist, in dem das Bündnis für Arbeit funktioniert, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auf Wissenschaft, Wirtschaft und auf die sozialen Organisationen. Dadurch entwickeln sich in Bayern positive Kräfte. Zur Politik der Regierung Stoiber zählt auch, daß externer Sachverstand zugezogen wird. Das erwarten die Menschen; das wurde im Rahmen der Entwicklung der einzelnen Programme ständig praktiziert. Die Politik verfügt nun einmal nicht über den Sachverstand, den man zur Bewältigung all dieser komplexen Aufgaben braucht. Sie können also ganz beruhigt sein, Frau Schmidt: Das Land Bayern wird gut regiert.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Wahl des Begriffs „Bananenrepublik“ haben Sie nur ein weiteres Mal das Niveau der Opposition dokumentiert.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch ein erbärmlicher politischer Stil, Herrn Schreiber einerseits als Waffenhändler zu bezeichnen, ihn aber andererseits als Kronzeugen für Verdächtigungen zu benutzen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Was ist es anderes als der Ausweis einer erbärmlichen politischen Kultur, irgendwelche Verdächtigungen, die einer, der von den Behörden des funktionierenden Rechtsstaats Bayern gesucht wird, zum Gegenstand der politischen Aussprache zu machen?

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist heuchlerisch, sich einerseits von so jemand zu distanzieren, ihn aber andererseits zu benutzen, um weiterhin haltlose Verdächtigungen über das Land zu streuen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Wir lernen von Ihnen!)

Sie sagten, Ministerpräsident Stoiber sei in einer einzigartigen Situation, weil Privatisierungserlöse zur Verfügung stünden, und Ihr Unterton war dabei: Das hat er ja gar nicht verdient. Richtig ist, daß es sich um eine einzigartige Situation handelt; sie ist aber nicht unverdient. Hätten Sie, Frau Schmidt, oder Ihre Vorgänger in der SPD in Bayern regiert, stünden Privatisierungsmilliarden nicht für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung, sondern damit müßten Schuldenlöcher gestopft werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Maget (SPD): Wie in Berlin!)

– Herr Maget, ich führe gerne bei anderer Gelegenheit eine Debatte über die Verschuldung beim Bund. Dann sollten wir auch über die letzten zehn Jahre sprechen, in denen Sie permanent Opposition gegen Sparbeschlüsse betrieben haben, in denen Sie permanent polemisiert haben, wenn im Osten investiert wurde. Sie haben

immer mit gespaltener Zunge gesprochen, je nachdem, wie Sie es brauchten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Heute ignorieren Sie, daß in den neunziger Jahren die gigantische Aufgabe der Wiedervereinigung und die Erblast des Kommunismus finanziert werden mußten.

(Beifall bei der CSU)

Nach der Berlin-Wahl habe ich erstmals am letzten Sonntagabend von Ihnen gehört, die PDS sei schuld an der Erblast im Osten und müsse deshalb für Sie ein Gegner sein.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das haben Sie von mir schon immer gehört!)

Auch wenn Sie einen strategischen Fehler gemacht haben, indem Sie die Linken nicht bekämpften, sollten Sie wenigstens so ehrlich sein und im Rahmen der Debatte über den Bundeshaushalt sagen, daß eines der größten Probleme der neunziger Jahre die Erblast des Kommunismus und des Sozialismus war. Das wäre eine solide Diskussionsgrundlage.

(Beifall bei der CSU)

Zurück zu Bayern. Daß wir heute die Möglichkeit haben, in die Zukunft zu investieren, verdanken wir unseren Vorgängern in der Landespolitik und Bayern der langen Regierungszeit der CSU. Sonst wäre es nicht so gekommen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf kann Ministerpräsident Stoiber aufbauen.

Das Thema VIAG markiert ein besonderes Erfolgskapitel der Regierungszeit von Edmund Stoiber. Denn es ging maßgeblich auf seine Initiative zurück, daß mit Beginn der Regierungszeit der Anteil an den Bayernwerken veräußert wurde, wodurch die VIAG nach Bayern kam. Ohne Stoibers Initiative wäre der VIAG-Konzern nicht nach Bayern gekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dann hätten wir keine Basis für Privatisierungserlöse, für ein neues Kapitel bayerischer Industriepolitik und für die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie, zum Beispiel VIAG-Interkom, gehabt. Richtig war auch – und das haben nicht einmal Sie bestritten –, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Zustimmung zu geben, daß der Sitz des neuen Konzerns nicht mehr in Bayern sein wird.

Sie haben auch keine Alternative dazu formuliert. Aber Sie fragen jetzt, Frau Schmidt: Inwieweit gibt es quasi absolut sichere Zusagen im Blick auf die Weiterentwicklung bei den Arbeitsplätzen? Ich behauptete, daß es absolut sichere Zusagen dieser Art nicht mehr gibt und nicht

mehr geben kann. Auch der Siemens-Konzern mit seinem Sitz in Bayern kann sie nicht geben. Letztlich wird das davon abhängen, was in der Gesamtentwicklung betriebswirtschaftlich möglich ist. Klar und unbestreitbar ist, daß im Rahmen dieser Verhandlungen das Mögliche im Blick auf die Priorität künftiger Geschäftsfelder erreicht wurde.

Ich meine, wir sollten nicht übermäßig beschwören, daß ein Konzernsitz außerhalb Bayerns nur eine Bedrohung bedeuten kann. Ich greife das Beispiel SKW auf, das Frau Schmidt erwähnt hat. Das ist mein nächster heimatischer Bereich. In der Geschichte der SKW war nur in den fünf Jahren der Konzernsitz in Bayern, als der VIAG-Sitz in Bayern war. Aber die SKW hat auch einen hervorragenden Weg der Umstrukturierung in der Zeit genommen, als der VIAG-Konzernsitz in Nordrhein-Westfalen war.

Das heißt, wir sollten nicht von vornherein so tun, als sei mit der Entscheidung für eine Sitzverlagerung automatisch eine Gefährdung der Arbeitsplätze verbunden. Es wird entscheidend darauf ankommen, wie die einzelnen Unternehmen vor Ort – SKW in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich – eine solche Umstrukturierung bewältigen.

(Dr. Kaiser (SPD): Vor fünf Jahren haben Sie noch genau umgekehrt argumentiert!)

Zu den Ausführungen über die Regionen nur ein Wort; Kollege Dingreiter wird ausführlicher dazu Stellung nehmen. Ich halte es für einen politisch sinnlosen und sachlich falschen Versuch, Zwietracht in die Regionen zu tragen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das wollen wir gar nicht!)

Mit der „Offensive Zukunft Bayern“ wurden alle Regionen Bayerns gestärkt, und dies sogar im Spitzenbereich. Meine Damen und Herren, unter den zehn führenden High-Tech-Regionen Europas sind nach einer Berechnung von Eurostat drei bayerische Bezirke. Es ist interessant, daß sich dabei die Zahl der Erwerbstätigen in Hochtechnologiebranchen folgendermaßen verteilt: An erster Stelle steht Mittelfranken mit 183 Beschäftigten je tausend Erwerbstätigen.

(Hofmann (CSU): Dank Renate Schmidt?)

An zweiter Stelle steht Unterfranken

(Hofmann (CSU): Dank Kaiser! – Gegenruf von der CSU: Der Kaiser bremst!)

mit 177 Beschäftigten je tausend Erwerbstätigen in der Hochtechnologiebranche. An dritter Stelle steht Oberbayern mit 172 je tausend Erwerbstätigen.

(Herbert Müller (SPD): Verraten Sie mir, wo Schwaben steht!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es allein schon von diesen Fakten her unsinnig, so zu tun, als würde hier

eine Politik ausschließlich zugunsten von Oberbayern betrieben.

(Herbert Müller (SPD): Die Statistik schaue ich mir an!)

– Das ist keine Statistik, die wir erfunden haben, sondern eine Statistik von Eurostat.

Frau Paulig, ich glaube, Sie zählen zu den ganz wenigen in Deutschland, die nicht sehen oder nicht begreifen, wie die Zukunftsoffensive Bayern auf die Wirtschaftskraft, die wissenschaftliche Entwicklung und die Anziehungskraft dieses Landes wirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie es bis jetzt nicht begriffen haben, dann wird auch eine weitere Argumentation von meiner Seite nichts mehr nützen; da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb lohnt es sich nicht, sich im einzelnen damit auseinanderzusetzen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich wäre es schön, noch mehr Geld zu investieren, etwa in den von Ihnen genannten Bereichen Pflege, Krankenhäuser, Schulen, öffentlicher Personennahverkehr und regenerative Energien. Aber eines ist auch richtig: daß wir jeden Ländervergleich in Deutschland und zumal jeden mit den Bundesländern, in denen Sie mitregieren, in den genannten Feldern glänzend aushalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wer so argumentiert wie Sie, der hat die Bedeutung dieser Schlüsseltechnologien für unsere weitere Entwicklung nicht begriffen.

Sie haben mich an eine Diskussion erinnert, die Konrad Seitz in einem seiner wegweisenden Bücher beschrieben hat. Darin hat er davon berichtet, daß in den achtziger Jahren von manchen ernsthaft eine Diskussion darüber geführt wurde, daß der Umsatz mit Kartoffelchips genau so ein Umsatz sei wie der mit Mikrochips. Aber für die Zukunftsentwicklung in unserem Land ist von entscheidender Bedeutung, daß wir im Bereich der Hochtechnologie dabei sind. Natürlich sind Kartoffelchips auch wichtig, dagegen ist nichts zu sagen, oder irgend etwas, was Sie sonst gerne essen. Aber wer den Wärmeschutz von Gebäuden in einem solchen Programm ernsthaft als Alternative zur notwendigen Entwicklung der Biotechnologie oder der Informationstechnologie hinstellt, der hat nicht begriffen, welche Weichenstellungen für die Zukunft entscheidend sind.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Frau Paulig ißt die Kartoffeln nur roh! – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht doch darum, wo ich das Geld hinschiebe! Gemacht werden muß beides!)

Alle Diskussionen im Land und nicht zuletzt das Wahlverhalten der jungen Generation zeigen, daß gerade die jungen Menschen spüren, daß unsere politische Handschrift vor allem eine Investition in die Zukunft der jungen Generation ist. Aber dieselbe junge Generation, die im privaten Bereich moderne Technologien ganz selbstverständlich nutzt, macht mir Sorge, wenn es um die Entscheidung bei der Studienwahl geht. Eine der größten Gefährdungen unserer Konzeptionen – der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung schon anklingen lassen – für die Weiterentwicklung im Bereich der Hochtechnologie ist der Mangel an Facharbeitskräften. Diese Gefährdung dokumentiert sich leider Gottes in besorgniserregender Weise bei der Entwicklung der Zahl der Studienanfänger im Bereich der Ingenieurwissenschaften. 1990 hatten wir an den deutschen Universitäten 3157 Studienanfänger im Bereich der Ingenieurwissenschaften, 1998 waren es nur noch 1982.

(Zuruf des Abgeordneten Herbert Müller (SPD))

Bei den Fachhochschulen ist es noch dramatischer. 1980 hatten wir dort für den Bereich der Ingenieurwissenschaften 7031 Studienanfänger, 1998 waren es nur noch 3930.

Meine Damen und Herren, dies ist eine höchst gefährliche Entwicklung. Wir müssen deshalb den jungen Menschen Mut machen, solche Techniken nicht nur zu nutzen, sondern zu erkennen, daß dort – bei allem Auf und Ab von Wirtschaftsbranchen – ihre Zukunftschancen im beruflichen Bereich liegen. Wenn unsere junge Generation diese Chance nicht nutzt, werden diese Arbeitsplätze zunehmend von ausländischen Jugendlichen in Deutschland besetzt werden. Das kann keine erfolgversprechende Zukunftsstrategie für unser Land sein.

Deswegen hat unsere Fraktion entschieden, im Rahmen dieses Programms als Anschubfinanzierung noch einmal 60 Millionen DM für die Ausstattung der Schulen mit Computern auszugeben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allerdings auch in Erinnerung rufen, daß schon 95% der Gymnasien, 85% der Realschulen und 70% der Hauptschulen in Bayern einen Zugang zum Internet haben.

(Dr. Kaiser (SPD): Wie viele Computer sind denn da für die Schüler?)

Mir ist es besonders wichtig, deutlich zu machen, daß es nicht nur darum geht, daß diese Technik in den Schulen steht und daß die Kinder lernen, mit dem PC umzugehen. Die ganz große Herausforderung, auch an die Lehrkräfte, ist: Wie werden diese modernen Wissensmaschinen, wie wird etwa das Internet als eine rasant wachsende Möglichkeit der Informationsbeschaffung in den Unterricht integriert? Was bedeutet Persönlichkeitsbildung unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft? Das ist die eigentliche Herausforderung und nicht, mit der Technik umzugehen lernen. Das lernen Kinder ohnehin relativ schnell, spielerisch. Dazu müßten wir uns vielleicht gar nicht so anstrengen. Aber im Bereich der Pädagogik und der Erziehung ist eine der größten Herausforderungen: Wie mit dieser Wissensflut umgehen, sie nicht nur als Bedrohung empfinden, sondern in erster

Linie als Chance, und vor allem, damit entsprechend umgehen?

Meine Damen, meine Herren, wir propagieren keine vordergründige Politik der Modernisierung. So war in einem Beitrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Hinblick auf das Blair-Schröder-Papier, in dem fünfundzwanzigmal das Stichwort „Modernisierung“ vorkommt, zu lesen, die Modernisierungsrhetorik sei der halbamtliche Jargon der gesamten Bundesregierung. So sehr Modernisierung wichtig ist, so sehr haben wir uns in unserer Politik auch denen zugewandt, die gelegentlich als Modernisierungsverlierer bezeichnet werden. Der Ministerpräsident hat dargestellt, wie viel im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ bewußt in soziale und kulturelle Projekte investiert wurde. Das Wertefundament ist morgen mindestens genauso wichtig, wie es gestern war.

Vor allen Dingen ist es nicht nur wichtig, die moderne Technik zu beherrschen. Auf unserer Klausurtagung in Banz habe ich einen mittelständischen Unternehmer, der bei uns war, gefragt, wo er die besonderen Chancen Deutschlands im internationalen Wettbewerb sieht. Seine Antwort war: Die besonderen Chancen liegen in dem, was man früher als die deutschen Tugenden bezeichnet hat, nämlich Gründlichkeit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Qualitätsbewußtsein. Vor diesem Hintergrund meine ich, im Sinne eines ganzheitlichen Politikansatzes – ich denke, daß ist für alle Bürgerinnen und Bürger im Land wichtig – sind neben allen notwendigen technischen Innovationen die traditionellen Tugenden wichtig. Beides zusammen wird uns einen guten Weg in die Zukunft eröffnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Scholz das Wort.

**Dr. Scholz (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich mache die Ausführungen zu diesem Thema auf der Grundlage der Erfahrungen, die ich in vielen Jahren in der Industrie von der Unternehmenseite her gewonnen habe, bei der Unternehmensplanung und verschiedenen Förderprogrammen Europas, des Bundes und der Länder. Vor diesem Hintergrund und in dem Bemühen, mich in diejenigen, die Anträge gestellt haben und in dem Zeitraster gefangen waren, hineinzudenken, will ich versuchen, die Problematik zu betrachten. Ich muß sagen, der ganze Ablauf, die Hektik in der Sache, war in einer gewissen Weise dem Wert der Initiative, den wir vom Grundsatz her nicht bestreiten, sehr abträglich.

Man muß sich das einmal vorstellen: Auf dem Kongreß in Garching am 17. Juni 1998 verkündet der Ministerpräsident – schon stark in seiner Rolle als Wahlkämpfer – ein Programm, mit dem er 2,1 Milliarden DM ausgeben will. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Wie lange zuvor haben Sie sich überlegt, daß das geschehen soll? – Wahrscheinlich nach der zweiten Privatisierungswelle. Sie haben die Dinge erst Ende Juni ins Rollen gebracht. Praktisch alle Beteiligten waren von dem neuen Privatisierungsvorhaben überrascht. Ich habe es in Garching

erlebt. Herr Ministerpräsident, ich bin der Meinung, es wäre vernünftig gewesen, den Regionen und den beteiligten Universitäten einen Vorlauf zu geben. Der Wert der High-Tech-Offensive wäre gewaltig gestiegen.

Ich meine, ungeachtet der sicher guten Vorarbeit von Roland Berger und Prof. Henzler von McKinsey, die die Bereiche IK und Life-Science behandelt haben, stellt es einen „Schweinsgalopp“ und eine in gewisser Weise herabwürdigende Behandlung der Beteiligten dar, daß Sie meinten, in der Zeit zwischen Ende Juli und Ende September – bis dahin mußte der „Champions-League-Teil“ abgeschlossen sein – die ursprünglich angekündigten 1,5 Milliarden DM seriös und bedarfsgerecht verplanen und projektieren zu können. Das ist nur mit großen Abstrichen möglich.

Vieles wurde von der Staatskanzlei „par ordre de Mufti“ vorgegeben. Das Wechselspiel nahm teilweise groteske Formen an. Abrundungskonzepte wurden über den Haufen geworfen. Das alles muß auch unter dem Aspekt gesehen werden, daß Universitäten und Hochschulen aus ihrem Selbstverständnis heraus langjährige Projektierungen hatten und um jeden Doppelhaushalt gekämpft haben. Die vier vorgegebenen Entwicklungsbereiche haben zur Folge, daß andere, durchaus zukunftsrelevante Wissenschafts- und Forschungsgebiete außen vor bleiben. Ich nenne den Bereich der Energie, der sicher die technologische Herausforderung des nächsten Jahrhunderts darstellt.

Die aufgeregte Hektik hat meiner Meinung nach viel kaputtgemacht. Die grundsätzlich guten Ansätze einer high-tech-intensiven Forschungs- und Entwicklungunterstützung im Hinblick auf Arbeitsplätze, regionale Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaftsförderung sind auch uns wichtig. Wir meinen, daß es notwendig ist, hier eine Menge mehr zu tun. Die Anstrengungen, die andere Länder beispielsweise im Bereich der Energie unternehmen, sind gewaltig. Andere Bundesländer haben die Herausforderung angenommen. Baden-Württemberg setzt 783 Wissenschaftler ein, Niedersachsen 243, Nordrhein-Westfalen gar 800. Und Bayern? – Nach Feststellungen des Wissenschaftsrates sind es 137.

Natürlich sind es auch noch andere Bereiche wie Produktionstechnologie, Verfahrenstechnik usw., die außen vor bleiben. Besonders ärgerlich war es, daß die gesamten „High-Tech-Champions-League-Überlegungen“ nur auf Universitäten und Hochschulen aufbauten und die Fachhochschulen bis auf zwei Ausnahmen, nämlich Augsburg und Nürnberg im kleineren Umfang, außen vor blieben. Sie wurden auf die Regionalkonzepte vertröstet.

Herr Ministerpräsident, die teilweise herablassende Art, mit der Sie mit den Regionalkonzepten umgingen, war in vielem erkennbar. Um in der Fußballersprache, die Sie eingeführt haben, zu bleiben, sage ich: Ihnen ist als Vorstandsmitglied des FC Bayern, der in der Champions League spielt, sicher klar, daß Sie von der Regionalliga drei Klassen trennen. So müssen sich die Leute von den Regionalprojekten gefühlt haben. Im übrigen steht an der Spitze der Regionalliga Reutlingen oder Pfullendorf.

Daß hier Unterschiede bestehen, geht nicht nur aus der Klassifizierung, sondern auch aus den Beträgen hervor. 1,5 Milliarden DM auf der einen Seite stehen 350 Millionen DM geteilt durch sieben auf der anderen Seite gegenüber. Schade ist insbesondere, daß die Fachhochschulen die Chance, im Bereich der führenden High-Tech mitzuwirken, nicht nutzen konnten.

Das läßt sich auch nicht durch die weiteren Maßnahmen reparieren, die Sie in den Teilen 2, 3 und 4 der High-Tech-Offensive eingebracht haben.

Bei den Regionalkonzepten war der zeitliche Druck mindestens ebenso hoch. Es ist äußerst interessant, was die Regierung von Oberbayern gesagt hat. In ihren Veröffentlichungen heißt es, daß sie Anfang November 1998 eine Arbeitsgruppe bildete, die das Regionalkonzept auszuarbeiten hatte. Ende Februar kamen bereits die Fremdfirmen, die das Konzept zu prüfen hatten. In dieser Zeit – Weihnachten und Neujahr eingeschlossen – mußten die Projekte auf den Tisch des Hauses gelegt werden. In den einzelnen Regierungsbezirken in Bayern waren die Voraussetzungen völlig unterschiedlich. Es gab auch ganz unterschiedliche Vorarbeiten, was den Umgang mit den Regionalkonzepten und den einzelnen Konzeptbereichen betraf. Das Tempo, das vorgelegt wurde, schadete nur der Wirkung, die erreicht werden sollte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich hier immer noch bestimmte Ungereimtheiten auftun. Das müssen wir nun in Kauf nehmen.

(Sackmann (CSU): Welche denn?)

Es blieben also knapp vier Monate für die Erstellung der Projekte. Eine solche Vorgehensweise ist dieser wichtigen Entwicklung nicht angemessen.

Das Ergebnis der Projektsuche ist trotzdem sehr bemerkenswert. Beispielsweise wurden nach Feststellungen des Regierungspräsidenten von Oberbayern allein in diesem Regierungsbezirk Projekte mit einem Gesamtvolumen – nicht Fördervolumen! – von 1 Milliarde DM eingereicht. In Mittelfranken waren es Projekte mit einem Gesamtvolumen von 700 bis 800 Millionen DM. Zusammen mit Projekten, die in anderen Regierungsbezirken eingereicht wurden, macht das Gesamtvolumen 3,6 Milliarden DM aus, und dies in vier Monaten. Man muß sich diese Zahlen einmal vor Augen führen und muß sie im Gesamtzusammenhang sehen, um zu begreifen, was mit diesen Programmen in Bewegung gesetzt wurde.

Sie sagten in Ihrer Rede von heute, daß von der Opposition keine Vorschläge kamen. Schon 1996 haben wir unter der Überschrift „Staatliche Hilfe zur regionalen Selbsthilfe“ beantragt, die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, die Regionen in die Lage zu versetzen, daß sie solche Projekte überhaupt ausarbeiten können, die Regionen in den Kompetenzbereichen zu profilieren, Gründerzentren zu schaffen und Verbundforschung zu ermöglichen. Alles das haben wir bereits 1996 beantragt. Wolfgang Hoderlein hat auch erwähnt, daß wir schon vor zehn Jahren diese Maßnahmen gefordert haben.

Es ist sehr lobenswert, daß Sie jetzt die Büchse mit den Regionalkonzepten öffnen und wie in einer Veröffentlichung vom August dieses Jahres durch Herrn Bocklet sagen lassen, Leitgedanken seien die weitest mögliche Dezentralisierung regionalpolitischer Handlungs- und Entscheidungskompetenzen durch regionale Entscheidungseinheiten und durch Bündelung der regionalen Kräfte sowie die Bereitstellung eigener Finanzmittel für einzelne dezentrale regionale Einheiten. In den Regionen muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Voraussetzungen dafür erfüllt sind und die organisatorischen Strukturen stimmen.

Die Voraussetzungen sind bisher nicht erfüllt. Dies meint auch Fritz Schösser. Er sagt, daß die Gewerkschaften zwar die generelle Tendenz begrüßen, daß sie aber bei den Verhandlungen außer in Mittelfranken nur Teilnehmer waren. Wozu die Entwicklung in Mittelfranken geführt hat, hat Frau Renate Schmidt vorhin bereits vorgebracht. Das heißt also, daß auch die Gewerkschaften erst in ihre neue Rolle hineinwachsen müssen.

Das Ergebnis zeigt dennoch, daß die Regionen innovativ sind und sehr unterschiedlich reagiert haben. Es ist faszinierend zu sehen, wie unterschiedlich die Regionen reagiert haben. Zum Beispiel hat Niederbayern die 50 Millionen DM, die jeder Regierungsbezirk bekommen hat, für ein Programm mit einem Gesamtvolumen von 93 Millionen DM bei einer Förderquote von 46% eingesetzt. Dagegen hat Unterfranken mit denselben 50 Millionen DM ein Förderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 185 Millionen DM und einer Förderquote von 26% geschaffen. Noch interessanter ist die Tatsache, daß der Anteil, mit dem die Wirtschaft als Hauptträger zu diesen Projekten beiträgt, in Niederbayern bei 7% und in Unterfranken bei 94% lag. Man muß sich das einmal vorstellen, in der einen Region eine solche Entwicklung und in der anderen eine ganz andere. In Unterfranken hat wohl die Industrie- und Handelskammer stärker die Führung übernommen, in Niederbayern waren es dagegen die Fachhochschulen zusammen mit der Regierung. Dieser Schluß läßt sich bei der Analyse der einzelnen Maßnahmen ziehen.

Die Regionen haben auch sehr unterschiedlich auf die Vorgabe der vier Wissenschaftsbereiche reagiert. Schwaben war zum Beispiel voll in Einklang mit der Staatsregierung und hat alle Projekte den vier oder fünf vorgegebenen Bereichen unter Einschluß der Mechatronik zugeordnet. Andere Regionen haben höchstens die Hälfte oder zwei Drittel der Mittel dafür vorgesehen. Es gab auch andere weitreichende Projekte, für die es einzelne Initiativen gegeben hat, so zum Beispiel Verfahrenstechnik, Meßtechnik, Verkehrstechnik, aber auch die Bereiche Design, Klimaforschung, Kunststofftechnologie, Laseroptik und ähnliches. Dies zeigt, daß in den Regionen etwas geschieht.

Wir denken überhaupt nicht daran, die Regionen gegeneinander auszuspielen. Wir wollen alle Regionen stärken, und wir wollen für alle Regionen die Möglichkeiten schaffen, die ihnen nach ihrer eigenen Einschätzung weiterhelfen. Deshalb ist aus den einzelnen Stellungnahmen der Regierungsbezirke auch herauszulesen, daß es notwendig ist, über die 50 Millionen DM hinaus

die durchaus positiven Projekte weiter zu verwirklichen und den Prozeß, der eingeleitet wurde, fortzusetzen. Weitere Projekte, die zu den Regionen passen, sollten dort gründlich erarbeitet und realisiert werden.

Wir meinen, daß es mit den 350 Millionen DM nicht getan ist. Aus der Gesamtmasse der Privatisierungserlöse sollen weitere 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel können durchaus über einen gewissen Zeitraum verteilt werden. Die Projekte sollen gründlich erarbeitet werden, und die Firmen, die solche Anträge stellen, sollen hilfreich beraten werden. Viele Firmen in ganz Bayern wußten überhaupt nicht, welche Maßnahmen laufen und welche Möglichkeiten hierbei bestehen. In dem Zeitraum zwischen November und Februar des Folgejahres war es kaum möglich, die Fördermöglichkeiten an alle Firmen heranzutragen.

Wir meinen aber auch, daß die zusätzlichen 400 Millionen DM nicht wieder durch 7 geteilt werden sollen. Sie sollen vielmehr bedarfsgerecht nach der Qualität der Projekte und nach ihrer Wirkung in bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in solchen Gebieten Bayerns eingesetzt werden, die von starker Arbeitslosigkeit, insbesondere von struktureller und langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Meine Damen und Herren, Sie haben das – ich sage es jetzt auf Neufränkisch – Timing für diese wichtige Zukunftsweichenstellung unter den Aspekt Wahlkampf und Stoiber gestellt.

Die Hektik hat zu Reibungsverlusten und Wirkungseinschränkungen sowohl bei der „Champions League“ als auch in der „Regionalliga“, also bei den Regionalprojekten, geführt. Diese Hektik, dieses zeitliche Zusammenpressen, hat viel kaputtgemacht.

Die grundsätzlichen Ansätze der Unterstützung einer high-tech-intensiven Forschung und Entwicklung durch den Staat sind auch nach unserer Auffassung äußerst wichtig. Daher meinen wir, daß es notwendig ist, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und das erwähnte zusätzliche 400-Millionen-DM-Programm auf den Weg zu bringen, möglicherweise zeitlich gestaffelt. Es kann nicht angehen, daß die Regionen vier Monate lang gestreßt werden und dann von uns hören müssen: Aus, das war's! – Eine solche Vorgehensweise wird der Bedeutung der Regionalentwicklung nicht gerecht. Herr Ministerpräsident, da ist Mut gefragt, Mut zur Zukunft, aber auch ein gewisses Vertrauen in die Regionen und deren eigene innovative Kräfte.

Nun ganz kurz zu den Initiativanträgen von der CSU und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es handelt sich dabei um Berichtsansträge. Wir schlagen vor, nicht nur dem Haushaltsausschuß zu berichten, sondern auch dem Ausschuß für Hochschule, Forschung und Kultur und dem Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

Meine Damen und Herren, ich meine, die Stoßrichtung der vorgestellten High-Tech-Offensive ist richtig. Durch die bereits angesprochene Hektik hat sie allerdings an Wert eingebüßt.

(Zurufe von der CSU)

Es ist dringend erforderlich, in den einzelnen Regionen weiterzuarbeiten und zur Erhöhung ihrer Chancen ein weiteres Programm aufzulegen. Dazu gehört vielleicht ein gewisser Mut. Aber den sollten Sie aufbringen, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Kellner.

(Zurufe von der CSU: Herr Dingreiter hat sich vorher gemeldet!)

– Auf meiner Liste steht zuerst Frau Kellner.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es Frau Präsidentin Riess so sagt, hat es seine Richtigkeit! – Unruhe)

Frau Kollegin Kellner, bitte.

**Frau Kellner** ((BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Vom High-Tech-Höhenflug des Ministerpräsidenten, mit dem wohl die Abstürze des Sommers zugedeckt werden sollen, zurück in den Alltag bayerischer Politik.

(Zurufe von der CSU)

Herr Kollege Regensburger, ich habe den Eindruck, daß mittlerweile immer dann, wenn von High-Tech die Rede ist, viele in ihrer Fraktion jeglichen Realitätssinn verlieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dieser Realitätssinn ist aber gefragt. Denn in der Haushalts- und Finanzpolitik führt nur eine kalkulierbare, sachorientierte Vorgehensweise zum Erfolg. Alles andere endet als Rohrkrepierer, wie das Beispiel Ihres Steuerreformkonzepts zeigt, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der frühere Bundesfinanzminister, Herr Waigel, sagt dazu, eine höhere Neuverschuldung wäre das falsche Signal. Im übrigen bin ich schon neugierig, was Herr Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser demnächst im Haushaltsausschuß zu der Frage sagen wird, wie er die aus dem erwähnten Reformkonzept resultierenden Ausfälle bei den Steuereinnahmen, von denen der Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen betroffen wären, kompensieren will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ministerpräsident, Sie haben jedes Recht verloren, mit dem Finger auf Berlin zu zeigen. Denn die vorherige Bundesregierung, an der die CSU beteiligt war, hat ein noch nie dagewesenes Finanzdesaster hinterlassen. Da müssen wir jetzt Ordnung schaffen.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Ihre Vorgänger so rasant wie Sie staatliche Unternehmen verkauft hätten, dann könnten Sie heute, wie man auf gut bayerisch sagt, mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen. So sehen die Tatsachen aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit 1995 haben Sie schrittweise die Summe von insgesamt 5,6 Milliarden DM aus Unternehmensbeteiligungen mobilisiert. Das Geld haben Sie in die unterschiedlichsten Projekte investiert: Großförderprogramme, Gesellschaften, Fonds, und auch der Straßenbau durfte nicht leer ausgehen. Das ganze nennt sich dann „Offensive Zukunft Bayern“ und wird in der Regel vom Ministerpräsidenten persönlich vor Wahlen versprochen. Alle dürfen sich dann etwas wünschen. Der auf Verteilung wartende Goldschatz beherrscht über Monate die Schlagzeilen der Regionalzeitungen und dient so zur Lobpreisung der CSU.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuerst kurvt der Ministerpräsident, dann Herr Staatsminister Huber. Ich nehme an, daher rührt die Vorliebe für den Straßenbau. Es ist ja richtig, daß sich der Staat von Unternehmensbeteiligungen trennt, die Artikel 65 der Bayerischen Haushaltsordnung nicht mehr entsprechen, weil der vom Staat verfolgte Zweck auf andere Weise besser erreicht werden kann. Im Einzelfall kommt es natürlich auf die jeweiligen Umstände an. So hätten wir im Falle der VIAG den Weg bevorzugt, die Sperrminorität bis zur Fusion zu halten, um so bis zum Schluß noch mehr – –

(Zurufe von der CSU)

– Ich weiß, die Sperrminorität konnte nicht gehalten werden, weil Herr Hartmann damit nicht einverstanden gewesen wäre. Wenn Sie es mir gesagt hätten, hätte ich auch nicht darauf bestanden. Aber dazu war Herr Prof. Dr. Faltlhauser zu stolz. Jetzt müssen Sie sich auf die Grundsatzvereinbarung verlassen.

(Zurufe von der CSU)

– Was Sie jetzt alles sagen, wird Ihnen vielleicht vergehen, sobald die Effizienzkontrolle durchgeführt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum wichtigsten Punkt unseres Antrags. Nachdem innerhalb von fünf Jahren bereits 5,6 Milliarden DM aus Privatisierungserlösen investiert worden sind, ist es jetzt allerhöchste Zeit, eine Erfolgs-

kontrolle durchzuführen, Bilanz zu ziehen, bevor erneut  
--

(Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Haben wir doch!)

– Herr Staatsminister Huber, Sie haben lediglich belegt, daß Sie Geld ausgegeben haben. Ich habe mir Unterlagen aus Ihren entsprechenden Pressekonferenzen besorgt. Das Ausgeben von Geld ist doch kein Wert an sich. Entscheidend ist, was dabei herauskommt.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

– Herr Müller, warten Sie doch jetzt einmal ab. – Es ist sehr interessant, wie sich das Ganze entwickelt hat. Herr Huber weiß es ganz genau, weil er Finanzminister war, bevor er sein jetziges Amt angetreten hat: Seit Jahren fordern die GRÜNEN eine Erfolgskontrolle und eine Rücklage, damit die laufenden Kosten der aus Privatisierungserlösen finanzierten Projekte – –

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

– Ich weiß, das hätten wir schon vor fünf Jahren haben können. Jedenfalls fordern wir schon seit Jahren besagte Rücklage. Herr Huber, mit Vergnügen habe ich vernommen, daß Sie auf einer Ihrer Pressekonferenzen gesagt haben: Wir lernen gern dazu. Wir lernen täglich dazu. Wir werden ein externes Beratungsunternehmen damit beauftragen, die neuen Projekte zu evaluieren. – Endlich gibt es auch die von uns geforderte Rücklage zur Abdeckung der laufenden Kosten. Herr Ministerpräsident, es ist also nicht so, daß sich die GRÜNEN hier hinstellen und sagen würden, alles sei schlecht. Im Gegenteil: Wir schauen uns die Projekte an und achten darauf, daß es vorangeht.

Es hat überhaupt nichts mit Technologiefeindlichkeit zu tun – Herr Glück hat diesen Begriff vorhin gebraucht –, wenn wir manche Maßnahmen hinterfragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So fragen wir uns, ob der Staat wirklich Venture-Kapital zur Verfügung stellen muß, wenn es nach Aussagen der Bayerischen Landesbank mehr Kapital als Nachfrage nach Investment gibt. In einem solchen Fall muß ich doch erst einmal den Bankfachleuten glauben. Außerdem ist es aus unserer Sicht fragwürdig, die ohnehin boomende Informations- und Kommunikationstechnologie, etwa Callcenter, in dem hier vorgesehenen Ausmaß zu unterstützen.

Hier besteht der Verdacht, Herr Wiesheu, daß Sie sich einfach auf eine Erfolgsgeschichte einlassen, um sagen zu können: Das hat alles die Staatsregierung gemacht. Das ist ein klassischer Mitnahmeeffekt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nächste betrifft auch Ihren Bereich, Herr Wiesheu: Wir müssen uns doch fragen, ob es sinnvoll ist, soviel in Neubauten zu investieren. Von seiten der Wirtschaft wird mir immer wieder bestätigt, daß mehr Beratung und

mehr anwendungsbezogene Ausbildung gefragt sind. Ich spreche hier von Coaching-Programmen, Umschulungen und Weiterbildung. Hier müssen verstärkt die Bedürfnisse und vorhandenen Kenntnisse der Umschüler und auch der potentiellen Arbeitgeber berücksichtigt werden. Bayern wird nicht dadurch kompetent, daß Kompetenzzentren in großer Zahl im Land entstehen. Gerade High-Tech hat mit Wissen zu tun und nicht primär mit Neubauten.

Herr Dinglreiter, Sie können uns jetzt gleich sagen, wieviel Neuansiedlungen von Firmen aufgrund des Kompetenzzentrums für Logistik in Prien entstanden sind. Das würde mich einmal interessieren. Sie wohnen dort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. Dieser Antrag ist Populismus pur nach dem Motto: Mehr Geld hilft auf alle Fälle mehr. Für uns kommt das nicht in Frage. Wir achten auf Qualität und auf zukunftsorientierte Zielsetzung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser (SPD))

– Herr Dr. Kaiser, das wird Sie vielleicht freuen: Regionen, die von der Strukturkrise gebeutelt werden, sollte mehr unter die Arme gegriffen werden. Es kommt immer auf die einzelnen Projekte an. Man kann aber nicht sagen: Jetzt geben wir einfach ein paar hundert Millionen DM mehr aus. Wir sehen uns an, was benötigt wird. Danach ist es selbstverständlich die Aufgabe des Staates, zu helfen.

Ich komme jetzt zu dem sehr innovativen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Der Diamant dieser High-Tech-Offensive ist der Antrag der CSU-Fraktion, 190 Millionen DM für den Staatsstraßenbau auszugeben.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

In manchen Regionen wurden Projekte abgelehnt, weil sie nicht innovativ genug seien; sie seien kein Modell mehr und das gebe es schon woanders. Jetzt kommen Sie, meine Damen und Herren von der CSU, und bauen Straßen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Straßen gibt es woanders auch!)

So etwas erschlägt mich regelrecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernhard (CSU): Das ist beabsichtigt!)

Diese 2,6 Milliarden DM bieten eine große Chance, in die Zukunft Bayerns zu investieren, anstatt diese Mittel auf viele Felder zu säen. Deshalb fordern wir GRÜNEN eine Konzentration auf Schwerpunkte. Handlungs- und Investitionsbedarf hat Bayern bei der Bildung und Ausbildung. Neben den Lehrerinnen und Lehrern, die wir an den Schulen dringend brauchen, denken wir auch an die notwendige schulische Sozialarbeit. Diese wird mittler-

weile auch von der Wirtschaft gefordert. Erst gestern wurde ich wieder gefragt: Warum stellt ihr eigentlich nicht die notwendigen Sozialpädagogen ein?

Ich denke auch an die zielgerichteten Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Darüber müssen Sie doch einmal mit den Unternehmen sprechen, die in diesem Bereich tätig sind. Die Umschüler, die bei diesen Unternehmen anfangen, lernen nicht das, was sie brauchen. Zu viel läuft nach Schema F ab. Gerade bei der Informations- und Kommunikationstechnologie funktioniert das nicht. Hier gibt es Ansatzpunkte, und hier besteht ein Bedarf.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die ökologische Modernisierung, besonders im Bereich der Energie- und Verkehrstechnik. Aus der Projektliste konnte ich entnehmen, daß Sie unserem jahrelangen Drängen nachgegeben haben und Projekte für Energiemanagementsysteme, für mehr Wärmedämmung an Gebäuden und moderne Heizregelungstechnik aufgenommen haben. Das alles, Herr Ministerpräsident, hätten Sie schon 1995 haben können, indem Sie unseren Antrag angenommen hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das nur, um einmal klarzustellen, wer hier in Bayern vorne ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Bahn betrifft, fehlt die Verkehrstechnik vollkommen. Hier haben wir Nachholbedarf. Man braucht nur mit der Bayerischen Oberlandbahn zu fahren; da kommt man nie an. Setzen Sie doch einmal einen Fuß in die Rottalbahn oder in die Laabertalbahn. Die Züge fahren mit 40 Stundenkilometern, weil die notwendigen Signalanlagen und Weichen nicht gekauft werden. Ich finde, hier besteht Nachholbedarf.

Bayern hat gut von den ansässigen Firmen im Bereich der Verkehrstechnik gelebt, die Produkte hergestellt haben, die man auch nutzen konnte. Herr Dinglreiter, Sie erinnern sich bestimmt an das letzte Gespräch, das wir mit der Bahn AG hatten. Herr Prof. Lisson sagte: Wir können heutzutage in diesem Land keinen Waggon mehr kaufen, der funktioniert. Eine Schande ist das.

(Zuruf des Abgeordneten Dinglreiter (CSU))

– Dafür können die GRÜNEN nichts. Hier muß man investieren; das ist Technologie, die gebraucht wird. Das ist wie in der Steinzeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Hilfe für die von Strukturkrisen gebeutelten Industrieregionen um Nürnberg, Schweinfurt und Hof. Ich gebe zu, daß es nicht so einfach ist, hier einen Umschwung zu schaffen. Gerade deshalb sollten wir die Herausforderung annehmen, Bedarfsanalysen erstellen, zukunftsweisende Projekte,

die auf vorhandene Ressourcen aufbauen, zu initiieren helfen und zu unterstützen.

In vielen Debatten und mit vielen Anträgen haben wir bewiesen, daß es uns hier überhaupt nicht um die Diskriminierung Ihrer „Offensive Zukunft Bayern“ geht, Herr Ministerpräsident. Uns geht es darum, daß die Chancen für die Zukunft Bayerns gesichert werden. Wir wollen die Mittel sinnvoll und zielorientiert einsetzen. Dafür fordern wir die Erfolgskontrollen und die Evaluierungen. Denn nur so ist sichergestellt, daß in Zeiten knapper Kassen das Geld auch dorthin gelangt, wo es gebraucht wird. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist bereit, Absatz 2 des vorliegenden Antrags zu streichen, um wenigstens einen Bericht zu erhalten.

Ich wünsche mir, daß sich die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuß dann, wenn wir die einzelnen Projekte diskutieren, dazu durchringen können, dem Antrag der GRÜNEN für eine Erfolgskontrolle über die Verwendung der bereits ausgegebenen 5,6 Milliarden DM zuzustimmen. Das ist eine sinnvolle Sache.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sehr wahrscheinlich!)

– In der CSU hat sich vielleicht einiges geändert. Der Herr Ministerpräsident hat heute mindestens fünfmal erwähnt, daß er alles in Abstimmung mit der CSU-Fraktion macht. Vielleicht kommt dabei ein eigener Antrag der CSU-Fraktion heraus. Meinen Kollegen im Haushaltsausschuß traue ich das zu, die sind emanzipiert genug.

(Dr. Bernhard (CSU): Wir danken!)

Ich freue mich auf die Debatte. Unsere Initiativen werden in erster Linie den Herrn Finanzminister freuen.

Herr Kollege Dr. Scholz, Sie haben gesagt, der Antrag der CSU-Fraktion sei auch ein Berichtsantrag. Das ist leider nicht so, weil darin auch die 190 Millionen DM für den Straßenbau versteckt sind. Deshalb lehnen wir diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer (CSU))

– Herr Meyer, diese 190 Millionen DM könnten wir für die Rottalbahn und für die Bayerwaldbahn brauchen. Ich werde einen solchen Antrag stellen. Dann müssen Sie vor Ihren Wählerinnen und Wählern im Bayerischen Wald Farbe bekennen, die einfach nicht mehr die Chance haben, mit dem Zug zu fahren.

Ich gebe Ihnen nicht die Chance, daheim zu sagen, der Nahverkehr müsse wieder laufen. Anschließend wird nämlich Herr Kollege Dr. Wiesheu sagen: „Der Bayerische Wald interessiert uns nicht, weil es sich nicht lohnt.“ Ich möchte deshalb eine klare Abstimmung. Sie müssen Farbe bekennen. Wir Niederbayern haben auch das Recht, mit dem Zug zu fahren.

(Beifall – Unruhe bei der CSU)

Das gehört in diesem Zusammenhang auch einmal gesagt. Ich freue mich auf die intensive Debatte im

Haushaltsausschuß und hoffe, daß Sie noch ein paar weitere Anträge von uns übernehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Ach.

**Ach (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kellner, ich bedanke mich für das Kompliment wegen der guten Diskussionen im Haushaltsausschuß. Ich verspreche Ihnen: Wir werden uns offen, sachlich und hart über die besten Lösungen auseinandersetzen. Wir haben das bereits bisher getan.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir brauchen einen eigenständigen Haushaltsausschuß!)

– Frau Kollegin Paulig, wir haben übermorgen die Ehre, Sie im Haushaltsausschuß zu begrüßen; dann können Sie sich davon überzeugen, wie eigenständig wir sind.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erspare mir grundsätzliche Ausführungen, weil diese bereits von allen Fraktionen dieses Hauses vorgebracht worden sind. Ich möchte nur noch auf einige Bemerkungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner eingehen, weil sie meines Erachtens einer gewissen Klarstellung bzw. Erläuterung bedürfen. Ich beginne mit der SPD, weil sie die größte Oppositionspartei ist. Ich bin wirklich verwundert, weil Sie immer wieder behaupten, das Budgetrecht des Bayerischen Landtags sei durch die sogenannte vermeintlich starke Stellung der Staatsregierung gefährdet. Ich habe Ihnen in den vergangenen Wochen immer wieder gesagt und werde das heute wiederholen, daß ich der Auffassung bin, daß die abschließende Festlegung bei uns im Ausschuß erfolgt. Dies wurde auch von der Staatsregierung immer so gesehen. Mit anderen Worten: Niemand enthält uns das Budgetrecht vor.

(Beifall der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

– Frau Kollegin Schmidt, Sie haben freundlicherweise Beifall geklatscht. Deshalb möchte ich Ihnen etwas sagen: Ich verstehe Ihren Dringlichkeitsantrag vom 13. Juli 1999 überhaupt nicht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, den Start angemeldeter High-Tech-Projekte vor der offiziellen Bewilligung durch Vorfinanzierung der Projektträger förderunschädlich zuzulassen und dem Landtag zu berichten. Mit diesem Antrag unterlaufen Sie das Budgetrecht des Bayerischen Landtags. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir diesen Dringlichkeitsantrag beschließen würden, würden wir vor vollendete Tatsachen gestellt. Dazu sage ich im Namen meiner Fraktion ein ganz klares Nein. Erst muß Klarheit über die einzelnen Projekte bestehen, dann kann entschieden werden.

Sie schlagen vor, für die regionalen High-Tech-Projekte 400 Millionen DM mehr zu investieren. Darüber hinaus fordern Sie in einem Antrag, Zukunft für Familien mit Kindern zu schaffen. Mit diesen Vorschlägen würden Sie bereits jetzt mehr Geld ausgeben, als wir eingenommen haben. Dies kann nicht Sinn und Zweck der Privatisierungserlöse sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser (SPD))

– Herr Kollege Dr. Kaiser, wir sprechen jetzt über die High-Tech-Offensive. Wir können uns gerne später über die Steuerreform unterhalten. Ihre Gegenargumente waren bisher nämlich sehr dürftig. Wenn Sie sich mit diesem Thema inhaltlich auseinandersetzen würden, kämen Sie zu einem objektiveren Ergebnis. Es ist wohl eine Besonderheit der SPD, immer wieder mehr zu fordern. Bei den Beratungen des Doppelhaushalts haben Sie über ein Milliarde DM Mehrausgaben gefordert. Dabei wollten Sie dieses Geld überwiegend im konsumtiven Bereich einsetzen, während wir den investiven Bereich stärken wollen. Etwas zu fordern ist immer gut, egal, wo das Geld herkommt; die Ausgabe soll schließlich von den anderen verantwortet werden. Ich glaube, Sie sind hier nicht ganz redlich. Außerdem haben Sie nicht gesagt, welche Gegenfinanzierung Sie sich vorstellen. Deshalb werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag nicht unterstützen.

Für mich als Vorsitzenden des Haushaltsausschusses ist es von erheblicher Bedeutung, daß der Verkaufserlös in Höhe von rund 3,1 Milliarden DM in einem Bayernfonds angelegt wird. Aus diesem Fonds und seinen Erträgen sollen anteilig die Folgekosten der Offensive Zukunft Bayern finanziert werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß trotz des notwendigen Konsolidierungsprozesses der nächsten Jahre nicht jeglicher finanzieller Spielraum verloren geht und wir noch laufende Maßnahmen abfinanzieren können. Eine Finanzierung aller Folgekosten aus den Ansätzen der regulären Haushaltsmittel wird auf längere Sicht die Gestaltungsfreiräume in den kommenden Jahren erheblich schmälern. Deshalb möchte ich besonders hervorheben, daß wir mit unserem Dringlichkeitsantrag ein Controlling durch den Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags installieren wollen. Leider ist Frau Kollegin Kellner nicht mehr anwesend.

Jedes verantwortliche Haushaltswirtschaften setzt nicht nur eine gewissenhafte Planung über Aufkommen und Verwendung der Mittel voraus, sondern gebietet, über die Ausführung dieser Pläne Bilanz zu ziehen. Daher soll im Haushaltsausschuß künftig zeitnah – in der Regel einmal jährlich – über die Umsetzung der einzelnen Projekte berichtet werden. Soviel zu den Anmerkungen der Kolleginnen und Kollegen der SPD.

Ich komme damit zu den Ausführungen von Frau Kollegin Kellner und Frau Kollegin Paulig. Frau Kollegin Kellner hat in ihrem Redebeitrag behauptet, unsere Steuerreform würde als Rohkrepierei enden. Ich frage Sie, welches Steuerreformkonzept Sie bisher geliefert haben. Bisher haben Sie nur die 630-DM-Regelung abgeschafft und die Scheinselbständigkeit im negativen Sinne neu geregelt. Das war Ihr bisheriger Beitrag.

Durch das von uns in die Diskussion gebrachte Steuerreformkonzept werden wir völlig andere Ergebnisse erzielen, als das bei Ihrem Konzept der Fall ist. Im Grunde genommen haben Sie gar kein Konzept.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Kollege Ach, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Paulig?

**Ach (CSU):** Frau Kollegin Paulig, Sie hören mir so gut zu, daß Sie bei meiner deutlichen Aussprache keine weitere Nachfrage brauchen. Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Beifall bei der CSU)

Wir können am Donnerstag in der Sitzung des Haushaltsausschusses noch einmal darüber diskutieren. Die GRÜNEN kritisieren, daß wir so banale Dinge wie den Straßenbau fördern wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache, daß Sie schon immer technikfeindlich waren, ist nicht neu, daß wir jedoch im Hinblick auf High-Tech-Standorte eine gute Verkehrserschließung brauchen, müßte Ihnen eigentlich einleuchten. Frau Kollegin Kellner, Sie haben 190 Millionen DM für die Bayernwald-Bahn gefordert. Bayern endet nicht beim Bayerischen Wald oder in Niederbayern, zu Bayern gehören auch Oberfranken, Unterfranken und Mittelfranken, also Gebiete, die Sie immer als sträflich vernachlässigt bezeichnen. Ich bin der Meinung, der Staatsstraßenbau in diesem Gebiet ist wichtig. Sie haben das in der Vergangenheit auch so gesehen. Herr Kollege Dingreiter wird darauf sicherlich eingehen. Frau Kollegin Kellner ist sehr charmant und bringt Ihre Forderungen sehr gut vor.

(Beifall der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Gote, ich habe keine Probleme, dies zuzugestehen. Frau Kollegin Kellner bewertet politisch manches falsch. In der sachlichen Diskussion komme ich jedoch sehr gut mit ihr zurecht. Wir sind uns einig, daß es richtig ist, uns von den Unternehmensbeteiligungen zu trennen. Frau Kollegin Kellner hätte es jedoch bevorzugt, die Sperrminorität bis zur Fusion zu halten und so mehr Einfluß zu gewinnen. Wir haben im Ausschuß versucht, ihr klarzumachen, daß dies nicht möglich ist. Schließlich ist eine Verhandlung wesentlich schwieriger, wenn sie nach einer abgeschlossenen Fusion erfolgt. Insofern halte ich diese Bemerkung nicht für sachgerecht. Frau Kollegin Schmidt, ich stelle fest, daß wir in diesem Punkt einer Meinung sind.

Nun zur Verwendung der Mittel. Sie haben gesagt, es sei keine Bilanz gezogen worden. Frau Kollegin Kellner, Sie lesen sehr viel. Sie müßten daher eigentlich auch gelesen haben, daß Herr Staatsminister Huber erst kürzlich eine Bilanz der bisherigen Offensiven gezogen hat.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das gelesen, das ist keine Bilanz!)

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir uns mit diesen Dingen intensiv beschäftigen. Wir haben das Ziel erkannt und daher den Antrag gestellt. Wir wollen durchaus eine zeitnahe und umfassende Erfolgskontrolle.

Lassen Sie mich auf das sogenannte Finanzdesaster zu sprechen kommen. Ihre Wortwahl ist für mich nicht nachvollziehbar und unverständlich, zumal dies nicht dem Stil entspricht, den Sie sonst pflegen. Wo gibt es denn in Bayern ein Finanzdesaster? In Bayern gibt es das nicht.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

Die Finanzprobleme des Bundes sind doch nicht nur der alten Bundesregierung anzulasten. Mittlerweile weiß jedes Grundschulkind, daß dem nicht so ist. Sie wollen nicht kapieren, daß die Vorgaben damals ganz andere waren.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Wenn Sie, Frau Biedefeld, damals Verantwortung hätten tragen müssen, hätten Sie nicht anders gehandelt.

Frau Kollegin Kellner hat kritische Fragen zum Venture-Kapital und zu den Callcentres gestellt. Gehen Sie bitte davon aus, daß die Callcentres vor allem auch in den fränkischen Raum kommen werden, nach Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken. Ich glaube, daß es nicht verkehrt ist, solche Callcentres in strukturschwachen Regionen anzusiedeln. Sie sollten sich besser informieren. Auf der einen Seite fordern Sie, diese müßten weg, auf der anderen Seite bejammern Sie ständig, daß die fränkische Region benachteiligt werde. Man kann sicher über den Umfang diskutieren und darüber, ob die 50 Millionen DM notwendig sind. Man kann aber nicht darüber diskutieren, ob es überhaupt notwendig ist, in strukturschwachen Regionen Betriebe anzusiedeln.

Sie haben den Herrn Ministerpräsidenten wegen der Mitnahmeeffekte kritisiert. Ich wundere mich, Frau Paulig, daß immer Vertreter des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hinter vorgehaltener Hand vom ORH die Informationen bekommen, 50% seien Mitnahmeeffekte. Sagen Sie uns doch bitte, ob dies eine offizielle Version des Rechnungshofes ist. Wenn dem nicht so ist, dann dürfen Sie das nicht als ein Faktum darstellen. Sie können den Obersten Rechnungshof nicht immer nur dann als Kronzeugen zitieren, wenn es Ihrer Tagesverfassung entspricht, den ORH aber dann kritisieren, wenn er eine andere Position als Sie bezieht, zum Beispiel bei Einzelpositionen des LWS-Berichts. Sie behaupten, der ORH habe bestimmte Feststellungen getroffen. Beweisen Sie das doch! Alle Parteien des Bayerischen Landtags haben das Recht, solche Informationen zu erhalten, nicht nur eine Fraktion. Wenn Sie den Beweis nicht antreten können, dann bitte ich Sie ausdrücklich, Ihre Behauptungen zurückzunehmen. Ich werde im Haushaltsausschuß darüber diskutieren lassen, ob es überhaupt noch Sinn hat, ORH-Berichte zu besprechen, wenn schon im Vorfeld solche unbewiesenen Behauptungen in die Öffentlichkeit getragen werden. So können wir im Landtag nicht miteinander umgehen. Das ist

unredlich und unfair, und das sollten wir nicht mehr mitmachen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen schwerpunktmäßig in den von Strukturkrisen gebeutelten Industrieregionen Nürnberg, Schweinfurt und Hof investieren. Das steht im Widerspruch zu dem, was Sie vorhin gesagt haben. Callcentres sollen zwar nach Ihren Vorstellungen verschwinden, aber in diesen Regionen sollen Bedarfsanalysen usw. erstellt werden. Sie sollten schlüssig und glaubhaft argumentieren.

Sie sprechen davon, daß Ihr Schwerpunkt die Bildung und Ausbildung sei. Wie oft muß man denn noch wiederholen, daß wir keine konsumtiven Ausgaben machen, sondern investieren wollen, weil wir genau wissen, daß nur Investitionen Steuermehreinnahmen bringen, womit wir Zukunftsprojekte gestalten und Arbeitsplätze schaffen können? Sie wollen jeweils in die Bereiche investieren, die Ihnen gerade ins Konzept passen. Wenn wir Ihren Vorschlägen folgten, würden die Mittel nicht grundstockskonform verwendet.

Ein weiterer Punkt ist die ökologische Modernisierung Bayerns. Wir haben kein Problem damit, die Versprechen, die wir vor der Wahl gemacht haben, nach der Wahl zu halten. Wir haben das gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben, Sie hingegen haben Ihre Versprechen, die Sie vor der Wahl gemacht haben, gebrochen. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben kürzlich Ihr zwanzigjähriges Jubiläum in Bayern gefeiert. Schauen Sie sich doch einmal die Wahlergebnisse an, die Sie vor zwanzig Jahren erzielt haben, und vergleichen Sie diese mit den Ergebnissen, die Sie heute erzielen. Die CSU braucht angesichts dieser Ergebnisse keine Angst zu haben, daß Sie von den GRÜNEN irgendwelche ökologischen Modernisierungen erzwingen.

Ich beantrage, dem Dringlichkeitsantrag der CSU zuzustimmen. Er ist inhaltlich in Ordnung, er ist präzise formuliert und beschreibt, wie es in Zukunft in Bayern weitergehen soll. Ich beantrage ferner, die Dringlichkeitsanträge der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Als nächster Redner hat Herr Kollege Straßer das Wort.

**Straßer (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Investitionen nachzulesen. Er versucht gelegentlich, die Bundesregierung darüber zu belehren, was sie im Straßenbau zu tun habe. Er kümmert sich um die Autobahn zwischen Kiel und Schwerin, anstatt sich um den Straßenbau in Bayern zu kümmern.

Ich finde es ungeheuerlich, daß sich ein Ministerpräsident hier kritisiert, daß in Bonn eventuell Kürzungen vorgenommen worden sind, aber verschweigt, daß er als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung über Jahre hinweg den Bereich, für den er als Innenminister und später Ministerpräsident zuständig war, nämlich den Staatsstraßenbau in Bayern, sträflich vernachlässigt hat. Das sind Fakten, und wir wollen uns an den Fakten orientieren. Wer über Kürzungen in Bonn spricht, soll sich zunächst einmal daran erinnern, welche Kürzungen er selbst vorgenommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie können nachlesen, daß 1992 im Haushaltsplan noch 425 Millionen DM für den Staatsstraßenbau ausgewiesen waren. Dieser Ministerpräsident kritisiert nun Bonn und verschweigt, daß er über Jahre hinweg die Mittel für den Staatsstraßenbau reduziert hat, nämlich von 425 Millionen 1992 auf jetzt 227 Millionen. Herr Ministerpräsident, es ist unredlich, was Sie machen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Stockinger (CSU))

– Es stimmt doch, daß die CSU in Bonn jahrelang für die Bundesstraßen Verantwortung trug. Sie von der CSU waren in Bonn verantwortlich und haben die Politik mitgetragen. Herr Ministerpräsident, die CSU hat zugestimmt, als die Mittel für den Bundesfernstraßenbau für Bayern von 1,6 Milliarden DM auf 1,3 Milliarden DM gekürzt worden sind. Sie sollten sich an den Fakten orientieren.

Sie tun so, als ob Bayern nicht vernachlässigt worden wäre. Schauen Sie sich einmal an, was verteilt worden ist. Sie müssen zugestehen, Herr Ministerpräsident, daß Bayern jetzt neben Thüringen von allen Bundesländern die höchste Summe für den Fernstraßenbau erhält. Das sind Leistungen, auf die wir stolz sein können.

Was Sie machen, ist einfach unredlich.

Ein paar Worte zu meinem Kollegen, zu Herrn Ach, weil er vorhin zur Finanzierung etwas gesagt hat. Liebe Kollegen von der CSU, Sie sagen immer wieder: Das muß sauber finanziert sein. Wenn die Opposition einen Vorschlag macht, kommt als erstes die Frage, wie er gegenfinanziert ist. Wenn wir einmal einen Antrag stellen, 100 000 DM für eine bessere Förderung der Mittagsbetreuung auszugeben, fragt die CSU: Wo ist das gegenfinanziert? Ich finde es richtig, daß Sie das fragen. Herr Ach, wir müssen dann aber fragen: Wie sind die 50 Milliarden DM Steuerentlastung sauber gegenfinanziert?

(Beifall bei der SPD)

Sie betreiben hier doch Luftbuchungen. Wir werden uns entschieden dagegen wehren, daß Sie versuchen, eine Steuerentlastung mit einer Verschuldung zu finanzieren. In Wirklichkeit wollen Sie auf der einen Seite eine Steuerentlastung, auf der anderen Seite aber eine höhere Verschuldung eingehen. Das, was hier geschieht, ist doch unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unglaublich, wie viele Widersprüche bei Ihnen zu entdecken sind.

(Dr. Bernhard (CSU): Weil Sie Investition und Konsum nicht auseinanderhalten!)

– Über die Investitionen können wir später noch diskutieren, Herr Dr. Bernhard.

Zu den Widersprüchen. Im Freistaat Bayern erklären Sie: Wir wollen endlich einmal einen Haushalt ohne Schulden aufstellen; wir wollen auf dem Weg der Reduzierung der Schulden fortschreiten. Was schlagen Sie aber neuerdings im Bund vor? Der Bund soll kurzfristig die Schulden erhöhen. Hier wollen Sie die Schulden herunterfahren, dort wollen Sie die Schulden erhöhen. Das paßt doch nicht zusammen; das sind Widersprüche.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch schnell auf den Straßenbau zurück. Wenn ich richtig informiert bin, sind Sie auch Chef der CSU, also müssen Sie klarmachen, was die CSU will. Ich lese in der Zeitung: Die CSU will mehr für den Straßenbau. Dann lese ich ebenfalls in der Zeitung: Die CSU will endlich, daß der viergleisige Ausbau zwischen Augsburg und München vollzogen wird; da muß Geld investiert werden. Da gibt es einen Herrn Glos, der sagt: Wir wollen endlich, daß Geld von der Schiene weggenommen wird, daß nicht soviel Geld für die Schiene ausgegeben wird; wir wollen es in den Straßenbau investieren. Was wollen Sie überhaupt? Wollen Sie das Geld für die Schiene oder für den Straßenbau ausgeben?

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen bestehen unwahrscheinlich viele Widersprüche.

Irgendwann kommt dann von Ihnen ein Dringlichkeitsantrag, der, was die Finanzierung betrifft, wirklich unglaublich ist. Da steht im letzten Satz, daß in Bonn vier Milliarden DM zusätzlich für den Bundesfernstraßenbau ausgegeben werden. Lieber Herr Kollege Ach, woher sollen wir das Geld nehmen? Das müssen Sie auch sagen.

Ich möchte ein Weiteres zur Privatisierung sagen. Herr Glück zieht gern Vergleiche mit anderen Bundesländern, ohne daß er sie genauer kennen würde. Haben Sie sich schon einmal grundlegende Gedanken darüber gemacht, was Sie bei der Privatisierung gemacht haben? Es gab wiederholte Vorstöße der SPD-Landtagsfraktion, zum großen Teil auch unterstützt von Ihrem früheren Kollegen Prof. Karl Kling, die Musikheime so ähnlich wie die Sportheime zu fördern. Was sagt die CSU? Nein, nicht machbar. Von uns gibt es Vorstöße zur Altlastensanierung. Was sagt die CSU? Nein, nicht machbar. Was machen Sie jetzt mit den Privatisierungserlösen? Sie verwenden sie doch im Grunde genommen für Dinge, die Sie politisch versäumt haben, als Sie die Möglichkeit hatten, im Haushalt aufzustocken und etwas zu tun. Sie verwenden die Privatisierungserlöse, um die Probleme zu lösen. Nichts anderes ist dies. Da passen

die Vergleiche mit den anderen Bundesländern einfach nicht.

Ich komme zu 50 Millionen DM für die Regionen. 50 Millionen DM sind angesichts des Bedarfs Pipifax; das sage ich auch aus schwäbischer Sicht. 50 Millionen DM sind einfach zu wenig, wenn man sieht, welcher Bedarf vorhanden ist. Das Entscheidende ist aber: Wenn es um die Privatisierung geht, brauchen wir gar nicht viele Beispiele heranzuziehen. Meine Herrschaften, uns hat doch die letzten Wochen etwas unheimlich beschäftigt. Tun Sie doch nicht so, als wenn Sie das beherrschen würden.

(Lachen bei der CSU)

– Das ist doch so, meine Damen und Herren. Wir haben in den letzten zehn Jahren zwei Beispiele gehabt. Was ist denn mit der LWS gewesen? Da sind wir in diese Richtung gegangen, und Sie waren unfähig, das richtig zu machen.

(Widerspruch von der CSU)

Wir haben im Wirtschaftsausschuß und im Haushaltsausschuß

(Zuruf von der CSU: Zu welchem Thema sprechen Sie?)

– Privatisierung – darüber gesprochen, was wir mit der Oberlandbahn machen sollen.

(Zuruf von der CSU: Oberlandbahn?)

– Ja, da geht es um Privatisierung. Die Frage ist, ob wir es schaffen, verschiedene Projekte richtig in Angriff zu nehmen. Kollege Meyer, die Privatisierung ist Thema im Haushaltsausschuß und im Wirtschaftsausschuß. Wir haben gesagt, die Staatsregierung solle entscheiden, und sind dafür eingetreten, die Oberlandbahn zu privatisieren. Was jetzt insgesamt geschieht, ist ein Beispiel dafür, daß die Staatsregierung nicht in der Lage ist, diese Privatisierung richtig umzusetzen. Das ist entscheidend, meine sehr geehrten Damen und Herren; da brauchen wir nicht groß von der High-Tech-Offensive und von Staatsstraßen zu sprechen. – Vielleicht haben Staatsstraßen doch etwas mit High-Tech zu tun; vielleicht könnten wir neue Sensoren entwickeln, welche die Schlaglöcher auf unseren Staatsstraßen besser ermitteln können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Staatsstraßen über Jahre hinweg sträflich vernachlässigt. Dies jetzt mit der High-Tech-Offensive zu reparieren, ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Dingreiter.

(Zuruf von der CSU: Endlich! – Beifall bei der CSU)

**Dinglreiter** (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt viel Zeit gehabt, zuzuhören. Bei einigen Rednerinnen und Rednern der Opposition hatte ich den Eindruck, daß ihnen Nebenkriegsschauplätzchen wichtiger sind als die High-Tech-Offensive Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Herr Straßer, wenn Sie an ein Rednerpult treten, sollten Sie sich klarmachen, ob Sie in einem Hinterzimmer sprechen, wie Sie es sonst immer tun, oder ob Sie vor dem Bayerischen Parlament stehen.

(Beifall bei der CSU)

Es geht heute nachmittag um mehr als um das Sammelurium von Themen, das Sie angesprochen haben. Es geht um die High-Tech-Offensive. Es geht darum, daß im globalen Wettbewerb der Standorte die Innovativkraft eines Landes ein wichtiger Differenzierungsfaktor ist. Es geht darum, daß sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, der von großer Bedeutung für unsere Arbeitsplätze ist. Nur für innovative Produkte können wir in Deutschland und auf dem Weltmarkt Preise erzielen, die die hohen Kosten in unserem Lande decken. Deswegen betreiben wir eine High-Tech-Offensive in Bayern. Gen- und Biotechnik sowie neue Werkstoffe und neue Fertigungsverfahren für innovative Anwendungen gehören dabei zu den strategisch wichtigsten Themen. Dieses ist Allgemeinut und muß nicht besonders begründet werden.

Eines sollte uns aber klar sein: Forschung und Entwicklung haben für den wirtschaftlichen Erfolg und für die Arbeitsplätze große Bedeutung. Die High-Tech-Offensive Bayern setzt deshalb den Hebel an der richtigen Stelle an. Wir wollen und wir müssen dafür sorgen, daß unsere Angebote auf dem Markt Spitze sind, und zwar in unserem Land genauso wie auf den Weltmärkten. Das ist ein anderer Ansatz als die nachfrageorientierte Politik der SPD in Bonn. Wer nachfrageorientierte Politik betreibt, schafft vielleicht mehr Kaufkraft, aber garantiert nicht dafür, daß diese Kaufkraft auch für Produkte aus Deutschland eingesetzt wird, daß dadurch deutsche Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CSU)

Über bessere innovative Angebote den Wettbewerb zu bestimmen, ist für uns in Deutschland von besonderem Gewicht. Die Bundesregierung schafft es nicht, für die Wirtschaft angemessene Rahmenbedingungen für den globalen Wettbewerb bereitzustellen. Anstatt einer notwendigen Steuerreform gibt es höhere finanzielle Belastungen für die Wirtschaft; anstatt Sicherheit und Berechenbarkeit anzubieten, wird in der Renten- und Gesundheitspolitik verunsichert, werden das Selbständigmachen erschwert und die Flexibilisierung der Arbeit zurückgedreht.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie sollten erkennen und dankbar dafür sein,

daß die Offensive Bayern eine Chance ist für das Land, daß sich trotz schlechter Berliner Rahmenbedingungen Aufschwung und Wachstum in Bayern fortsetzen und damit Arbeit und Beschäftigung auf hohem Stand gesichert wird. Diese High-Tech-Offensive hat auf vielen herausragenden Technologiefeldern große Bedeutung – der Ministerpräsident hat eindringlich davon gesprochen –, bei denen wir uns im weltweiten Wettbewerb befinden. Darüber muß und will ich nicht weiter reden.

Ich will etwas ansprechen, was abschätzig erwähnt wurde, nämlich daß nicht alles Champions League wäre. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich im Sport auskennen, wissen Sie, daß wir dann, wenn wir alle Fußballvereine in die Champions League heben würden, das Niveau absenken würden. Das kann keiner wollen, weil wir dann nicht mehr in der Lage wären, international zu konkurrieren. Auch bei der High-Tech-Offensive geht das nicht so. Aber man kann nicht einfach sagen, daß alles das, was auf der hohen bayerischen Ebene angesiedelt sei, High-Tech-Produkte auf Champions-League-Ebene sei und alles, was im Regionalbereich stattfindet, nur Regionalliga. Ich kenne einige High-Tech-Produkte, die auf regionaler Ebene entwickelt wurden, die sehr wohl champions-league-verdächtig sind und die europa- und weltweit ganz erhebliche Bedeutung haben.

(Dr. Scholz (SPD): Und nicht zum Zuge kommen!)

Lassen Sie mich gleich zur Kritik an diesen Regionalprojekten kommen. Frau Schmidt sagte, die Fachhochschulen wären außen vor geblieben. Ich kann das nicht sehen. Ich habe mir die Projektprodukte eingehend angeschaut. Ich stelle fest, daß bei vielen Projekten die Fachhochschulen grundlegend eingebunden wurden und ganz erheblich mitgearbeitet haben.

(Dr. Scholz (SPD): Aber nicht in der Champions League!)

– Ich bin Vorsitzender eines Kuratoriums einer Fachhochschule. Ich habe ein Projekt vom Antrag an mitentwickelt. Jetzt denken wir darüber nach, wie wir das Projekt vermarkten werden. Ich bin davon überzeugt, daß dieses Projekt in die Champions League kommt. Ich gehe aber nicht kleingläubig durch das Land und jammere, daß andere mehr Geld bekommen haben, sondern ich versuche, das umzusetzen, wozu ich die Kraft und die Möglichkeit habe.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Zur Behauptung von Frau Schmidt, über die Köpfe der regional Verantwortlichen hinweg wäre entschieden worden, ist zu sagen: Das trifft überhaupt nicht zu. Von vornherein war klar, daß das Projekt für die Regionen im Gegenstromprinzip – also von unten nach oben – funktionieren sollte. Damit wurde in allen Regierungsbezirken schon viel früher als im November 1998 begonnen. Das konnte nicht vor Juli 1998 sein, weil erst da bekanntgegeben wurde, daß es eine High-Tech-Offensive geben wird. Die Regionen haben schon im September 1998 begonnen.

(Frau Biedefeld (SPD): Welcher Bezirkstag hat sich zum Beispiel damit beschäftigt?)

– Das interessiert nicht, weil der Bezirkstag ganz andere Aufgaben hat.

Die Präsidenten der Regierungsbezirke haben Koordinierungskreise gegründet, in denen die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Organisationen der Wirtschaft und auch der Gewerkschaften vertreten waren und gehört wurden, wenn sie etwas einzubringen hatten. Sie waren in den Koordinierungskreisen gleichberechtigte Partner. Die Regionen haben jeweils ihr Konzept vorgelegt, das von einem breiten Konsens in der Region getragen wurde und insoweit die Wünsche dieser Region widerspiegelte. Es kam nicht darauf an, daß jeder Landkreis berücksichtigt wird; das war weder Vorgabe noch Aufgabe. Es kam darauf an, Projekte auszuwählen, die die Chance boten, im Rahmen der externen Überprüfung und der Vorgaben für gut geheißen zu werden. Es gibt Landkreise, die zwei Projekte haben, und es gibt Landkreise, die keines haben. Bei einer solchen Situation ist das zwangsläufig. Dem Landtag liegt aus den Regionen ein Konzept vor, das sich sehen lassen kann und das viel bewegt hat. Die Entscheidung über das Projekt wird im Bayerischen Landtag im Dezember 1999 getroffen.

Nun zur Forderung, die Finanzierung der Regionalprojekte noch einmal um 400 Millionen DM aufzustocken. Wir wollen keine Förderung für all das, was neu und wirtschaftlich entwickelt wird, einstellen und auf die High-Tech-Offensive verlegen. Das Konzept, das wir mit der High-Tech-Offensive vorlegen, ist ein Impulsprogramm, das Zusätzliches anstoßen soll. Die Förderungsprogramme des Haushalts werden nach wie vor wirken und sicherlich für das eine oder andere Projekt, das im Rahmen der High-Tech-Offensive nicht gefördert werden konnte, zur Verfügung stehen. Wir glauben, daß das jetzt von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Konzept in sich austariert ist und es keinen Sinn hat, noch einmal etwas zu verändern. Wir wollen auch nicht das auflösen, was zur Finanzierung der Folgekosten vorgesehen ist, weil Sie uns sonst morgen oder übermorgen den Vorwurf machen, wir hätten nicht an die Folgekosten gedacht. Nicht alles ist High-Tech, was sich so nennt, sondern nur das, was uns durch Innovation nach vorne bringt.

Lassen Sie mich kurz auf das Thema Staatsstraßen eingehen. Wir halten den gezielten Ausbau der einen oder anderen Staatsstraße durchaus für ein High-Tech-Projekt. Es gibt beispielsweise eine Reihe von Brücken von Gewerbegebieten zu großen Anschlußstraßen, deren Tonnage begrenzt sind. Diesen dringenden Handlungsbedarf wollen wir außer der Reihe befriedigen, damit wir der Wirtschaft helfen, weiter nach vorne zu kommen. Ich könnte Ihnen eine Reihe ähnlicher Möglichkeiten aufzeigen, die Wirtschaft zu fördern, die Wirtschaft voranzubringen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie beklagten, daß wir früher die Mittel für die Staatsstraßen gekürzt hätten. Wenn Sie das wollen, kann ich gerne einige Beschlüsse vorlegen.

(Zuruf des Abgeordneten Schläger (SPD))

– Damals waren Sie noch lange nicht im Landtag, damals waren Sie noch im Forst unterwegs, Herr Schläger, als Ihre Kollegen beantragten, daß man die Mittel für den Staatsstraßenbau einschränken müsse. Wir haben die Mittel, die nicht in den Staatsstraßenbau flossen, nicht verkonsumiert, sondern wir haben sie investiv eingesetzt, weil wir meinten, daß die Abwasserpolitik für den Umweltschutz und den Grundwasserschutz wichtig sei.

(Beifall bei der CSU)

Das vertrete ich heute noch. Ich sage aber auch: Wir müssen heute etwas anders steuern, weil wir erkannt haben, daß sich der Verkehr dynamischer entwickelt hat, als wir damals vermuteten. Herr Kollege Schläger, über den Fernstraßenbau können wir morgen trefflich reden. Ich kann mir vorstellen, daß wir das angemessen tun wollen.

Lassen Sie mich noch zum Thema High-Tech-Offensive in den Regionen zurückkommen. Mir ist der enorme Innovationsschub, der durch die regionale High-Tech-Offensive entstanden ist, wichtig. Rund 500 Projekte wurden in sieben Regierungsbezirken eingeleitet. Hinter jedem dieser Projekte steckt eine Menge Kreativität, Unternehmergeist, Aufgeschlossenheit für Neues und Mut zur Zukunft. Diese Aufbruchstimmung, die überall im Lande erzeugt worden ist, ist außerordentlich positiv und von Gewicht. Das sollten wir deutlich herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig ist, daß Bayern und Deutschland nicht nur Forschungsstandort sind, sondern auch Innovationsstandort. Geforscht wird viel. Uns Deutschen wird bescheinigt, daß wir gut seien. Uns wird aber auch bescheinigt, daß die Innovation verbesserungsfähig sei. Die High-Tech-Offensive zielt darauf ab, die Innovation voranzutreiben, nämlich die Erkenntnisse der Wissenschaft in praktische Anwendung umzusetzen. Aber neue Technologien wurden viel zu lange verteuert und behindert. In den achtziger Jahren war das die Mikrowellenelektronik, in den neunziger Jahren die Bio- und Gentechnologie, und der Forschungsreaktor wird wider besseren Wissens von den ewig Gestrigen immer noch bekämpft.

Unserem Land tut es gut, daß es Mehrheiten gibt, die in der Lage sind, das Notwendige voranzubringen, und die es nicht ständig zerreden und verschieben lassen.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die wirtschaftliche Entwicklung findet im Zeichen der Globalisierung in den Regionen mit den jeweils günstigsten Standortfaktoren statt.

Die Unternehmen, vor allem die ausländischen Investoren, fragen, wo die besonderen Fähigkeiten und Vorteile eines Standortes liegen. Wie der Ministerpräsident schon ausführte, sind letztes Jahr 50% der ausländischen Investitionen nach Bayern gegangen; denn hier

stimmen die Standortfaktoren. Diese Standortfaktoren wollen wir stärken. Wir wissen, daß zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wohlstand davon abhängen, deren Voraussetzungen wiederum innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sind. Deshalb muß Politik Zukunftstechnologien fördern, wie wir es mit der High-Tech-Offensive Bayern in vielfältiger Weise tun. Damit wollen wir in Bayern ein günstiges Umfeld für Innovationen schaffen, um den Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Ländern auszubauen. Nutznießer sind insbesondere diejenigen Bürgerinnen und Bürger in Bayern, die dadurch morgen gute und zukunftssichere Arbeitsplätze haben werden. Das ist das bevorzugte Ziel unserer Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Kollegen Glück und Dingreiter die CSU-Positionen schon klar dargestellt haben, möchte ich noch auf drei grundsätzliche Vorwürfe oder Anmerkungen der Opposition eingehen. Diese drei Punkte dürften für die weitere Debatte im Haushaltsausschuß und im Plenum von Bedeutung sein. Auch heute ist von den beiden Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen, wenn auch nicht so schlimm wie früher, wieder von „Verschleuderung“ und von „leichter Hingabe des Tafelsilbers“ gesprochen worden. Man könne – so die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen – nur deshalb mit Milliardenbeträgen über das Land ziehen, weil andere vorher, vor allem die Bevölkerung, diese Werte geschaffen haben.

Ich sage: Alles hat seine Zeit, und man muß zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen treffen. Seinerzeit wäre das Entwicklungsprojekt Airbus ohne staatliche Unterstützung und Förderung im Sinne von Industriepolitik überhaupt nicht auf die Beine gekommen. Ich empfehle Ihnen, den Leitartikel von Herrn Maier-Mannhart in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen, um sich zu vergegenwärtigen, was damals belächelt wurde und was heute Sache ist – ich zitiere -:

Als sich die Europäer vor nunmehr ziemlich genau 30 Jahren anschickten, in den zivilen Flugzeugbau einzusteigen, da schlugen sich die Amerikaner vor Lachen auf die Schenkel. Der Weltmarkt befand sich ausschließlich in amerikanischen Händen. Das Trio Boeing, Douglas und Lockheed teilte sich die fette Beute. Wie sollten in diese Phalanx jemals die Europäer einbrechen können? . . . nun scheint es so, als würde die traditionelle Rollenverteilung total über den Haufen geworfen. Denn die Zwischenbilanz für Ende September mutet schier sensationell an. Airbus meldet zu diesem Zeitpunkt fest gebuchte Aufträge über 343 Flugzeuge, Boeing kommt dagegen nur auf magere 154.

Damit findet am Ende dieses Jahrhunderts und in der Perspektive für das nächste eine enorme Wertschöpfung durch kluge Politik in Deutschland und vorwiegend in Bayern statt. Deswegen waren die damaligen Entscheidungen ganz richtig.

(Beifall bei der CSU)

Was der damalige Bundesminister und spätere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß für Bayern getan hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Mercedes-Daimler bei Dasa die industrielle Federführung übernommen hat, war es richtig, aus der Beteiligung rechtzeitig auszusteigen, um mit den gewonnenen Mitteln in Bayern zu investieren; denn Daimler hätte das möglicherweise nicht gemacht. Das gilt auch für die Entscheidung über die Beteiligung am Bayernwerk. Das Bayernwerk war eine Perle bayerischer Industrie- und Energiepolitik. Die damalige Entscheidung, einen festen Staatsanteil am Bayernwerk zu halten, um die notwendigen energiepolitischen Maßnahmen – vom Öl zur Kernenergie – in einem geschlossenen Energiemarkt ergreifen zu können, war richtig. Im Jahr 1993 hat sich aber die Liberalisierung des Energiemarkts abgezeichnet, und die ersten Entwürfe der EU-Binnenmarktrichtlinie Elektrizität waren bereits in der Diskussion. Deshalb war es richtig, das große Bayernwerk mit der größeren VIAG zu verschmelzen, den Anteil Bayerns an diesem Vermögen zu erweitern und Geld zu bekommen, um es in die Infrastruktur unseres Landes zu stecken.

Das könnten andere Länder auch, Herr Hoderlein. Würde Schröders Nachfolger Glogowski aus dem VW-Werk aussteigen – denn es ist nicht Aufgabe des Staates, an einer Automobilfabrik beteiligt zu sein – stünden Milliarden DM für die Infrastruktur des Landes zur Verfügung. Offenbar glaubt man in Niedersachsen, am Ende dieses Jahrhunderts noch eine Industriepolitik betreiben zu können, die trotz Globalisierung auf Staatsbeteiligungen setzt. Das kann man aber nicht mehr. Wer das tut, handelt rückwärtsgerichtet. Wir dagegen wollen das, was wir angesammelt haben, sinnvoll verwenden, um die Standortqualität Bayerns für morgen und übermorgen im globalen Wettbewerb optimal zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

So zu tun, Frau Schmidt, als wollte der Ministerpräsident mit den für Bayern so weitreichenden Entscheidungen, die er dem Parlament vorlegt, von irgendwelchen Problemfällen wie LWS ablenken, offenbart ein Stück Politikunfähigkeit. Da handeln Sie sich unter Wert. Beides hat doch nichts miteinander zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Zum Steuerkonzept des Kollegen Faltthäuser und der CSU können Sie anderer Meinung sein. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten die Diskussion außerordentlich prägen, ob man das durchsetzt oder nicht. Aber

ohne dieses Steuerkonzept wird die Arbeitslosigkeit in diesem Land nicht zu bewältigen sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wer glaubt, man habe ein Steuerkonzept vorgelegt, um von irgend etwas abzulenken, der verkennt, welche Probleme wir in Deutschland in diesem Zusammenhang haben.

(Beifall bei der CSU)

Daß Herr Schreiber von der Augsburger Staatsanwaltschaft intensiv verfolgt wird, brauche ich Ihnen hier nicht zu erläutern. Es ist unmöglich, wie Sie diese für Bayern wichtigen Dinge miteinander verbinden und das damit zu einer kleinen Münze werden lassen. Aus unserer Sicht ist die High-Tech-Offensive eine ganz große Münze.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zu dem Vorwurf des Zeitfaktors. Ich darf Sie daran erinnern: 1993 fiel die Grundsatzentscheidung, die Privatisierung des Bayernwerks, der DASA und der Bayerischen Versicherungskammer voranzutreiben, um dann die Offensive Zukunft Bayern zu starten. Ich habe damals im Bayerischen Landtag gesagt – das war noch in der Legislaturperiode 1990 bis 1994 –, daß wir auch die Beteiligung von 25,1% an der VIAG nicht halten wollen und davon ausgehen, daß wir uns Ende der nächsten Legislaturperiode auch von diesem Anteil trennen werden.

Genau nach diesem Versprechen habe ich daran gearbeitet. Das ist die Aufgabe des Ministerpräsidenten. Aber wir waren noch nicht soweit, daß wir mit einer abgeschlossenen Konzeption in den Landtag hätten gehen können. Deshalb haben wir im gesellschaftspolitischen Feld die Positionen abgesteckt und im Mai/Juni bei einem großen Kongreß dargelegt, wie wir uns vorstellen könnten, die Milliardenbeträge – von einer Milliarde bis zwei Milliarden DM war damals die Rede – in die weitere Infrastruktur unseres Landes zu stecken.

Niemand hätte Sie daran gehindert, dazu konkrete Vorschläge zu machen und uns damit in Zugzwang zu setzen.

(Dr. Scholz (SPD): Vier Monate!)

– Ich darf Sie an Ihre Reaktion erinnern, Herr Scholz; das zeigt, woher Sie kommen. Die Reaktion kam am selben Tag: „Stoibers High-Tech-Bayernbild – am Land und an den Menschen vorbei“. Das war die Reaktion der SPD-Fraktion auf die Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung:

(Prof. Dr. Stockinger (CSU): Die können es nicht anders!)

Ohne Standortmarketing und Bezug zur Realität ist Stoibers High-Tech-Blütenstraum nur eine teure Wahlkampfinszenierung. Großartige Superlative, leider nur der verbalen Art, bezahlte Lobpreisungen für 2 Millionen DM,

High-Tech-Wolken über dem ganzen Freistaat. Der bayerische Ministerpräsident hat am Mittwoch dieser Woche in Garching ein virtuelles Bayernbild entworfen, das am Land und an den Menschen in weiten Teilen des Freistaats vorbeigeht und damit leider unter dem Strich nur eine groß angelegte, teure und aus Steuergeldern finanzierte Wahlkampfinszenierung bleibt.

(Dr. Scholz (SPD): Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die Überlegungen, die wir heute schon konkretisiert haben, so angeht, der ist politikunfähig.

(Beifall bei der CSU)

Wo ist die Wahlkampfinszenierung? Seit Juni letzten Jahres arbeiten wir intensiv an der Weiterentwicklung dieser Vorstellungen

(Dr. Kaiser (SPD): Bis jetzt haben wir noch nichts gesehen!)

und legen heute ein Konzept dar, das in der Tat mit der CSU-Fraktion in Vorgesprächen schon intensiv abgeklärt wurde. Das bedeutet aber nicht, daß in den Haushaltsberatungen nicht noch eine ganze Reihe von Änderungen möglich ist.

Ich sage nur: Wer die Dinge so angeht, der hat nicht begriffen, worum es am Ende dieses Jahrhunderts geht, nämlich die Standortbedingungen so zu verändern, daß wir auch für Wachstumsbranchen der nächsten Jahre und Jahrzehnte in Bayern einen exzellenten Standort haben. Heute loben wir, daß wir den Airbus haben, daß wir über 30% der Arbeitsplätze in der Luftfahrtindustrie in Bayern haben. Das war eine Entscheidung von damals. Morgen wollen wir natürlich einen Großteil der Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich, in der Bio- und der Gentechnologie, in den Materialwissenschaften haben. In diesen Bereichen wollen wir das Wachstum weiterentwickeln, um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in diesem Land zu behalten.

Das bedeutet aber auch, daß man den Mut haben muß, neue Dinge anzugehen. Sie haben diesen Mut zweifelsohne nicht, wie die Erklärungen zeigen, die Sie im Juni herausgegeben haben und aus denen ich gerade zitiert habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir eine letzte Anmerkung dazu. Wir werden mit dieser High-Tech-Offensive den Standort und die Standortqualität Bayerns weiter verbessern. Ich fordere Sie zur Ehrlichkeit auf, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

Zwar wäre es im Prinzip möglich gewesen, den Anteil an der VIAG noch teurer zu verkaufen. Aber es war nicht unser Ziel, Kasse zu machen, und es war niemals unser Ziel zu sagen: Wichtig ist der Preis, und es ist egal, wer ihn bezahlt, ob es EdF ist oder wer auch immer – ich will das jetzt nur in den Raum stellen. Es gibt auch noch andere Große, die suchen und Gespräche führen usw.

Bei einer Fusion mit einem großen Partner will der Große im Grunde nur ausschachten. Die entscheidende Frage ist: Kann man in einer veränderten Situation zunächst einmal Abmachungen treffen, die vom Unternehmen in den nächsten Jahren auch eingehalten werden? Oder will man nur Kasse machen?

Die EdF, wenn sie denn Interesse gehabt hätte – ich sage das im Konjunktiv –, hat kein Interesse daran, die Wertschöpfung in Bayern zu machen. EdF hat genügend überschüssigen Strom und sucht ein deutsches Unternehmen, um darüber, ohne von der deutschen Gesetzgebung betroffen zu sein, ihren Atomstrom einspeisen zu können. Das wird EdF auch tun, wenn sie bei der Baden-Württembergischen Energieversorgung Erfolg hat, aber sie ist auch an anderen Unternehmen dran.

Zu glauben, man könne dieses Problem dadurch lösen, daß man nicht verkauft, aber die Vereinbarungen erst einmal vom Aufsichtsrat der VEBA absichern läßt, ist unreal, das sage ich Ihnen ganz offen; denn dann ist das Gespräch beendet, und man wird sich anders orientieren. Es ist ja nicht so, daß für die VEBA nur die VIAG in Frage gekommen wäre. Dort wurden auch andere Gespräche geführt. Die entscheidende Frage war, ob man einen guten Preis erreicht und Strukturvereinbarungen, daß die Energie AG des neuen Unternehmens in München ist, daß die chemischen Aktivitäten in Bayern weitergeführt, in Trostberg konzentriert werden zwischen SKW Trostberg und Goldschmidt AG und daß die Telekommunikation von dem neuen Unternehmen Intercom als Tochterunternehmen der Holding VEBA VIAG weitergeführt wird.

Mehr kann man nicht erreichen, wenn man gleichzeitig den Hinweis bekommt: Übertreiben Sie bitte nicht. Sehen Sie die Größenverhältnisse: VEBA zwei Drittel, VIAG ein Drittel. Preussen Elektra verlegt seinen Sitz hierher. Man kann sich vorstellen, welche Auseinandersetzungen das in Hannover gegeben hat und wie schwierig diese Dinge abzuklären sind.

Vor dem Hintergrund, daß die strategischen Entscheidungen im Bereich der Energie in München getroffen werden – das steht fest – und daß die Aktivitäten auf dem Gebiet der Chemie gesichert sind, verstehe ich, offen gesagt, Ihre Vorwürfe und die Bedingungen, die Sie an einen solchen Deal stellen wollen, nicht. Frau Kellner, ich muß Ihnen hier große Naivität vorwerfen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu den Regionalkonzepten. Herr Dr. Scholz, wir stehen hier in einer sehr schwierigen Situation. Wir haben McKinsey und Roland Berger beauftragt zu prüfen, wo Wachstumsbranchen sind, die im Ausland bekannt sind und die mit ausländischen Interessen vernetzt werden könnten. Beide nannten die Bereiche Life Sciences – Neutronenquelle – und Information und Kommunikation. Alle 24 Distriktleiter einschließlich des Präsidenten – also nicht nur Prof. Henzler – von McKinsey, die in München getagt haben und während ihres Aufenthalts in der Staatskanzlei waren, haben gesagt, man kann das Geld nur sinnvoll verwenden, indem man „klotzt“. Wenn man mit London und San Diego mithalten

will, muß man das Verfügbare dort einsetzen, wo es sich am schnellsten und intensivsten entwickelt. Das bedeutet, in München und vielleicht in Nürnberg/Fürth.

Genau das aber haben wir nicht getan. Wir haben bewußt etwas aus der Region entwickeln wollen. Das ist neu. Die Ressorts müssen Entwicklungen praktisch begleiten und umsetzen, die Ihnen vielleicht nicht alle bekannt sind, weil sie selbständig von unten entwickelt worden sind.

Eines will ich deutlich machen: Keiner der neutralen Gutachter hat empfohlen, den Betrag von 50 Millionen DM pro Regierungsbezirk aufzustocken. Die nicht berücksichtigten Projektvorschläge werden nach Auffassung der Gutachter den vorgegebenen Kriterien und Ansprüchen nicht ohne weiteres gerecht, die im Rahmen der High-Tech-Offensive an eine Förderung gestellt werden müssen. Das bitte ich zu bedenken. Sie überfordern die Regionen, wenn Sie glauben, bei einer Förderung in Millionenhöhe würden sich sofort entsprechende Dinge entwickeln. Derzeit sind 16 Projekte vorgesehen, von denen wir hoffen, daß wir sie vernünftig gestalten können. In einer späteren Phase, wenn wir wieder einmal die Möglichkeit haben, können wir die Förderung möglicherweise wiederholen. Ich halte das für eine sehr gute Sache.

Ich möchte Ihnen auch sagen, was vom DGB gestern in diesem Zusammenhang positiv vermerkt worden ist. Der DGB hat zwar erklärt, er wäre gern früher beteiligt worden, aber er halte es grundsätzlich für gut, daß er beteiligt worden sei. Das nächste Mal wolle er bitte ein bißchen früher beteiligt werden, weil er sich auf die Angelegenheit einstellen müsse, weil er auf Gewerkschaftsebene nicht ständig mit High-Tech-Projekten in Regierungsbezirken befaßt sei. Ich nehme das zur Kenntnis. Grundsätzlich ist aber alles sehr positiv begleitet worden.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir dieses Konzept in den Grundzügen und in vielen Details zur Realität werden lassen; denn damit bauen wir den Standortvorteil Bayerns für die nächsten Jahre aus und legen die Grundlage dafür, daß Bayern das Land bleibt, in dem Modernität, geringe Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit und Tradition in einer Symbiose stehen, die es in keinem anderen Land in Deutschland gibt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Wir kommen zur Abstimmung über die zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 14/1794 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/1795. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um

das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/1797 abstimmen. Hier ergibt sich eine Änderung. Absatz 2 der Einleitung soll gestrichen werden. Es handelt sich um folgende Passage:

Bevor neue Vorhaben aus weiteren Veräußerungen staatlicher Beteiligungen finanziert werden, soll eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle der bisherigen Projekte stattfinden. Nur so läßt sich überprüfen, ob die Fortführung der „OZB“ zielführend ist und die Haus-

haltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (Artikel 7 BayHO) bei der Verwendung der Verkaufserlöse eingehalten wurden.

Mit der Streichung dieser Passage wird der Dringlichkeitsantrag zum reinen Berichtsantrag. Wer dem Dringlichkeitsantrag in dieser Form zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich darf die Sitzung für heute schließen und wünsche einen schönen Abend.

(Schluß: 18.57 Uhr)